P 21902 F

F. Bochum
ch.
S2D 1726

Kommunismus und Klassenkampf

Jahrg. 2 Nr. 4
Dezember 1974

Das Anwachsen der Weltbevölkerung schreckt nur den Imperialismus

Kapitalexport, Rohstoffpolitik und Entwicklungshilfe der BRD, Stand: Herbst 74

Gesichtspunkte zur Lage im Wehrpflichtheer Okt. 74

Der „demokratische Sozialismus" der SPD hat weder mit Sozialismus noch mit Demokratie etwas zu tun.

Der Zweck der Diktatur des Proletariats ist die soziale Befreiung der Arbeiterklasse

Ist die Diktatur des Proletariats mit allgemeinen Rechten für jedermann vereinbar?

Über einige Probleme der Diktatur des Proletariats und der proletarischen Demokratie

Bericht über organisatorische Fragen auf der Ebene des Ortes

4/74

Preis: 4.-

Franz-Mehring-
Gesellschaft e. V.
5000 Köln 1

Kommunismus und Klassenkampf 4/74

INHALT:

Das Anwachsen der Weltbevölkerung schreckt nur den Imperialismus
Ein Beitrag über den Ursprung und den Einfluß der Neo-malthusianischen Ideen — S. 250

Kapitalexport, Rohstoffpolitik und Entwicklungshilfe der BRD (Stand: Herbst 1974)
J.Sch. — S. 257

Gesichtspunkte zur Lage im Wehrpflichtheer Oktober 1974
f. — S. 265

Der "Demokratische Sozialismus" der SPD hat weder mit dem Sozialismus noch mit der Demokratie etwas zu tun
Peter von Oertzens Programmschrift für die SPD
Willfried Maier — S. 269

Der Zweck der Diktatur des Proletariats ist die soziale Befreiung der Arbeiterklasse
Über einige Fragen der politischen Formen der sozialen Revolution des Proletariats
Joscha Schmierer — S. 276

Ist die Diktatur des Proleariats mit allgemeinen Rechten für jedermann vereinbar
Willfried Maier — S. 284

Über einige Probleme der Diktatur des Proletariats und der proletarischen Demokratie
He. — S. 292

Bericht über organisatorische Fragen auf der Ebene des Ortes
Martin Fochler — S. 296

IMPRESSUM:

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Redaktion: Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
Verantwortlicher Redakteur: Joscha Schmierer, 68 Mannheim, Sandhoferstr. 29

Erscheint viermal jährlich im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim 1, Sandhoferstr. 29, Tel.: 0621/3 60 15
Postscheckkonto: Kühl KG, Postscheckamt Karlsruhe, Konto Nr., 171 453–759
Bankkonto: Kühl KG, Volksbank Mannheim, Konto Nr. 57 34 18

Preis der Einzelnummer: DM 4,-
Das Jahresabonnement (4 Nummern incl. Porto) kostet DM 16,-

Auflage: 12 000

Satz und Druck:: J. Elfert (Caro-Druck), 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6

Das Anwachsen der Weltbevölkerung schreckt nur den Imperialismus

Ein Beitrag über den Ursprung und den Einfluß der Neo-malthusianischen Ideen

Im August dieses Jahres fand in Bukarest die Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen statt. Sie war von heftigen Widersprüchen nicht nur zwischen den reichen und armen Ländern, sondern auch zwischen den armen Ländern untereinander gekennzeichnet. Gegenüber den Bemühungen der Imperialisten, den Schrecken einer "Bevölkerungsexplosion" heraufzubeschwören, vertraten die armen Länder die verschiedensten Ansichten. Doch obwohl diese Länder sich bei der Einschätzung der richtigen Bevölkerungspolitik nicht einigen konnten, gelang es dem Imperialismus nicht, seine Vorstellungen von "Bevölkerungszuwachs-Kontrolle" durchzusetzen. Der kommunistische Standpunkt, daß "jeder Staat das souveräne Recht, die demographische Politik zu führen und die Maßnahmen zu ergreifen, die er für die entsprechendsten hält, im Einklang mit seinen nationalen Interessen und ohne jede Einmischung von außen" (1) hat, daß "jedes Land in Übereinstimmung mit den Wünschen seines Volkes und seinen speziellen Bedingungen seine eigene Bevölkerungspolitik festlegen soll" (2), beherrschte die Konferenz und konnte konkrete Beschlüsse, die die Imperialisten durchsetzen wollten, verhindern.

In der Bundesrepublik konnte man bei Gesprächen mit Genossen über die Weltbevölkerungskonferenz immer wieder feststellen, daß die Forderung nach souveräner Entscheidung aller Staaten über ihre Bevölkerungspolitik zwar unterstützt wurde, daß aber bei vielen Genossen gleichzeitig ein unausgesprochenes, manchmal auch offen zugegebenes Unwohlsein angesichts der rasch anwachsenden Weltbevölkerung und der immer heftiger ausbrechenden Hungersnöte bestand. Das hat seinen Grund in mangelnden theoretischen Kenntnissen im Hinblick auf das Bevölkerungsproblem. Infolge dieses Mangels an theoretischen Kenntnissen konnte bei vielen Genossen die bürgerliche Ideologie dieses Unwohlsein erzeugen, obwohl sie gefühlsmäßig den kommunistischen Standpunkt unterstützen. Manche Genossen, die in Fragen ihrer täglichen Politik die Schliche der Bourgeoisie durchaus erkennen, glaubten sogar, die Vision der "Bevölkerungsexplosion" sei ernstzunehmen; mit anderen Worten, sie waren in dieser Frage ganz dem idealistischen Denken der bürgerlichen Ideologie verfallen. Um aber auch in der Frage der Weltbevölkerung jeden Einfluß bürgerlichen Denkens auszuschalten, faßt dieser Artikel die marxistische Position zu dieser Frage zusammen.

Die idealistische Kontroverse: Streit um die Erscheinungsform

Bekanntlich versuchen die Ideologen des Imperialismus der Welt weiszumachen, daß das Nahrungsmittelpotential der Erde für die Weltbevölkerung in absehbarer Zeit nicht mehr ausreicht, und daß die Rettung der Menschheit in weltweiter Geburtenplanung liegt. Im allgemeinen wird diesen Argumenten mit dem Hinweis begegnet, daß in Europa, einem der am dichtesten besiedelten Gebieten der Erde, trotz hoher Besiedlungsdichte noch immer Agrar-"Überschüsse" erzielt werden. Die Ideologen des Imperialismus antworten darauf mit dem Hinweis, daß es weniger um die vorhandene Bevölkerungszahl gehe als um die Zuwachsraten der Bevölkerung, die gerade in den armen Ländern meistens höher liege als der Zuwachs der Nationalwirtschaft und ebenfalls höher als die Zuwachsraten der europäischen Wirtschaft. Das beweise, daß die Weltbevölkerung schneller wächst, als es ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten entspricht, so daß ein immer mehr zunehmender Druck auf die Subsistenzmittel bestehe.

Wir werden dieses Argument, das den Kern der bürgerlichen Argumentation bildet, bis in das Jahr 1798 und früher zurückverfolgen können. Seinen heutigen Apologeten wird meistens entgegnet, daß nach den offiziellen Statistiken der Welternährungsorganisation FAO die gesamte kultivierbare Fläche der Erde, bei Anwendung moderner landwirtschaftlicher Verfahren, auch im Jahr 2000, selbst unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Zuwachsrate der Weltbevölkerung, in der Lage wäre, die doppelte bis vierfache Zahl von Menschen zu ernähren.

Diese Entgegnungen sind sicherlich richtig: denn sie weisen auf die großen ungenutzten Möglichkeiten der Menschheit hin. Sie alle haben aber eines gemeinsam: Sie verlassen nicht die Ebene der bürgerlichen Kontroverse "Reichen die Nahrungsmittelreserven für die wachsende Menschheit, oder reichen sie nicht? ". Daß die Reserven potentiell vorhanden sind, zeigen die Statistiken der FAO. Ob sie aber mobilisiert werden – diese Frage ist im Rahmen der bürgerlichen Kontroverse nur mit Spekulationen zu beantworten.

(1) Nicolae Ceaucescu in der Eröffnungsrede, nach Frankfurter Rundschau vom 28.8.1974
(2) der chinesische Delegationsleiter Huang Schu-dse am 21.8.1974, nach Peking-Rundschau 35, S. 11

Die materialistische Antwort: Benennung der Ursachen

Eine materialistische Antwort auf die Ideologie des Imperialismus muß zunächst die Kontroverse von der Ebene der Erscheinungsform auf die Ebene der wirklichen Vorgänge herunterholen. Nichts tut das besser als Engels' schlichter Satz in einem Brief aus dem Jahr 1865: "Die Bevölkerung drückt auf die Mittel – nicht der Subsistenz, sondern der Beschäftigung". (3) Jeder Mensch ist in der Lage, mehr zu produzieren, als für seine eigene Erhaltung notwendig ist. Doch in einer hochentwickelten, auf Arbeitsteilung beruhenden Gesellschaft, in der die Herstellung der dafür verwandten Maschinen eine gemeinsame Anstrengung bedeutet, setzt dies voraus, daß er Zugang zu den hergestellten Maschinen erhält. Unter der Voraussetzung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln ist das aber nicht für alle Menschen der Fall; denn die Herstellung der Maschinen erfolgt dabei nicht, um jedem Menschen Arbeit zu geben, sondern um Profit zu erzielen. "Es wird zu wenig produziert, daran liegt die ganze Sache. Aber **weshalb** wird zu wenig produziert? Nicht weil die Grenze der Produktion – selbst für heute und mit heutigen Mitteln – erschöpft wäre. Nein, sondern deshalb, weil die Grenze der Produktion bestimmt wird nicht durch die Anzahl der hungrigen Mägen, vielmehr durch die Anzahl der kaufenden zahlungsfähigen **Geldbeutel**. Die bürgerliche Gesellschaft will nicht, kann nicht wollen, mehr produzieren." (4) Der Druck auf die Subsistenzmittel im Kapitalismus ist deshalb nur die **Folge** eines ständig steigenden Drucks auf die relativ abnehmende Zahl von Arbeitsplätzen:

"Mit der Größe des bereits funktionierenden Gesellschaftskapitals und dem Grad seines Wachstums, mit der Ausdehnung der Produktionsleiter und der Masse der in Bewegung gesetzten Arbeiter, mit der Entwicklung der Produktivkraft ihrer Arbeit, mit dem breiteren und volleren Strom aller Springquellen des Reichtums dehnt sich auch die Stufenleiter, worin größere Attraktion der Arbeiter durch das Kapital mit größerer Repulsion derselben verbunden ist, nimmt die Raschheit der Wechsel in der organischen Zusammensetzung des Kapitals und seiner technischen Form zu, und schwillt der Umkreis der Produktionssphären, die bald gleichzeitig, bald abwechselnd davon ergriffen werden. Mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation des Kapitals produziert die Arbeiterbevölkerung also in wachsendem Umfang die Mittel ihrer eigenen relativen Überzähligmachung. Es ist dies ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliches Populationsgesetz, wie in der Tat jede besondre historische Produktionsweise ihre besondren, historisch gültigen Populationsgesetze hat. Ein abstraktes Populationsgesetz existiert nur für Pflanze und Tier, soweit der Mensch nicht geschichtlich eingreift." (5) "Das Gesetz endlich, welches die relative Überbevölkerung oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation in Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf Seite der Klasse, die ihr eignes Produkt als Kapital produziert." (6)

Auf einer ersten allgemeinen Ebene ist also die Ursache des "Bevölkerungsproblems" nicht die Unfähigkeit vieler Menschen, außer sich selbst noch einige andere zu ernähren, weil der Stand der Produktivkräfte es ihnen nicht erlauben würde; seine Ursache liegt einzig und allein darin, daß unter den Bedingungen der Arbeitsteilung und bei dem gegebenen hohen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte nur der Zugang zu den Produktionsmitteln sie dazu in die Lage versetzt, und daß ihnen der Kapitalismus diesen Zugang versperrt.

Bevor die Situation der "Länder der 3.Welt" von heute auf einer konkreteren Ebene untersucht werden soll, ist eine Rückbesinnung auf die Ideologie der Bourgeoisie zu Marx' und Engels' Zeiten notwendig; denn damals würden die Grundlagen gelegt für die modernen Theorien von Familienplanung und Geburtenkontrolle.

Malthus, der Ahnvater der "Bevölkerungsexplosion"

In den früheren kapitalistischen Ländern ist die Prophezeiung der "Bevölkerungsexplosion" durch die Geschichte bereits widerlegt worden; das rapide Bevölkerungswachstum des 19.Jahrhunderts ist einem äußerst geringen Zuwachs und teilweise der Bevölkerungsstagnation gewichen. Heute beobachten wir große Zuwachsraten der Bevölkerung in den wirtschaftlich am Anfang ihrer Entwicklung stehdenden Ländern, und wieder treten bürgerliche Propheten auf und behaupten, die Welt treibe der Katastrophe zu, weil diese Zuwachsraten ein ewiges Gesetz der menschlichen Natur seien. Dabei fehlt es nicht an Versuchen der theoretischen Rechtfertigung für diese Behauptung, die sich alle, so verschiedenartig sie auch aussehen, auf einen Ahnvater berufen, den anglikanischen Geistlichen Thomas Robert Malthus.

Malthus' Theorien waren zum Zeitpunkt ihres Erscheinens keineswegs neu. "Sollte der Leser an Malthus erinnern, dessen 'Essay on Population' 1798 erschien, so erinnere ich, daß diese Schrift in ihrer ersten Form nichts als ein schülerhaft oberflächliches und pfäffisch verdeklamiertes Plagiat aus Defoe, Sir James Stewart, Townsend, Franklin, Wallace usw. ist und nicht einen einzigen selbstgedachten Satz enthält", (7) schreibt Marx im "Kapital" dazu. Seine "Verdienste" bestanden darin, daß er aus seinem Werk Schlußfolgerungen zog, die der Bourgeoisie sehr gelegen kamen.

Die eine Säule der Malthus'schen Theorie war die Behauptung, die Bevölkerung jedes Landes wachse grundsätzlich schneller als die Produktion der Subsistenzmittel. Nachdem er zunächst versucht hatte, diese Behauptung in mathematische Formeln zu kleiden, die er 1798 veröffentlichte, ließ er später angesichts offensichtlicher Gegenbeispiele davon ab und belegte sie stattdessen mit einem Berg empirischer Untersuchungen über zahlreiche Regionen der Welt, die zwar nicht seine Formeln, wohl aber seine grundsätzliche Behauptung zu beweisen schienen. Die andere Säule seiner Theorie war der "Beweis" der Notwendigkeit unproduktiver Verbraucher. Da er – wie viele andere bürgerliche Ökonomen – erkannt hatte, daß im Kapitalismus Überproduktionskrisen gesetzmäßig entstehen müssen, zeigte er den Ausweg durch die Einführung einer Klasse von unproduktiven Verbrauchern, die die überschüssige

(3) Friedrich Engels, Brief an Lange am 29. März 1865, MEW Bd. 21 S. 466
(4) F. Engels a.a.O., S. 467
(5) Karl Marx, Das Kapital Bd. 1 MEW Bd. 23 S. 659f
(6) K. Marx a.a.O., S. 675
(7) K. Marx a.a.O., S. 644

Produktion an sich ziehen sollten, ohne sie zur Reproduktion auf erhöhter Stufe zu verwenden.

Mit dem zweiten Aspekt seiner Theorie hatte Malthus zu Lebzeiten wenig Glück; in einer Phase des Kapitalismus, in der die gerade erst entstehende Arbeiterklasse die Geschwindigkeit der kapitalistischen Akkumulation noch ohnmächtig hinnahm, weil sie über keine klassenmäßige Organisation verfügte, konnte die Bourgeoisie auf derartige Verschwendung verzichten.

Zu offensichtlich war auch der Zweck der Malthus'schen Argumente: "Es ist von der höchsten Wichtigkeit, sagt er, 'die Leidenschaft für Ausgabe und die Leidenschaft für Akkumulation (. . .) getrennt zu halten." (8) – dies war eine allzu offene Rechtfertigung der Notwendigkeit der parasitären Landlords des frühkapitalistischen England. Erst in einer Zeit, in der weltweite Wirtschaftskrisen das Problem der "Überproduktion" verschärften, gewann Malthus' These an Ansehen; in der Keynes'schen Theorie, die heute den Grundpfeiler kapitalistischer Wirtschaftstheorie bildet, fand sie ihre Anerkennung in einer Form, die die kurzfristigen Schwierigkeiten steuert und selbst den unproduktiven Konsum zu einem Gewinn für den Imperialismus werden läßt:

Unproduktiver Verbauch nicht mehr durch Landlords, sondern durch geeignete Staatsausgaben wie etwa ausgeweitete Rüstungsindustrie.

Der erste Aspekt der Malthus'schen Lehre dagegen wurde zu Malthus' Lebzeiten nicht nur weit verbreitet, sondern hatte dank Malthus' eigener Initiativen unmittelbare Folgen für das englische Proletariat. Die Schlußfolgerungen seiner umfangreichen Untersuchung lauteten: "Wenn ein Mensch, der in eine bereits in Besitz genommene Welt hineingeboren wird, keine Unterstützung von seinen Eltern erhalten kann, auf die er einen gerechten Anspruch hat, und wenn die Gesellschaft seine Arbeit nicht wünscht, dann hat er keinen **Rechts**anspruch auf die geringste Menge von Nahrung, und in der Tat hat er, wo er ist, nichts zu suchen. Bei dem mächtigen Festmahl der Natur gibt es für ihn kein leeres Gedeck. Sie sagt ihm, daß er verschwinden soll, und sie wird ihre eigenen Befehle schnell ausführen, wenn er nicht durch Erbarmen einiger ihrer Gäste arbeiten kann. Wenn sich diese Gäste erheben und ihm Platz machen, erscheinen sofort andere Eindringlinge und verlangen dieselbe Gunst . . . Diese Gäste begreifen ihren Irrtum zu spät, wenn sie diesen strengen Befehlen gegen alle Eindringlinge zuwiderhandeln; Befehlen, von der großen Meisterin des Festmahls ausgegeben: In dem Wunsch, daß alle Gäste reichlich haben sollen, und in dem Bewußtsein, daß sie nicht unbeschränkte Mengen versorgen kann, versagte sie mit menschlicher Geste die Zulassung der neu Hinzukommenden, als ihr Tisch bereits besetzt war." (9)

Ist dies nicht heute noch das Credo der "menschlichen" Geburtenkontrolle und Zwangssterilisation, wie sie die USA heute zum Beispiel in Puerto Rico bei über 1/3 aller Frauen im gebärfähigen Alter bereits durchgeführt haben? Wir werden weiter unten auf die Anwendung der Malthus'schen Lehren im 20.Jahrhundert eingehen. Die Folgen für das englische Proletariat im 19.Jahrhundert waren nicht weniger "menschlich". Die von Malthus verbreiteten Theorien hatten großen Einfluß auf das 1834 erlassene New Poor Law, das neue Armengesetz. Mit ihm wurde die jahrhundertealte Verpflichtung der englischen Gemeinden, für ihre Armen Sorge zu tragen und ausreichend wohltätige Einrichtungen zu unterhalten, aufgehoben; es wurde gesetzlich festgelegt, daß nur derjenige Arme ein Recht auf Unterstützung hatte, der freiwillig in eines der neu einzurichtenden "Arbeitshäuser" eintrat und dort nicht gegen Lohn, sondern unter Zuchthausbedingungen, von der eigenen Familie getrennt und ohne Recht, sich frei zu bewegen, arbeitete.

Hunger und Arbeitslosigkeit, die schon in den Jahrzehnten vor dem neuen Gesetz weite Teile des englischen Proletariats dem Erbarmen wohltätiger Organisationen ausgeliefert hatten, wurden 1834 eine **tödliche** Bedrohung – ganz in der Logik des Geistlichen Malthus, daß wer keinen Arbeitsplatz hat, von dieser Erde verschwinden muß. In diesem Punkt war ihm der Applaus der Bourgeoisie sicher, und das erklärt zu einem guten Teil, weshalb der Katholizismus in England dem anglikanischen Staatsprotestantismus weichen mußte. Beide Richtungen des Christentums waren sich einig, daß Reichtum ohne Armut unmöglich und daß Reichtum – und damit auch Armut – für eine Nation lebensnotwendig ist; doch während der Katholizismus daraus die Existenznotwendigkeit der Caritas, der Klöster, Armenhäuser und Fürsorge herleitete, verteidigte der anglikanische Protestantismus die Ausmerzung überflüssigen Lebens auf schmerzlosem, "menschlichem" Wege (10), als gewissenloser Prediger der Interessen der aufkommenden Bourgeoisie, die ihm dabei sekundierte: "Wir Fabrikanten tun für euch, was wir können, indem wir das Kapital vermehren, von dem ihr subsistieren müßt; und ihr müßt das übrige tun, indem ihr eure Zahl den Subsistenzmitteln anpaßt." (11)

Marx und Engels gegen Malthus

Die marxistische Kritik an den Theorien der "überflüssigen Bevölkerung" konzentrierte sich im 19.Jahrhundert vor allem auf zwei Aspekte, den Widerspruch zwischen zunehmender Armut bei gleichzeitig zunehmendem Reichtum, und die idealistische Theorie von der Existenz ewiger Gesetze. Beide Aspekte bilden auch heute noch, unter leicht veränderten Argumenten, den Kern der neo-malthusianischen Theorie.

Der Doktrin von der Notwendigkeit gleichzeitiger Armut neben wachsendem Reichtum setzt Engels in seinen "Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie" 1844 die Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus entgegen: "Wir vernichten den Widerspruch einfach dadurch, daß wir ihn aufheben. Mit der Verschmelzung der jetzt entgegengesetzten Interessen verschwindet der Gegensatz zwischen Überbevölkerung hier und Überreichtum dort, verschwindet das wunderbare Faktum, wunderbarer als alle Wunder aller Religionen zusammen, daß eine Nation vor eitel Reichtum und Überfluß verhungern muß; verschwindet die wahnsinnige Behauptung, daß die Erde nicht die Kraft habe, die Menschen zu ernähren (. . .). Ich werde übrigens keine Verteidigung der Malthus'schen Theorie für kompetent annehmen, die mir nicht vorher aus ihrem eigenen Prinzip heraus erklärt, wie ein Volk von lauter Überfluß verhungern kann, und dies mit der Vernunft und den Tatsachen in Einklang bringt." (12) Die Existenz eines ewigen Bevölkerungsgesetzes wird von Engels mit Malthus' eigenen Argumenten ad absurdum geführt, indem er die

(8) K. Marx a.a.O., S. 622
(9) Thomas Robert Malthus, Essay on the Principle of Population, 2. Ausgabe; zitiert nach: Ronald L. Meek, Marx and Engels on Malthus. International Publisher, New York, 1954, S. 15f
(10) Vergleiche hierzu Marx, a.a.O., S. 676, sowie Engels, Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie, MEW Bd. 1 S. 520
(11) K. Marx, a.a.O., S. 664
(12) F. Engels, Umrisse zu . . . a.a.O., S. 520

Logik des "großartigen Festmahls" zu Ende führt: "Wenn zuviel Menschen da sind, so müssen sie auf die eine oder die andere Weise aus dem Wege geschafft, entweder **gewaltsam** getötet werden oder verhungern. Wenn dies aber geschehen ist, so ist wieder eine Lücke da, die sogleich wieder durch andre Vermehrer der Bevölkerung ausgefüllt wird, und so fängt das alte Elend wieder an. Ja, dies ist unter allen Verhältnissen so, nicht nur im zivilisierten, sondern auch im Naturzustande; die Wilden Neuhollands, deren **einer** auf die Quadratmeile kommt, laborieren ebensosehr an Überbevölkerung wie England. Kurz, wenn wir konsequent sein wollen, so müssen wir gestehen, **daß die Erde schon übervölkert war, als nur ein Mensch existierte.**

Die Folgen dieser Entwicklung ist nun, daß, da die Armen gerade die Überzähligen sind, man nichts für sie tun soll, als ihnen das Verhungern so leicht als möglich zu machen, sie zu überzeugen, daß es sich nicht ändern läßt und daß für ihre ganze Klasse keine Rettung da ist als in einer möglichst geringen Fortpflanzung, oder wenn dies nicht geht, so ist es noch immer besser, daß eine Staatsanstalt zur schmerzlosen Tötung der Kinder der Armen (. . .) eingerichtet wird." (13) Im Zeitalter des Imperialismus nehmen die Bemühungen um eine staatliche Lösung der Beseitigung des Überschusses die Form von Weltbevölkerungskonferenzen der Vereinten Nationen an, auf denen die Imperialisten versuchen, die weltweite Zustimmung zu ihren Völkermordprogrammen zu erlangen.(14)

Den "ewigen Gesetzen" der Malthus'schen Theorie stellten Marx und Engels die Erkenntnis gegenüber, daß Gesetze den jeweiligen Zustand der Gesellschaft ausdrücken und sich deshalb mit ihr verändern: "Für uns sind die sogenannten "ökonomischen Gesetze" keine ewigen Naturgesetze, sondern historische, entstehende und verschwindende Gesetze, und der Kodex der modernen politischen Ökonomie, soweit die Ökonomie ihn richtig objektiv aufstellt, ist uns nur die Zusammenfassung der Gesetze und Bedingungen, unter denen die moderne bürgerliche Gesellschaft allein bestehen kann, mit einem Wort: ihre Produktions- und Verkehrsbedingungen abstrakt ausgedrückt und resümiert. Für uns ist daher auch keines dieser Gesetze, soweit es **rein bürgerliche Verhältnisse** ausdrückt, älter als die moderne bürgerliche Gesellschaft; diejenigen, die mehr oder weniger für alle bisherige Geschichte Gültigkeit hatten, drücken eben nur solche Verhältnisse aus, die allen auf Klassenherrschaft und Klassenausbeutung beruhenden Gesellschaftszuständen gemeinsam sind. Zu den ersteren gehört das sogenannte Ricardo'sche Gesetz, das weder für die Leibeigenschaft noch die antike Sklaverei Gültigkeit hat; zu den letzteren dasjenige, was an der sogenannten Malthus'schen Theorie Haltbares ist." (15)

"Jede historische Periode (besitzt) ihre eigenen Gesetze" (16), erkannten schon 1872 die Kritiker des "Kapital" als wesentlichen Teil der marxistischen Theorie, und die deutliche Veränderung in der Entwicklung der Weltbevölkerung vom frühen Kapitalismus, als England und in geringerem Maße Deutschland unter "Überbevölkerung" litt, zum Imperialismus, in dem die Welt in den armen unterjochten Ländern zu "ersticken" droht, ist ein weiteres Beispiel für die Richtigkeit dieser Feststellung.

Der Neo-Malthusianismus: Ideologie des Imperialismus

Nach diesem Rückgriff auf die historische Kontroverse um die "Bevölkerung" Englands ist nur ein kurzer Abschnitt nötig über die Anleihen der modernen Apologeten des Imperialismus bei Malthus.

Man sollte meinen, daß Malthus' Lehre, die von der Geschichte so oft widerlegt und als Theorie ad absurdum geführt worden ist, ihre Rolle als Instrument der herrschenden Klasse ausgespielt hat. Das Gegenteil ist heute der Fall. Natürlich ist es nicht mehr möglich, an allen Unsinnigkeiten der ersten Malthus'schen Schriften festzuhalten, und jeder "Bevölkerungspolitiker" ist heute bereit, bei Malthus eine große Zahl von schweren Fehlern einzuräumen. Trotzdem hat Malthus seine Funktion für den Imperialismus nicht verloren; denn er hat am konsequentesten die Armut im Kapitalismus aus der "Überbevölkerung" erklärt und in ausschließlich moralischen Kategorien analysiert. Damit hat er das Problem in beispielhafter Weise nicht nur von der Ebene der Ursachen auf die Ebene der Erscheinungsformen verlagert, sondern die Diskussion der Erscheinungen ausschließlich in Kategorien des Überbaus geführt; und genau dies hat er mit seinen heutigen Jüngern gemein.

Wenn das Wort "Neo-Malthusianismus" von seinen eigenen Vertretern heute zwar weitgehend vermieden wird, streiten die neo-malthusianischen Organisationen ihre Herkunft doch keineswegs ab. Über die "International Planned Parenthood Federation", die die Sterilisierungen der Frauen Puerto Ricos durch die USA unterstützt und in Kolumbien selbst Sterilisierungen in großem Stil durchführt, ohne den betroffenen Frauen den Zweck der Operation mitzuteilen (17), schreibt die westdeutsche Unterorganisation von "Pro Familia": "Die International Planned Parenthood Federation (Internationale Gesellschaft für geplante Elternschaft) ist 1952 in Bombay gegründet worden, sie hatte als Vorläufer eine lange Reihe von internationalen Konferenzen, Organisationen und Komitees, die zurückgehen auf die Neo-Malthusianische Konferenz, die zur Gründung der Federation Universelle pour la Regeneration Humaine führte. (. . .) Der Ausdruck Birth Control (. . .) wurde in England bald populär, da er die Ziele der Bewegung besser ausdrückte als der alte schwerfällige Name "Neo-Malthusianism". Mit der Zeit wurde Birth Control selbst überholt und wir sprechen heute von "Planned Parenthood" – Geplante Elternschaft – oder "Familiy Planning" – Familienplanung." (18)

Der Ansatzpunkt aller neo-malthusianischen Theorien ist Malthus' Erklärung des Bevölkerungselends in rein moralischen Kategorien:

"1.Die Bevölkerung ist notwendig durch die Subsistenzmittel begrenzt.

(13) F. Engels a.a.O., S. 518
(14) Nach einer Meldung der Presseagentur Prensa Latina vom 9.8.1974 hat der Unterstaatssekretär der USA für Gesundheit und Direktor für Familienplanung in Puerto Rico, Antonio Silva, an der Konferenz in Bukarest teilnehmen wollen, um die bereits bei 215.000 von 615.000 gebährfähigen Frauen erfolgte Sterilisation in Puerto Rico zu rechtfertigen.
(15) F. Engels an Lange, a.a.O., S. 466
(16) K. Marx, Das Kapital, Nachwort zur 2. Ausgabe, MEW Bd. 23 S. 26
(17) nach Meldungen der Presseagentur Prensa Latina, u.a. vom 24.9.1974: Der Erzbischof von Medellin und der Bischof von Villavicencio berichteten, daß mehrere US-Organisationen in Kolumbien 8 Millionen Dollar in Geburtenkontroll-Kampagnen investiert haben. Der Leiter von Pro Familia widersprach den Mitteilungen und leugnete, daß Geburtenkontroll-Programm in großem Umfang oder ohne Zustimmung der Patienten durchgeführt werden. Er gab aber zu, daß 300.500 Männer und 1.500 Frauen in seinem Institut sterilisiert worden sind. Insgesamt seien von Pro Familia 400.000 Frauen behandelt worden.
(18) Vera Houghton, International Planned Parenthood Federation (I.P.P.F.), Geschichte und Einflußbereich. Pro Familia, Berlin o.J. S. 3

2. Die Bevölkerung wächst unwandelbar da, wo die Subsistenzmittel sich vermehren, es sei denn, sie werde durch einige sehr mächtige und offenkundige Hemmnisse daran verhindert.
3. Diese Hemmnisse und jene, welche die übermächtige Bevölkerungskraft zurückdrängen und ihre Wirkungen auf dem Niveau des Nahrungsmittelspielraums festhalten, lassen sich alle in sittliche Enthaltsamkeit, Laster und Elend auflösen." (19)

Diese Erkenntnis, die Zurückführung des Problems auf sittliche Enthaltsamkeit: "Enthaltung von der Ehe, wofern ihr nicht ungeregelte Befriedigung folgt" (20), Laster: "ungeregelter Geschlechtsverkehr, unnatürliche Leidenschaften, Ehebruch, unsaubere Praktiken zur Verheimlichung der Folgen unregelmäßiger geschlechtlicher Beziehungen" (21) und Elend: "äußerste Armut, schlechte Kinderpflege, große Städte, Ausschreitungen aller Art, die ganze Schar gewöhnlicher Krankheiten und Epidemien, Kriege, Pest und Hungersnot" (22), macht in den Augen der Neo-Malthusianer heute noch den Wert der Werke von Malthus aus; sie ist, trotz aller falsch aufgestellten Gesetze, seine große Leistung. So vertreten es noch heute die "Wissenschaftler" des Imperialismus; denn damit habe Malthus die Wichtigkeit moralischer Faktoren gezeigt und den materialistischen Ansatz widerlegt, daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage auch die Bevölkerung reguliert. (23) Daß auch Moral eine Funktion der Gesellschaftsordnung ist, ist eine Einsicht, die das Ende der idealistischen Philosophie bedeutet, und die deshalb von den Ideologen des Imperialismus nicht gefordert werden kann.
Durch das Eintreten in sein imperialistisches Stadium hat der Kapitalismus der Welt bereits zahlreiche Kriege beschert, davon zwei mit weltweitem Ausmaß, und die begrenzten Kriege nehmen trotz allen Geredes von der friedlichen Koexistenz und vom Gewinn an Sicherheit immer mehr zu. Malthus hilft den Imperialisten auch hier, von ihren eigenen Interessen abzulenken. Die imperialistische Behauptung, nicht das eigene unmenschliche System, sondern das große Bevölkerungswachstum in der Welt führe zu Kriegstreiberei, ist die logische Fortsetzung der malthusianischen Behauptungen. Wenn man das "Elend" (den Krieg) nicht will und das "Laster" verurteilt, bleibt nur die "sittliche Enthaltsamkeit" (die Geburtenkontrolle und Sterilisation). Der Zynismus der Imperialisten, die ganze Völker militärisch auszurotten versuchen und ihnen erklären, das Wachstum ihrer Bevölkerung sei für diese Kriege verantwortlich, ist dem Malthus'schen Zynismus des New Poor Law ebenbürtig.

In den USA, dem führenden imperialistischen Land unserer Epoche, trieb der Neo-Malthusianismus in der Periode des "kalten Krieges" seine prächtigsten Blüten. Pseudo-Wissenschaftler und Journalisten sprachen ganzen Völkern das Recht der Existenz ab und forderten, daß die Welternährungsorganisation FAO "keine Nahrungsmittel verschiffen sollte, um zehn Millionen Inder und Chinesen in diesem Jahr am Leben zu erhalten, damit fünf Jahre später vielleicht fünfzig Millionen sterben". (24) Sogar die Schwierigkeiten des Imperialismus im eigenen Land wurden nach dem ursprünglichen malthusianischen Konzept auf zu großes Bevölkerungswachstum zurückgeführt: "Unser Nachkriegs-Baby-Boom fordert vom amerikanischen Volk einen hohen Preis – gemessen an den menschlichen wie an den finanziellen Kosten. Der Baby-Boom wird von jetzt an das Arbeitslosenproblem der USA verstärken, den Umfang der Jugendkriminalität sehr vergrößern, bereits gefährliche Rassenspannungen verschärfen, die weiterführenden Schulen und Kolleges überfluten, Verkehrsunfälle und Verkehrstod gewaltig steigern, Stadtballungen vergrößern und das traditionelle amerikanische Regierungssystem weiter zerstören." (25) So wurde es noch 1963 auf dem Weltbevölkerungskongreß von Planned Parenthood in New York vorgetragen. Der erste Rücktritt eines Präsidenten der USA, das deutlichste Zeichen für die Schwäche des "traditionellen Regierungssystems", ist demnach auf die sexuelle Zügellosigkeit des amerikanischen Volkes zurückzuführen, obwohl sich die Regierung doch bemüht hat, Malthus' Ratschlägen zu folgen und ganz im Sinn seiner Kategorie "Elend" mit dem Vietnamkrieg regulierend einzugreifen!
Diese offenen Rückgriffe auf Reverend Thomas Robert Malthus sind bereits wieder Vergangenheit. Mit der Stärkung der sozialistischen Länder, und vor allem angesichts des Beispiels der Volksrepublik China, wo Hunger und Elend trotz riesiger Bevölkerung unabweislich ausgerottet sind, werden immer mehr Aussagen des historischen Materialismus so augenfällig, daß die Position der idealistischen Philosophen immer schwächer wird. Ronald L.Meek schreibt in seinem Buch "Marx and Engels on Malthus": "Deshalb wird es für die 'Neo-Malthusianer' immer schwieriger abzustreiten, daß politische und wirtschaftliche Faktoren für die Frage der Beziehung zwischen Bevölkerung und Nahrungsmittelversorgung zumindest **von Bedeutung** sind. Was von den modernen Malthusianern infolgedessen abgestritten werden muß, ist, daß politische und wirtschaftliche Faktoren **grundlegend** sind, und daß, wenn die Beziehung zwischen Bevölkerung und Nahrungsmittelversorgung zur Zeit in gewissen Ländern ein wirkliches Problem darstellt, sich dies nicht wirksam lösen lassen kann außer **auf der Grundlage** radikaler politischer und wirtschaftlicher Veränderungen. Deshalb versichern einige moderne Malthusianer, daß die Menschheit 'dazu verleitet worden ist' (vermutlich von Sozialisten), 'politische und/oder wirtschaftliche Lösungen zu suchen für Probleme, die politischer, wirtschaftlicher, sozialer, geographischer, psychologischer, genetischer, physiologischer usw. Natur sind.' In derartigen Kategorien zu reden, bedeutet natürlich nichts anderes, als die entscheidenden Ursachen des Ärgers zu verbergen, indem man ihnen denselben Status zuteilt wie den zweitrangigen Ursachen. Wie Lenin einmal bemerkte: 'Kritischer Flirt mit dem Malthusianismus führt unweigerlich zu einem Abstieg in die vulgärste bürgerliche Apologie'." (26)

(19) Thomas Robert Malthus, Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz (Essay on . . ., 6. Aufl. in dt. Übers.). Gustav Fischer Verlag, Jena, 1905, Bd. 1 S. 33f
(20) Th. R. Malthus, a.a.O., S. 25
(21) Th. R. Malthus, a.a.O., S. 26
(22) Th. R. Malthus, a.a.O., S. 25
(23) so z. B. Hans Linde, Die Bedeutung von Th. Robert Malthus für die Bevölkerungssoziologie. Z. gesamte Staatswiss. 118 (1962), 705-720, 705-720
(24) William Vogt, Road to Survival, S. 281/82; zitiert nach Ronald L. Meek, a.a.O., S. 41
(25) Philip H. Hauser, The high price of fertility; in: Robert E. Will and Harold G. Vatter (ed.), Poverty and Affluence. Harcourt, Brace & World, New York 1965, S. 197
(26) Ronald L. Meek, a.a.O., S. 43f

Im Sozialismus ist jede neue Arbeitskraft ein Geschenk für die Gemeinschaft

An dieser Stelle der Untersuchung kann zusammenfassend wohl gesagt werden, daß die malthusianischen Wurzeln der Ideen imperialistischer "Bevölkerungsplaner" bloßgelegt und die Unsinnigkeit ihrer Behauptungen bewiesen worden sind. Die dafür nötigen Argumente finden sich ausführlich und auf sehr konkreter Ebene bereits bei Marx und Engels. Wie sehr der Imperialismus die Köpfe der unter ihm lebenden Menschen beherrscht, läßt sich an der Tatsache ermessen, daß die aufgeführten Argumente vielen Genossen noch nicht ausreichen, um absolute Klarheit und einen festen Standpunkt zu gewinnen. Die Hauptschwierigkeit besteht für sie darin, daß die Kontroverse um Malthus sich an England enzündete, einem Land, wo "Überbevölkerung" und Armut von rasant wachsendem Reichtum begleitet war, während sich ihnen das Problem heute so darstellt, daß ganze Völker verhungern, ohne daß sich bei ihnen gleichzeitig Reichtum anhäuft. Natürlich wissen diese Genossen, daß dieser Reichtum in die imperialistischen Länder fließt; aber selbst wenn man diesen Fluß zum Stillstand bringt, so argumentieren sie, können die ausgehungerten armen Länder aus eigener Kraft nur eine sehr begrenzte Steigerungsrate ihrer Wirtschaft erzielen, und großer Bevölkerungszuwachs gefährdet gerade die langsamen Anfangserfolge: Ohne es zu merken, sind sie dem Neo-Malthusianismus in seiner ganzen Argumentationskette aufgesessen.

Dieser abschließende Abschnitt hat deshalb das Ziel, in aller Klarheit die marxistische Position in der Frage des Wachstums der armen Länder, die sich heute allmählich gegen den Imperialismus vereinen, herauszuarbeiten. Unbestreitbare Tatsache ist, wie bereits erwähnt, daß die Ernährung einer noch immens wachsenden Weltbevölkerung möglich ist; das Problem besteht einzig und allein in der Mobilisierung der Reserven. Die Unabweisbarkeit dieser Umstände hat bereits zu idealistischen Gegenpositionen gegen den Neo-Malthusianismus geführt. Sie gipfeln in der einfachen Umkehrung der Malthus'schen These, Überbevölkerung führe zu Laster und Elend, indem sie die Behauptung aufstellen, Überbevölkerung und nichts anderes sei die Triebkraft allen Fortschritts: "Ein Land, das die 'Herausforderung' zunehmenden Bevölkerungsdrucks aufnimmt und überwindet, wird schließlich nicht nur wohlhabender sein, sondern auch kultivierter und sich einer besseren politischen Organisation erfreuen als zuvor. (. . .) Ein Land wie Indien sieht sich heute dem gleichen Problem gegenüber wie England oder Japan in früheren Zeiten. Zu Pessimismus gibt es keinen Anlaß; wenn der indische Reisbauer die gleichen Erträge erzielen kann wie sein japanischer Kollege, wird er beinahe viermal soviel Menschen ernähren können wie heute. Wahrscheinlich ist der Bevölkerungsdruck die einzige Kraft, die den hartnäckigen Konservativismus des indischen Bauern überwinden kann. Sollte jedoch, was wenig wahrscheinlich ist, diesem Bevölkerungsdruck durch eine allgemein geübte Geburtenkontrolle begegnet werden, so wäre damit gleichzeitig der größte Ansporn zu intensiverer wirtschaftlicher Entwicklung aufgehoben." (27)
Zwischen diesem "menschlichen" Vorschlag und der neomalthusianischen "Menschlichkeit" Unterschiede suchen zu wollen, ist ein müßiges Unterfangen. Bemerkenswert ist lediglich, daß die Absicht, erst einmal die Bevölkerung gezielt in Not und Elend zu stürzen, um dadurch radikale Veränderungen der Gesellschaft erreichen zu können, in der Regel den Kommunisten unterstellt wird, die derartige Theorien immer den idealistischen Philosophen überlassen haben und darin durch diese "Gegenposition" zu Malthus bestätigt werden.

Was die armen und unterdrückten Völker einzig und allein brauchen, sind zwei Dinge: Souveräne Verfügungsgewalt über ihre eigenen Bodenschätze und sonstigen Ressourcen, und Arbeitskraft zu ihrer sinnvollen Verwendung. Das eine hilft ohne das andere nicht. Wo die menschliche Arbeitskraft fehlt, bleiben Ödflächen ungenutzt, werden Bodenschätze nicht abgebaut. Wo über die Bodenschätze die Imperialisten oder die einheimischen Kapitalisten verfügen, muß die "überflüssige" Arbeitskraft verhungern.

Heute ist die Situation in den meisten armen Ländern durch imperialistische Kontrolle und "überflüssige" Arbeitskraft gekennzeichnet; Armut, Elend und Auswanderung nehmen dort immer mehr zu. Marx' Feststellung über die "Überschußbevölkerung", "ein Teil davon emigriert und reist in der Tat nur dem emigrierenden Kapital nach", (28) hat im Zeitalter des Imperialismus in den hoffnungslosen Trecks der Inder in das englische "Mutterland", im sogenannten "brain drain" aus Südamerika in die USA, im Schicksal Puerto Ricos und selbst im Schicksal des Mezzogiorno Italiens eine erneute Bestätigung erfahren.
Die Imperialisten betonen immer, daß die Entwicklung der armen Länder ohne Kapitalhilfe nicht möglich ist. Damit wollen sie mit ihrem Kapital in neue Gebiete eindringen und dadurch ihre eigenen Schwierigkeiten lösen, die sie im eigenen Land bei seiner Verwertung haben. Sie vergessen dabei, daß die armen Länder zwar einen Vorschuß an akkumulierter Arbeit zur Entwicklung ihrer eigenen Ressourcen gern in Anspruch nehmen, daß sie aber auf Kapital, also auf zum Zweck der Mehrwertbildung akkumulierte Arbeit, im eigenen Interesse besser verzichten. Wenn die Imperialisten darauf sagen, bei ihnen gäbe es eben nur Kapital oder gar keine akkumulierte Arbeit, dann antworten die fortschrittlichen armen Länder damit, daß sich akkumulierte Arbeit durch ein entsprechendes Bevölkerungspotential schaffen läßt.
Ein armes Land, das noch keine aufgehäufte Arbeit vorweisen kann, sollte deshalb über jeden Zuwachs an seiner Bevölkerung erfreut sein: "Wenn es aber eine Tatsache ist, daß jeder Erwachsene mehr produziert, als er selbst verzehren kann, daß Kinder wie Bäume sind, die die auf sie verwandte Auslage überreichlich wiedererstatten – und das sind doch wohl Tatsachen? – , so sollte man meinen, jeder Arbeiter müßte weit mehr erzeugen können, als er braucht, und die Gemeinde müßte ihn daher gern mit allem versorgen wollen, was er nötig hat, so sollte man meinen, eine große Familie müßte der Gemeinde ein sehr wünschenswertes Geschenk sein." (29)

Die Hoffnung der armen Länder besteht heute darin, daß es bereits arme Länder gibt, in denen sich die Faktoren, die ihre Entwicklung beschränken, umgekehrt haben. Nach der Erlangung der souveränen Verfügungsgewalt über ihre eigenen Ressourcen wird die Geschwindigkeit der Entwicklung in China, Albanien, Südjemen, Kuba und an-

(27) Colin Clark, Darf die Weltbevölkerung wachsen? Der Monat, 149 (1961), S. 55-62
(28) K. Marx, a.a.O., S. 670
(29) F. Engels, Umrisse zu . . . a.a.O., S. 519f

deren Ländern nur noch vom Umfang der verfügbaren Arbeitskraft bestimmt, und er ist in allen Fällen ausreichend, um nicht nur die vorhandene Bevölkerung menschenwürdig leben zu lassen, sondern in vielen Regionen noch großes Bevölkerungswachstum aufzunehmen. Die Antwort auf die Frage, ob ein Land in der Lage ist, seine gesamte arbeitsfähige Bevölkerung am Aufbau des Landes zu beteiligen, oder ob es arbeitsfähigen Mitgliedern der Gesellschaft unproduktive Scheinarbeit zuweisen oder sie als Arbeitskraft ins Ausland vermieten muß, ist zu einem großen Teil zugleich Antwort auf die Frage, ob die Verfügungsgewalt über die Schätze des Landes wirklich in den Händen des Volkes liegt und ob der Sozialismus damit in diesem Land im Aufbau begriffen ist.
Der Erfolg der chinesischen Devise "Vertrauen in die eigene Kraft haben" wird von Tag zu Tag, für alle Länder sichtbar, zur unumstößlichen Tatsache. Er zerstört den Mythos des Kapitals als eigenständiger Faktor im Entwicklungsprozeß: Nicht nur das Kapital, sondern auch Millionen Arme können Berge abtragen. Über Kuba sagte Fidel Castro 1964: "Es ist klar, daß unser Land nicht nur reich landwirtschaftliche Hilfsmittel besitzt; unser Land besitzt auch mineralische Hilfsmittel, die vollständig zu entwickeln wir anstreben müssen. Und vor allem gibt es ein Hilfsmittel unseres Landes, das allen anderen überlegen ist, und das ist das Volk; unter den zahlreichen natürlichen Hilfsmitteln, die diese Erde besitzt, zählt sie auch auf ein großartiges Volk. Und ein anderes natürliches Hilfsmittel – und es ist auch ein natürliches, weil man sagt, daß die Revolutionen etwas Natürliches sind – ist die Revolution. Und ein anderes großes Hilfsmittel, das das Ergebnis der Revolution ist, ist der Sozialismus." (30)
Wenn die kubanische Regierung die wirtschaftliche Entwicklung Kubas unter anderem auch in großem Umfang auf Krediten der UdSSR aufgebaut und damit auf vom sowjetischen Volk akkumulierte Arbeit zurückgegriffen hat, ist die Folge der erhöhten wirtschaftlichen Möglichkeiten nur ein noch schnelleres Wachstum des kubanischen Volkes. Von 1959, dem Jahr des Sieges der Revolution, bis heute ist die Bevölkerung Kubas von 6,5 auf über 8 Millionen gewachsen, und die vorrevolutionäre Arbeitslosigkeit ist einem ständig wachsenden Arbeitskräftemangel gewichen. In den sozialistischen Ländern gibt es auch bei den größten Wachstumsraten der Bevölkerung keine "überflüssige" Bevölkerung mehr; denn "die Proletarier haben sich vielmehr in den Kopf gesetzt, daß sie mit ihren fleißigen Händen gerade die Nötigen, die reichen Herren Kapitalisten, die nichts tun, eigentlich die Überflüssigen seien." (31)

Das aber ist es, was die Neo-Malthusianer dazu treibt, mit ihrem Geburtenkontroll-Programm überall in der Welt hausieren zu gehen und Weltbevölkerungskonferenzen zu veranstalten: die Angst, die Völker der Welt könnten erkennen, wer in dieser Welt überflüssig ist. Das ist es, was sie dazu treibt, sich dem unaufhaltsamen Lauf der Geschichte entgegenzustemmen und sich über die richtige Verwendung des Profits, den sie den Völkern abgepreßt haben, so weitsichtige Gedanken zu machen. US-Präsident Johnson sagte: "Fünf Dollar gegen das Wachstum der Bevölkerung investiert sind wirksamer als hundert Dollar investiert für das wirtschaftliche Wachstum (32), und die Neo-Malthusianer schreiben in ihren Büchern: "In Lateinamerika stellt es sich als hygienischer heraus, die Guerrilleros im Uterus zu töten als in den Wäldern oder in den Straßen." (33)
Kapitalanlage zur Rettung des sterbenden Imperialismus, also zu indirekter weiterer Mehrwertbildung – das ist imperialistische Bevölkerungspolitik. Die Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest sollte dazu dienen, die armen Völker mit Lüge, Ideologie und Tricks dazu zu bewegen, diese Aufgaben freiwillig selbst zu übernehmen. Das ist dem Imperialismus nicht gelungen.
Die gegenwärtigen Probleme der Weltbevölkerung sind die Probleme des sterbenden Imperialismus. Sie entspringen dem Bevölkerungsgesetz, das dieser Epoche eigen ist, und lassen sich nur durch Überwindung des Imperialismus lösen. Das ist die Antwort der Marxisten auf die Neo-Malthusianer. Den um das Wohl der in weiter Ferne heraufziehenden Generationen Besorgten antworten wir mit Engels: "Die abstrakte Möglichkeit, daß die Menschenzahl so groß wird, daß ihrer Vermehrung Schranken gesetzt werden müssen, ist ja da. Sollte aber einmal die kommunistische Gesellschaft sich genötigt sehen, die Produktion von Menschen ebenso zu regeln, wie sie die Produktion von Dingen schon geregelt hat, so wird gerade sie und allein sie es sein, die dies ohne Schwierigkeiten ausführt. Ein Resultat in einer solchen Gesellschaft planmäßig zu erreichen, das sich schon jetzt in Frankreich und Niederösterreich naturwüchsig, ohne Plan entwickelt hat, scheint mir gar nicht so schwer. Jedenfalls ist es Sache jener Leute, ob, wann und wie und welche Mittel sie dazu anwenden wollen. Ich halte mich nicht berufen, ihnen darüber Vorschläge und Ratschläge zu machen. So gescheit wie wir werden diese Leute doch auch wohl sein." (34)
Die Volksrepublik China, die in weiten Teilen ihres Landes aktiv Bevölkerungspolitik mit dem Ziel der Reduzierung der Geburtenzahlen treibt, bestätigt Engels' Worte auf das Eindrucksvollste: Erst die kommunistische Gesellschaft kann gleichzeitig ihre Wirtschaft allseitig entwickeln und durch abgestimmte Maßnahmen in Produktion, Schulwesen und Familie die Emanzipation der Frau verwirklichen und sie an der Entwicklung der Gesellschaft ebenbürtig teilhaben lassen.

at. Oktober 1974
GUV Kiel, Sektion
Wissenschaft und Forschung

(30) Fidel Castro am 13.11.1964, zitiert nach Bohemia 66. Jahrg. Nr. 21 (1974), S. 14
(31) F. Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW Bd. 2 S. 494
(32) zitiert nach Bohemia a.a.O., S. 15
(33) Eduardo Galeano, Las venas abiertas de America Latina, zitiert nach Bohemia a.a.O., S. 15
(34) F. Engels an Kautsky am 1. Februar 1881, MEW Bd. 35 S. 151

Kapitalexport, Rohstoffpolitik und Entwicklungshilfe der BRD, Stand: Herbst 74

"In der Epoche des Imperialismus sind der Weltmarkt und die Weltwirtschaft aus Tendenzen zur Wirklichkeit geworden. Der Weltmarkt wird zum Schauplatz der unablässigen Gegensätze und Spannungen zwischen den Kapitalistengruppen, die große internationale Kapitale unter einem Kommando zusammenfassen und um die ökonomische Aufteilung der Welt kämpfen. Der Kapitalexport wird zum entscheidenden Hebel der ökonomischen Expansion. Da die territoriale Aufteilung der Welt bereits abgeschlossen ist und sich die kapitalistischen Produktion in den einzelnen Staaten ungleichmäßig entwickelt, treibt der Kampf um Absatzmärkte unvermeidlich kriegerische Auseinandersetzungen hervor."
(aus dem Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, April 1974)

Vorbemerkung:

Das westdeutsche Kapital hat in seiner unablässigen Profitgier längst die nationalen Grenzen überwunden und expandiert in ungeheurem Maße überall dorthin, wo es profitabel erscheint, Kapital anzulegen, Waren zu verkaufen und Rohstoffe auszubeuten. Standorte ganzer Industriezweige werden ins Ausland verlagert und Riesenvermögen in ausländische Projekte gesteckt. Die Produktion in der BRD wird maßlos gesteigert, um die internationalen Märkte mit den eigenen Waren zu überfluten. Alles Erdenklichewird in Bewegung gesetzt, um sich direkten Zugang zu den ausländischen Rohstoffvorkommen zu verschaffen, die im eigenen Land nicht oder nur ungenügend vorhanden sind.

Alle diese Maßnahmen – der Kapitalexport, der Warenexport und die Rohstoffbeschaffung sind Ausdruck und (!) Mittel der Offensive, zu der das westdeutsche Kapital im Kampf gegen seine imperialistischen Widersacher USA, SU, Japan und einzelne europäische Länder gezwungen wurde.

In "Kommunismus und Klassenkampf" Nr.3/74 hat P.B. ausführlich die Ursachen und Auswirkungen der "Neustrukturierung der westdeutschen Wirtschaft" dargestellt. Er hat herausgearbeitet, daß die Importabhängigkeit bei der Rohstoffbeschaffung und andere wirtschaftliche Faktoren dem westdeutschen Kapital im internationalen Konkurrenzkampf zusetzen und daß es daher gezwungen ist, in die Offensive überzugehen, um die Machtposition im eigenen Land wie auch auf dem Weltmarkt auszubauen und um die Konkurrenz zu schwächen. Vor diesem Hintergrund ist er dann auf Rohstoffpolitik, Standortverlagerung und Kapitalexport der westdeutschen Wirtschaft eingegangen. Er hat weiterhin richtig die Rolle des Staates für die Unterstützung der Offensive des westdeutschen Kapitals angeführt und belegt.

Im folgenden Artikel geht es darum, a) die These von der staatlichen Unterstützungspolitik weitgehender zu belegen und b) den Zusammenhang von Kapitalexport und Rohstoffpolitik der BRD ausführlicher darzustellen.

Beide Punkte a) und b) sind durch wirtschaftliche Daten und Äußerungen von Staats- und Kapitalvertretern untermauert, die aus jüngster Zeit stammen (September, Oktober 1974).

Konkrete Beispiele westdeutscher Außenwirtschaft sollen zum Schluß des Artikels die Aussagen von P.B. in K&K 3/74 bestätigen und in ihrer Tendenz verstärken helfen.

1. Wie der Staat der BRD über seine Wirtschaftspolitik die Geschäfte der westdeutschen Kapitalisten vorantreibt

Am ehesten läßt sich der Charakter der staatlichen Wirtschaftspolitik festmachen, wenn man das Handeln der Politiker an den von den Kapitalistenverbänden selbst geäußerten Wünschen und Interessen mißt.
Der deutschen Gruppe der 'Industrie- und Handelskammer' (IHK) zufolge soll die Bundesregierung in Zukunft für die stärkere "Förderung der Auslandsinvestitionen" sorgen. In einer am 14.10.1974 vorgelegten Stellungnahme weist sie auf eine daher notwendige Absicherung der Auslandsinvestitionen gegen übermäßige Risiken hin. Dazu gehören ihres Erachtens die "Verstärkung der Investitionsförderungsverträge und die Verbesserung des Garantie-Systems des Bundes für Auslandsinvestitionen." (1)

Des weiteren sollte ihrer Meinung nach die Bundesregierung für den Abbau der vielfältigen steuerlichen Hemmnisse sorgen. "Die baldige Verlängerung des Entwicklungshilfe-Steuergesetzes . . ., die schnelle Verwirklichung der noch ausstehenden Maßnahmen, wie die Außensteuerreform und der derzeitige Abbau des internationalen Vertragsschutzes gegen doppelte Besteuerung aller Art sind nach Ansicht der Deutschen Gruppe die wichtigsten Ziele. Die neuen Gefahren, denen die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft ausgesetzt ist, erfordern, wie die Deutsche Gruppe in ihrer Stellungnahme ausdrücklich unterstreicht, im Zusammenhang mit den Auslandsinvestitionen eine vordringliche Beachtung. Als Voraussetzung dafür, daß es überhaupt zu Investitionen im Ausland kommt, nennt die Deutsche Gruppe u. a. hinsichtlich des Kapitaleinsatzes die Nichtbeeinträchtigung des eingebrachten Vermögenswertes durch Enteignung, durch konfiskatorische Steuern oder sonstige administrative Maßnahmen, aber auch die Sicherung des Rücktransfers, sowie geordnete Verhältnisse, um Verluste aus starken Währungs-

schwankungen möglichst abzulenken. Bezüglich der Verzinsung des Kapitals", so heißt es in einem Artikel der 'Nachrichten für Außenhandel' vom 16.10.1974 weiter "sollten die Erlaubnis zum Gewinntransfer, aber auch steuerlich tragbare Belastungen und die Unterlassung staatlicher Maßnahmen, die eine Verlustbildung erzwingen, Vorbedingungen (!) sein."

Dieser Bericht, der die Ziele der westdeutschen Kapitalisten deutlich macht und der in prägnanter Form die Vorstellung des Kapitals zur Durchsetzung dieser Ziele durch den Staat darstellt, zeigt, daß die Kapitalisten vom Staat alles verlangen, um ungehindert Gewinne erzielen zu können und ihm alles aufhalsen, was sie an Verlusten in Kauf nehmen sollten. Wie nun reagiert der bürgerliche Staat auf diese Herausforderung an seine Qualitäten als Interessensvertreter des Kapitals?
Bundeswirtschaftsminister Friderichs betonte auf dem 'Ibo-Amerika-Tag' am 14.10.1974 in Hamburg, daß die deutsche Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft zu "stärkerem wirtschaftlichem und technischem Engagement in Lateinamerika bereit" (2) seien. "Mit Hilfe der Außenwirtschaftspolitik müssen nach den Worten des Ministers die Wege der Zusammenarbeit geebnet werden. Daneben sollten ungleiche Partner, wie private Unternehmen und staatliche Stellen zusammengeführt werden. Schließlich müsse der Staat mit den verfügbaren Instrumenten in Fällen besonderer Risiken Hilfe leisten." (2) Wie diese 'Hilfe' im Konkreten aussieht, zeigt ein Blick in den 'Bundesanzeiger' (der vom Bundesministerium für Justiz herausgegeben wird), wo der Bundeswirtschaftsminister fast in jeder Ausgabe ein Abkommen über den gegenseitigen Abbau steuerlicher Doppelbelastung zwischen der BRD und einem anderen Land bekannt gibt. (3)

"Die Ausfuhrgarantien und -Bürgschaften des Bundes zur Absicherung des Exportrisikos der deutschen Wirtschaft sind 1973 sprunghaft angestiegen." (4) So beginnt ein Artikel in den 'Nachrichten für Außenhandel' vom 11.9.74. Der vom Bund in diesem Jahr (1973) mit insgesamt 10,9 Mrd. DM gedeckte Export der westdeutschen Kapitalisten besteht zu 35,7 % aus dem Export von Kapitalanlagen, also Kapitalexport, zu 23,8 % aus dem Export von Maschinen und zu 17,1 % aus der Ausfuhr unedler Metalle. Gegenüber dem Jahr 1972 ist damit der vom Bund gegen Risiken gedeckte Export um 43,2 % gestiegen. Bis zum Jahre 1973 hat der Bund insgesamt Exporte im Werte von 29,6 Mrd. DM gedeckt, wovon die Exporte in die Entwicklungsländer mit 21,7 Mrd. DM 73,3 % ausmachen.
Von allen Deckungen beziehen sich 22,6 % auf Projekte mit Auftragswerten von über 100 Mill. DM.

Der Grund für die Deckungen, die der westdeutsche Staat aus Steuergeldern den Unternehmern gewährt, liegt im politischen und wirtschaftlichen Risiko, das die westdeutschen Kapitalisten im Export von Kapital und Waren eingehen, und wovon im Rechenschaftspapier der Deutschen Gruppe der IHK die Rede ist (s. o.). Die Schadenszahlungen, die der Bund effektiv an einzelne Unternehmen auszahlen mußte, betrugen im Jahr 1973 90,7 Mill. DM. Davon wiederum war der Anteil der Zahlungen für Projekte in Entwicklungsländern mit 84 Mill. DM sehr hoch! – eine Konsequenz erfolgreicher Befreiungsbewegungen der Völker der Dritten Welt, z. B. der Völker von Guinea-Bissau, Laos, Oman oder Dhofar (vgl. KVZ 5,6 und 8/73; siehe hierzu Schlußbemerkung).

Verstärkte Investitionen der westdeutschen Wirtschaft werden auch nach Angaben von Schmitt, dem Vorsitzenden des Außenhandelsausschusses des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), aus "binnen- und außenwirtschaftlichen Gründen immer mehr im Ausland stattfinden". (5) In einer Presseerklärung seines Verbandes vom 17.9.74 bestätigte er ferner, daß sich die Außenhandelspolitik der BRD in Zukunft stärker auf die "neuen Erfordernisse einer verstärkten Investitionstätigkeit der deutschen Wirtschaft im Ausland" konzentrieren müsse als bisher. Nach seiner Meinung bestehe ein "elementarer Zusammenhang" zwischen Binnen- und Außenmarkt, dem man künftig mehr Rechnung tragen müsse. Damit hat er sicherlich recht. Doch er benennt nicht den wirklichen Zusammenhang zwischen Binnen- und Außenmarkt, der ja gerade darin besteht, daß die westdeutschen Kapitalisten ihre Kapital- und Warenexportoffensive nur auf der Grundlage einer verschärften Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse im **Inland** zum einen und durch eine Unabhängigkeit in der Versorgung mit Rohstoffen für den **Binnenmarkt** zum anderen langfristig werden durchhalten können.

Für diese Versorgung des Binnenmarktes mit Rohstoffen aus erster Hand setzt sich die BRD-Regierung mit Nachdruck ein. So sollen aufgrund des Entwurfs für ein **Wirtschaftsplangesetz**, das am 20.9.1973 dem Bundesrat zugeleitet wurde, die Mittel "für die Förderung von Niederlassungen deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern auch für das Jahr 1975 um 5 Mill. DM auf dann insgesamt 25 Mill. DM aufgestockt werden. Die Mittel werden für die Erweiterung, die Errichtung und für den Erwerb von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen in Ländern der Dritten Welt vergeben werden." (6) Desweiteren sollen für 'bilaterale Kapitalhilfe' 110 Mill. DM und zum Zweck von Finanzierungshilfen langfristiger Exportgeschäfte in Entwicklungsländern 90 Mill. DM bereitgestellt werden! Während einerseits die Standortverlagerung ganzer Industriezweige in sogenannte kostengünstigere Länder mit Steuermitteln vom Staat begünstigt, ja geradezu prämiert werden, kommen auf die westdeutschen Arbeiter und Angestellten dieser Wirtschaftsbereiche Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Entlassungen und auf die Jugendlichen zusätzlich fehlende Lehrstellenangebote zu.

Daß es der Arbeiterklasse und dem Volk wirklich nur dann besser geht, wenn die Geldsäcke vertrieben und ihre ganzen Lakaien in Staat und Regierung aus ihren Ämtern entfernt worden sind und die politische Macht sowie die Verfügung über die Produktionsmittel in den Händen der Arbeiterklasse liegt, wird hier doch zwingend deutlich.

Daß die Kapitalisten den Hals nie voll kriegen können und vom Staat immer mehr Subventionen für ihre imperialistischen Vorhaben verlangen, sollte eigentlich keinen wundern. Wieviel Erfolg sie mit ihrer Dreistigkeit allerdings haben, ist schon erschreckend. Eingehend auf die Forderung der Kapitalisten nach einer Novellierung des Entwicklungshilfe-Steuergesetzes (vgl. die Stellungnahme der IHK oben), sieht der Staat in Zukunft eine besondere Vergütung für alle diejenigen Unternehmen vor, die in Entwicklungsländern Betriebe mit mehr als 40 % Lohnanteil an der betrieblichen Wertschöpfung unterhalten. Einmal abgesehen davon, daß die Unternehmen die behördlichen Rechnungsstellen in der Errechnung der betrieblichen Gewinnschöpfung nach Strich und Faden anscheißen, was

jeder Volkswirtschaftsstudent weiß, versuchen die Kapitalisten nun, diesen Anteilsatz auf 30 % herunterzuschrauben – klar, weil dadurch noch mehr Unternehmen unter die neue Vergünstigungsklausel fallen würden. Von der Offensive der Kapitalisten 'beeindruckt', entschlossen sich die Regierungsvertreter, erstmal die Stellungnahme der 'Verbände' abzuwarten. Da dies überflüssig und nur Taktik ist, werden sie letzten Endes, wie immer, den Wünschen des Kapitals entsprechen und den Prozentsatz auf 30 % senken.

2. Zur Entwicklungs'hilfe' der BRD

Sowohl vom Bundeswirtschaftsministerium als auch vom Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit sind in letzter Zeit auffallend oft die Ziele der westdeutschen Entwicklungshilfepolitik benannt worden. Vor dem Hintergrund der extremen Importabhängigkeit der BRD und dem verstärkten Kapitalexport bekommen die verschiedenen Äußerungen einzelner Vertreter des Regierungsapparates einen zusammenhängenden Sinn.

Alwin Brück, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) erklärte auf der Jahrestagung der Deutschen Geologischen Gesellschaft am 10.9.74 in Bonn, daß man langfristig den direkten Zugang zu Rohstoffvorkommen erreichen müsse. Dazu ist es seiner Meinung nach wichtig, ein "Vertrauensverhältnis zu den Rohstoffländern herzustellen". (7) Dieses wiederum lasse sich nur auf der Basis "Partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen rohstoffproduzierenden Entwicklungsländern und rohstoffverbrauchenden Industrieländern" (7) erlangen. Die westdeutsche Bourgeoisie geht in ihrer Strategie im internationalen Konkurrenzkampf um Einflußsphären, Absatz- und Rohstoffbasen von Widersprüchen und Fehlern sowohl vergangener eigener als auch gegenwärtiger kolonialistischer Entwicklungspolitik ihrer Kontrahenten aus, die die Entwicklungsländer in die Rolle der 'Nur-Rohstofflieferanten' drängten und damit zu einer Monostruktur in der Wirtschaft dieser Länder beitrugen. Daß solche Auswirkungen Probleme in den Entwicklungsländern hervorrufen und diese geradezu provozieren, sich von ihren Ausbeutern zu befreien, das hat die BRD bzw. das westdeutsche Kapital schon öfters zu spüren bekommen und dies wird sich eher verstärken, als vermindern (siehe Zusammenfassung). Trotzdem versucht die BRD mit ihrer neuen Strategie davon auszugehen, "daß in den Ländern der Dritten Welt nicht nur Rohstoffe exportiert werden, sondern auch Industrien zur Weiterverarbeitung und Veredelung der Rohstoffe entstehen. Ferner sollte die Bundesrepublik den Entwicklungsländern helfen, ihre Wirtschaft weiter zu diversifizieren". (7)

Daß die 'partnerschaftliche Zusammenarbeit' und die Ausbeutung der Rohstoffe nicht einander widersprechende Dinge sind, wie dies in jüngsten Diskussionen zwischen Friderichs und Bahr (BMZ) hingestellt wird, sondern daß dies zwei Seiten einer Medaille sind, sei hier noch einmal betont: Unter dem Vorwand der 'Entwicklungshilfe' steckt zum einen das handfeste Interesse der westdeutschen Industriekapitalisten, in den Aufbau der Wirtschaftsstruktur des Landes ihr Kapital zu investieren; andererseits steckt dahinter die Möglichkeit, im Kampf gegen ihre Konkurrenten um Rohstoffe und Warenabsatzmärkte eine weitere Schlacht zu gewinnen. Doch die Kapitalisten führen bekanntlich einen Krieg an zwei Fronten. Die zunehmenden Aktivitäten der Völker der Dritten Welt zur Befreiung ihrer Länder von der einheimischen willfährigen und korrupten Bourgeoisie sowie von allen imperialistischen Unterdrückern führt dazu, daß sich immer weniger Möglichkeiten für die internationale Bourgeoisie ergeben, ihren Einfluß auf die Länder der Dritten Welt auszuweiten.

Der vollständige Sieg der Völker der Dritten Welt sowie die sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen im eigenen Land werden mit Sicherheit zum Untergang der Bourgeoisie führen. Dies darf bei allen Versuchen und auch Erfolgen westdeutscher Kapitalisten auf dem Weltmarkt nicht außer acht gelassen werden.

Um diese Entwicklung aufzuhalten, betreibt die BRD-Regierung, Seite an Seite mit den Vertretern der westdeutschen Kapitalistenklasse, zur Zeit eine Großoffensive gegen die Interessen der Entwicklungsländer. Hierin werden sie auf europäischer Ebene von ihren westlichen 'Partnerländern' wort- und tatkräftig unterstützt. So in Genf, wo unlängst die 14.Tagung des UNCTAD–Rates stattfand. Die westdeutsche Delegation, bestehend aus dem Botschafter Balken und dem Ministerialrat Koinzer vom Bundeswirtschaftsministerium, spielte dort eine äußerst aktive Rolle. Sie betonte, daß die BRD **gegen** eine zu radikale Änderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und grundsätzlich **für** die freie Marktwirtschaft eintrete. Der Hintergrund des sicherlich nicht überraschenden Bekenntnisses der BRD-Regierung zum Kapitalismus ist das Vorgehen der Entwicklungsländer, die im Frühjahr 1974 auf einer Sondersitzung der UN–Vollversammlung die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsordnung verlangt und u. a. gefordert haben, die Rohstoffpreise durch ein 'Preisindexierungssystem' an die Preise der von den Entwicklungsländern importierten Fertigwaren zu binden. Gegen die von diesen Ländern eingebrachte Resolution auf der UNCTAD-Tagung stimmten die USA, die BRD, Großbritannien, Frankreich und Italien. Botschafter Balken kommentierte die Gegenstimme der westdeutschen Delegation: "Wir bezweifeln ernsthaft, ob eine zu radikale Transformation der Weltwirtschaftsbeziehungen zu besserer Zusammenarbeit oder höherem Lebensstandard für größere Gruppen von Ländern führen kann." Und weiter: "Meines Erachtens sollten wir uns aller Maßnahmen enthalten, welche die Marktmechanismen funktionsunfähig machen oder die unternehmerische Initiative und Einfalls(!)kraft behindern." (8) Deutlicher läßt sich das Eintreten des Staates für die Interessen des westdeutschen Kapitals und die dahinter stehende nicht unbegründete Furcht vor der Macht der Länder der Dritten Welt – sobald sie gemeinsam ihre Interessen vertreten – wohl kaum belegen.

Die Furcht vor den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt steckt allen Kapitalisten und ihren Agenten tief in den Knochen. Sie bringt auch die 'Weltbank' in ihrem Jahresbericht von 1973 dazu, von "enormen Veränderungen und starken Unruhen" (9) zu reden. Daher halte sie es für unerläßlich, noch mehr als bisher, Entwicklungshilfeprojekte finanziell zu unterstützen. "Die Weltbank trug mit 3,2 Mrd. Dollar, die 'International Development Organisation' (IDO) mit 1,1 Mrd . Dollar und die 'International Finance Corporation', die Unterneh-

mensbeteiligungen in der Dritten Welt vornimmt, mit 200 Mill. Dollar zu den Bewilligungen bei. . . . Alles in allem wurden damit 174 Entwicklungshilfeprojekte finanziert." (9) Daß dies nicht aus rein uneigennützigen Beweggründen heraus geschieht, sieht man neben den soeben benannten politischen Hintergründen auch ganz gut an der Tatsache, daß das "Nettoeinkommen der Bank aus Zinserträgen und sonstigen Einnahmen um 30 Mill. Dollar auf 216 Mill.Dollar" (9) zunahm!

Daher verwundert es denn auch nicht, wenn McNamara, ehemaliger Kriegsminister des US-Imperialismus und jetziger Boss der 'Weltbank', für eine unverzügliche Gewährung neuer Gelder eintritt! Das Geld für diese internationalen Finanzierungsunternehmen kommt aus den imperialistischen Ländern selbst. Die BRD hat dafür – aus Steuergeldern natürlich – ihren Anteil von 9,6 % im Jahre 1973 auf nunmehr 11,4 % erhöht. Die US-Imperialisten halten mit 33,3 % derzeit den Löwenanteil an Geldern bereit.

Diese Kapital'hilfen' und Sonderkredite tragen dazu bei, daß die Länder der Dritten Welt immer mehr verschulden und somit von den imperialistischen Ländern in neue Formen der Abhängigkeit geraten. "Die Gesamtverschuldung der Dritten Welt stieg im letzten Jahr von 85 Milliarden Dollar auf 99 Milliarden Dollar." (9) Dies ist sicherlich keine gute Sache für diese Länder; sie ist allerdings ein Grund mehr dafür, daß sie den Kampf um die Befreiung vom imperialistischen Joch vorantreiben!

In der 'Europäischen Gemeinschaft' (EG) ist die BRD ebenfalls drauf und dran, in der Politik gegen die Entwicklungsländer "neue Akzente" (25) zu setzen. Als wirtschaftlich stärkster 'Partner' dieser 'Gemeinschaft' glaubt sich die BRD in einer besonderen "verantwortungsvollen Position" (Brandt, Schmidt, Friderichs – die Liste der Urheber dieses Zitats würde sich beliebig verlängern lassen). So forderte Otto Wolff von Amerongen, der Präsident der Deutschen Industrie und Handelstags (DIHT), auf einer Vollversammlung seines Verbandes am 11.Oktober dieses Jahres in Berlin "eine über die EG hinausgehende internationale wirtschaftliche Kooperation, die vorwiegend in gemeinsamen Investitionen von ölproduzierenden und Industrieländern in Entwicklungsländern liegen müßte". (9)
Wie dies konkret aussieht, soll nochmal an einem Beispiel verdeutlicht werden:

3. Das Beispiel Afrika – oder: "Afrikaner sollen EG-Investitionen garantieren"

Seit Mitte 1974 sind die Verhandlungen zwischen der 'EG-Kommission' und vierundvierzig Ländern Afrikas sowie des pazifischen und karibischen Raums (offizielle Abkürzung: AKP) in ein konkretes Stadium übergegangen. Die Entwicklungsländer legten der Kommission eine 'Denkschrift' vor, in der sie ihre Vorstellungen einer zukünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit festhielten. Dabei vermißt die Kommission allerdings "jeden Hinweis auf die Kernfrage der Investitionsbedingungen und die den Investoren gebotenen Garantien. Ohne eine angemessene Beteiligung des Privatsektors sei jedes Kooperationsprogramm zum Scheitern verurteilt." (10) Für Investitionen der EG-Länder sei ein "günstiges Aufnahmeklima unbedingte Voraussetzung". (10) Die Skepsis der EG-Imperialisten, allen voran die BRD, ist aus besagten Gründen nicht unberechtigt, da gerade in Afrika die Erfolge der Befreiungsbewegungen zunehmen. (11)

Von den 44 Ländern Afrikas will die EG vor allem solche Länder finanziell 'unterstützen', die die Verarbeitung einheimischer Rohstoffe vorhaben. Entgegen den Forderungen der Länder Afrikas sowie der Karibik und des Pazifiks, hält es die Kommission "für alle Fälle für unmöglich, den AKP-Ländern Know-How, das privates Eigentum ist, zur Verfügung zu stellen". (10) Dies macht den imperialistischen Charakter dieser 'Entwicklungshilfe' wohl deutlich genug. Die EG-Kommission geht sogar soweit, den Ländern Afrikas sowie der Karibik und des Pazifik zu empfehlen, "sich angesichts der hohen Forschungskosten nicht mit wenig Erfolg versprechenden (!) Arten der angewandten Forschung zu befassen". (10)
Damit wollen die kapitalistischen und imperialistischen Länder Europas den Zustand der finanziellen und technologischen Unselbständigkeit der Länder der Dritten Welt auf immer und ewig festschreiben. Dies wollten allerdings auch schon deutsche, englische und japanische Kapitalisten vor dem 2.Weltkrieg z. B. in China. Ebenso wie diese damals am unbesiegbaren Willen der Völker der Dritten Welt zur Befreiung scheiterten, wird es den heutigen Imperialisten in Afrika, Lateinamerika und Asien, allen voran US- und BRD-Imperialisten gehen

4. Die Entwicklung der Auslandsinvestitionen der BRD-Kapitalisten

In einem Runderlaß des Bundesministers für Wirtschaft vom 25.September 1974 (12) wird eine Statistik über "Vermögensanlagen Gebietsansässiger in fremden Wirtschaftsgebieten" veröffentlicht. Sie enthält Daten darüber, in welchen Ländern die Kapitalisten der verschiedenen Wirtschaftszweige wieviel an Kapital investiert haben. Betrug die Gesamtsumme der ausländischen Direktinvestitionen des BRD-Kapitals im Jahr 1973 noch 32.232.6 Mrd. DM, so hat sie sich bis Juni 1974 auf insgesamt 34.752.6 Mrd. DM erhöht. Wie schon im letzten Jahr hat sich dabei der Kapitalexport in die Entwicklungsländer weiter verstärkt. Betrug er Ende Juni 1973 anteilsmäßig 24,2 %, so erhöhte sich dieser Anteil auf 30,0 % des Gesamtkapitalexportes bis zur Mitte dieses Jahres. Von den verbleibenden 70 % der ausländischen Kapitalanlagen investierten die westdeutschen Kapitalisten bevorzugt in steuergünstige Länder, wie z. B. Luxemburg, Kanada oder die Schweiz, von wo aus wegen der Steuervergünstigung Kapital in Entwicklungsländer exportiert wird. Von den 20 Mrd. DM, die in europäische Länder gingen, entfielen allein auf die Schweiz 3.649 Mrd. DM. An zweiter Stelle lag Frankreich, wohin das westdeutsche Kapital 3.551 Mrd. DM exportierte, was ein Anzeichen für die scharfe Konkurrenz zwischen der BRD und Frankreich ist, das seinerseits 2.052 Mrd. DM in die BRD investierte. Auch in das Entwicklungsland Spanien exportierte das westdeutsche Kapital die nicht unerhebliche Menge an Kapital im Wert von 2.531 Mrd. DM. In die Niederlande flossen 2.537 Mrd. DM, nach Italien 1.412 Mrd. DM und nach Großbritannien 954 Mill. DM, erheblich weniger als in das faschistische Spanien!
Von den 10.173 Mrd. DM, die in die Länder Amerikas

investiert wurden, entfielen 3.178 Mrd. DM auf Südamerika, 3.141 Mrd. DM auf die USA, 2.537 Mrd. DM auf Kanada und 1.316 Mrd. DM auf Mittelamerika. Von den 3.178 Mrd. DM für Südamerika kommen auf Investitionen in das faschistisch regierte Brasilien allein 2.256 Mrd. DM. Es folgten Afrika mit 2.215 Mrd. DM und Asien, Australien sowie Ozeanien mit 1.590 Mrd. DM.

Nach Wirtschaftszweigen aufgegliedert ergab sich, daß aus der BRD vor allem die Industrieunternehmen Kapital im Ausland investierten. Von den insgesamt 34.752 Mrd. DM Kapitalexport entfielen auf sie 26.740 Mrd. DM. An erster Stelle rangierte die chemische Industrie mit 6.858 Mrd. DM. Es folgten die Bereiche Elektrotechnik, Eisen und Stahl, Maschinenbau und Automobilindustrie. Handel, Verkehrsunternehmen, Banken und Versicherungen sowie Kapitalanlage- und Beteiligungsgesellschaften, investierten insgesamt 7.157 Mrd. DM. Auf Banken und Versicherungen entfielen 3.075 Mrd. DM. Von den Kapitalanlage- und Beteiligungsgesellschaften, die 442.6 Mrd. DM an Vermögen exportierten, investierten diese alleine in den Entwicklungsländern 395.1 Mrd. DM.

5. Welche Rohstoffpolitik betreibt die westdeutsche Bourgeoisie in einzelnen Ländern der Dritten Welt?

In den vergangenen 12 Monaten wurde die Abhängigkeit gerade des BRD-Kapitals vom Import des Rohstoffes Erdöl deutlich. Dabei war die BRD weniger von den erdölproduzierenden Ländern selbst als vielmehr von **den** Ländern abhängig, die sich das ertragreiche Geschäft der Erschließung **und** Vermarktung des Rohstoffes Erdöl (mit all seinen Nebenprodukten) nach 1945 'an Land' gezogen hatten. Dabei wurden Länder wie die USA, die Niederlande oder Großbritannien durch die Schwächung des westdeutschen Kapitals infolge der Niederlage im 2. Weltkrieg begünstigt. Dieses 'Manko' aufzuheben, d. h. sich aus der Abhängigkeit von seinen imperialistischen Konkurrenten in der Rohstoffbeschaffung zu lösen, ist seit geraumer Zeit oberstes Ziel der westdeutschen Kapitalisten in ihrer Außenwirtschaft.

Die nachfolgenden Beispiele sollen zunächst verschiedene Spielarten westdeutscher Rohstoffbeschaffungspolitik aufzeigen. Dabei sollen Zusammenhänge klarer werden, die zwischen der Möglichkeit des direkten Zugangs zu Rohstoffbasen im Ausland und staatlicher Entwicklungshilfe bestehen (Beispiel **Saudi-Arabien** oder **Ecuador**), die zwischen Rohstoffbeschaffungsmöglichkeiten und Kapitalanlage- bzw. Beteiligungspolitik der westdeutschen Kapitalisten selbst bestehen (Beispiel **Iran**) und die zwischen Kapitalanlagegarantien und Kapitalinvestitionen bestehen (Beispiel **Brasilien**). Ferner soll die Bedeutung wirtschaftsgeographischer Gesichtspunkte für Investitionspräferenzen aufgezeigt werden (Beispiel **Swaziland**). Am Beispiel **Algerien** wird der Zusammenhang von Energiesicherungspolitik und dem Streben nach wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit von der Konkurrenz ersichtlich.
Die Beispiele **Frankreich** und **USA** sollen die Schärfe des unmittelbaren Konkurrenzkampfes zwischen den Imperialisten selbst verdeutlichen.

Das Beispiel Saudi-Arabien

In einem Artikel der 'Nachrichten für Außenhandel' vom 11.9.1974 ist zu lesen, daß der Bundestagsabgeordnete Müller-Hermann (CDU) sich für die Verbesserung der Beziehungen zu Saudi-Arabien einsetzen will. "Dieses Land sei einer der Garanten dafür, daß eine vernünftige Erdölpolitik betrieben werde." (14) Auf Einladung des Monarchen Feisal besuchte eine Delegation des 'Arbeitskreises Wirtschaft' der CDU unter Leitung von eben jenem Müller-Hermann Saudi-Arabien. Er meinte, daß die BRD allen Anlaß habe, die Beziehungen zu Saudi-Arabien zu pflegen. Zur Zeit lassen sie noch sehr zu wünschen übrig. Ganz im Gegensatz zu den USA, deren saudi-arabischer Botschafter ein Erdölfachmann ist, sei die BRD in diesem Lande erheblich unterrepräsentiert. Die Vertreter von Saudi-Arabien gaben der BRD-Delegation zu erkennen, daß sie ihre 'Ölmilliarden' im eigenen Lande investieren wollten. So hat man einen beträchtlichen Teil des '100 Mrd. Dollar-Fünfjahresplanes' für die Erschließung und für den Ausbau der Infrastruktur des Landes eingeplant. "Wichtig für die Bundesrepublik sei", heißt es dann weiter in dem Bericht, "Saudi-Arabien erwarte, daß die BRD für diese Aufgabe (Erschließung der Infrastruktur, der Verf.) ihre technische Hilfe bereitstellt und sich stärker als bisher in Saudi-Arabien engagiert". (14) Ergebnis dieser Reise Anfang September 1974 war die Absichtserklärung der westdeutschen Delegation, mehrere 'gemischte Kommissionen' unter Beteiligung der westdeutschen Industrie zu bilden, die sich, dem Wunsch Feisals entsprechend, um die benötigten Experten für die Entwicklung eines Facharbeiterstammes für die anstehenden Vorhaben zu kümmern hat.
Gut einen Monat später erscheint in der gleichen Zeitschrift ein Artikel mit der fettgedruckten Schlagzeile: "Investieren in Saudi-Arabien!" mit folgendem Wortlaut: "Die Deutsche Bank AG hat für ihre Kunden, die an einer Zusammenarbeit mit Saudi-Arbien interessiert sind . . ., eine Informationsbroschüre zusammengestellt, die nach Angaben des Instituts größtenteils unveröffentlichtes oder nur schwer zugängliches Originalmaterial aus Saudi-Arabien verwertet. Die Broschüre gibt Auskunft über verschiedene wirtschaftliche, technische und juristische Fragen, mit denen sich ein ausländischer Investor konfrontiert sieht." (15) Daß die Deutsche Bank mit ihren 'Kunden" nicht die Kleinsparer gemeint hat, die ihr Gespartes dorthin tragen, steht außer Frage. Die beiden Artikel bringen zum Ausdruck, wie Finanzkapital und Politiker mobilisiert werden, um jede sich bietende Möglichkeit des Zugangs zu Rohstoffvorkommen auszunutzen oder in Aussicht stehende Kapitalanlagesphären zu sichern. Nur so können die westdeutschen Kapitalisten im Konkurrenzkampf um Weltmärkte unabhängig und konkurrenzfähiger werden.

Das Beispiel Rumänien

Um sich direkten Zugang zu Rohstoffvorkommen zu verschaffen, kommen die Kapitalisten auch mit sozialistischen Ländern ins Geschäft. Mit Rumänien stehen sie seit kurzem in intensiven Verhandlungen um eine etwaige Kooperation im Erdölbereich. Wie das rumänische Ministerium für Bergbau, Erdöl und Geologie durchblicken ließ, liegt die DEMINEX (Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH) in der Konkurrenz zu ihren 'Partnern'

gut im Rennen. (16) Das westdeutsche Unternehmen hat ein besonders günstiges Angebot für eine Kooperation bei der Suche und Erschließung von Rohstoffvorkommen im Schwarzen Meer unterbreitet. Rumänien verfügt in Ploiesti (nördlich von Bukarest) über riesige Erdölvorkommen und beutet sie bereits seit Jahren aus.

Das Beispiel Iran

Das Geschäft, das am 17.9. dieses Jahres der Krupp-Konzern und die staatliche iranische Gesellschaft für Stahlindustrie abgeschlossen hat, ist eine weitere Bresche, die sich das westdeutsche Kapital für den direkten Zugang zu Rohstoffvorkommen geschlagen hat. Daß es dabei in der Wahl der Mittel immer öfter seinen Konkurrenten im voraus ist, zeigt die Äußerung des Aufsichtsratsvorsitzenden des Krupp-Konzerns, Beitz, der stolz betonte, daß der Iran in absehbarer Zeit kein Abkommen dieses Ausmaßes mit irgendeinem anderen westlichen Industriestaat tätigen wolle. (17) Daß dieses Geschäft mit dazu beitragen soll, daß die BRD im Iran einen neuen Erdöllieferanten aus erster Hand gewinnt, dürfte klar sein, auch wenn dies von offizieller Seite noch bestritten wird.

Das Beispiel Ecuador

Noch beschränkt sich der Anteil westdeutscher Kapitalinvestitionen in Ecuador auf 9.7 Mill. DM und macht damit nur einen geringen Teil des nach Lateinamerika exportierten Kapitals aus. Den Auftakt für die Intensivierung der Beziehung der BRD zu diesem Land machte Bundeswirtschaftsminister Friderichs mit seinem Besuch in Ecuador Anfang September 1974. Was hinter der Zusicherung weiterer Wirtschaftshilfe und der Zusage westdeutscher Beteiligung beim Aufbau von Düngemittel- und Zementfabriken steckt, wurde nach dem Bericht über diese Reise deutlich: das handfeste Interesse der BRD am direkten Zugang zu Erdöl- und Erdgasvorkommen in Ecuador. Diese in Aussicht stehenden Rohstoffbasen ergaben nach Friderichs Meinung "interessante Ansatzpunkte künftiger Zusammenarbeit". (18)
Für das westdeutsche Angebot zeigten sich die Vertreter Ecuadors dankbar: Als Ausgleich für die dringend benötigten Investitionshilfen bei der Düngemittel- und Zementproduktion stellten sie der westdeutschen Seite eine Beteiligung beim Aufbau einer nationalen petrochemischen Industrie in Aussicht. Hierfür kämen "Gemeinschaftsinvestitionen mit der Corporacion Estatal Petroleras (CEPE) in Betracht, sowie Dienstleistungsverträge, bei denen eine Vergütung durch die Lieferung von Erdöl und Erdgas erfolgen könne". (18)
Friedrichs sicherte den ecuadorianischen Vertretern zu, daß demnächst eine Expertengruppe aus der BRD "die Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der Petrochemie und in angrenzenden Bereichen an Ort und Stelle untersuchen und beiden Seiten Vorschläge unterbreiten" werde. Danach würde dann "eine deutsche Delegation aus führenden Vertretern von Industrie, Handel und Banken Ecuador besuchen, um Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu erörtern". (18) Weiter gab er zu verstehen, daß die BRD-Kapitalisten über Investitionsangebote im Bereich des wirtschaftlichen Aufbaus in einem Entwicklungsland den direkten Zugang zu dessen Rohstoffvorkommen zu erreichen suchen. Mit Unterstützung der staatlichen Außen- und Wirtschaftspolitik hat das BRD-Kapital gegen seine imperialistischen Konkurrenten so im Kampf um Kapitalanlagesphären, Absatz- und Rohstoffmärkte Erfolge erzielt.

Das Beispiel Brasilien

Das westdeutsche Kapital maximiert gerade in solchen Ländern seine Profite, wo die jeweiligen machthabenden Regimes die Arbeiterklasse und das Volk des Landes besonders unterdrücken, wie das in Brasilien, aber auch in Südafrika, Spanien oder Indonesien der Fall ist. Die mit Sitz in Berlin und Frankfurt/Main größte westdeutsche Unternehmensgruppe ließ durch ihren Vorsitzenden Grobe am 18.9. auf einer Pressekonferenz in Sao Paulo mitteilen, daß man für 1974 die bisher größten Umsätze im Gesamtwert von 240 Mill. DM erwarte. Im 'Schwerpunkt Brasilien' (19) erreichen die westdeutschen Firmen schnell ihre Kapazitätsgrenze und werden neue Fabriken gebaut, für die allein in der ersten Stufe der Entwicklung 11 Mill. DM aufgebracht werden müssen.

Das Beispiel Swaziland

Auch wirtschaftsgeographische Gesichtspunkte nützen die westdeutschen Kapitalisten aus, um im internationalen Konkurrenzkampf neuen Boden für ihr Kapital und den Absatz ihrer Waren unter die Füße zu bekommen. Die westdeutsche 'Kienbaum-Unternehmensberatung-Gummersbach' begründete ihre unlängst vorgenommene Reise nach Swaziland damit, daß dieses Land "ständig an Bedeutung als Standort für Niederlassungen (zunehme), da die günstige geographische Lage wirtschaftliche Aktivitäten sowohl in Südafrika als auch in den nördlich davon liegenden Staaten (vor allem Rhodesien, der Verf.) zuläßt". (20) und (11)

Das Beispiel Algerien

Direkten Zugang zu neuen Energiequellen verspricht sich das westdeutsche Kapital mit seiner Beteiligung an einem algerischen Uranerzprojekt, an dem es mit 250 Mill. DM einsteigen will. Durch die Möglichkeit der Erschließung und des Abbaus von Uranerzlagern in Algerien wäre die BRD nach Meinung Matthöfers bei der Belieferung von angereichertem Uran für Kernkraftwerke unabhängiger. Er betonte vor allem die Möglichkeit, "im eigenen Land oder zusammen mit Partnerländern autonome Techniken zu entwickeln, um auf diesem Gebiet nicht in Abhängigkeit von den USA zu geraten, was auf die Dauer sehr teuer werden würde". (21) Deutlicher läßt sich die Importabhängigkeit der BRD von ihren Konkurrenten in der Beschaffung der für die westdeutsche Industrie nötigen Rohstoffe und Energien wohl kaum aufzeigen.

6. Die beiden nächsten Beispiele sollen die Investitionstätigkeit des westdeutschen Kapitals im unmittelbaren Wirtschaftsbereich seiner Kontrahenten aufzeigen.

Das Beispiel Frankreich

Die Investitionen der BRD-Kapitalisten in dem ebenfalls hochindustrialisierten Nachbarland Frankreich sind ein Beweis dafür, wie der Konkurrenzkampf durch Investitionen in den konkurrierenden imperialistischen Ländern

vorangetrieben wird. Denn die Notwendigkeit, dort zu produzieren bzw. zu investieren, wo es für den Profit am günstigsten ist, treibt das BRD-Kapital auch dazu, die ökonomischen und politischen Schwächen seiner Konkurrenz bedingungslos auszunutzen.
Die Abnahme der Kohleförderung im nordfranzösischen 'Ruhrgebiet' um Lille und die starke Konzentration der dort ansässigen Textilindustrie Frankreichs hat für die Bourgeoisie zur Folge, daß nur ein Teil von ihr in der Lage ist, die strukturellen Schwierigkeiten, vor allem beschäftigungsmäßiger Art, in den Griff zu bekommen. Viele kleinere und mittlere Unternehmen, die vielen Arbeitern dort ihre Arbeitskraft abgekauft hatten, gehen pleite oder verlegen ihre Standorte in andere Gebiete Frankreichs. Zurück bleiben allein die großen, teils monopolisierten Konzerne mit hohem Konzentrationsgrad. Zu ihnen gesellen sich mehr und mehr ausländische – in jüngster Zeit auch westdeutsche Unternehmen. Diese finden dort eine ständig wachsende Armee von Arbeitslosen vor, was für die Erzielung des Profits ja ein sehr begünstigender Faktor ist. Neben günstigen Lohnkostenbedingungen finden sie dort auch kostengünstige infrastrukturelle Voraussetzungen für eine Standortverlagerung westdeutscher Betriebe ins französische 'Ruhrgebiet'. Sie bestehen zum einen in dem gut ausgebauten Straßen- und Autobahnnetz, das auch an die BRD angeschlossen ist. Zum anderen sind auch die übrigen Verkehrswege, wie Eisenbahnen, Flugverbindungen und Wasserstraßen bestens ausgebaut. Die Energieversorgung ist durch umfangreiche Lieferung von Erdgas aus den Niederlanden ebenfalls gesichert. Das westdeutsche Kapital, das bisher überwiegend im deutschsprachigen Elsaß-Lothringen investierte, weitet sich nun auch im Norden Frankreichs aus.
Mindestens fünf Unternehmen der Maschinenbaubranche wollen in dieser Gegend ein Zweigwerk errichten. (22)
Schon ansässige westdeutsche Unternehmen, wie die 'Schering AG' (Pharmazeutica) oder die Bertelsmann Tochtergesellschaft 'Setradis' betonen immer wieder die Vorteile des großen Arbeitskräftepotentials und der günstigen Lohnkosten. (22)

Das Beispiel USA

Auch in den inländischen Markt des US-Imperialismus, dem schärfsten Kontrahenten des BRD-Imperialismus, dringt das westdeutsche Kapital mehr und mehr ein. Unter vielen schon ansässigen westdeutschen Unternehmen hat die 'American Hoechst Corporation', US-Tochter der westdeutschen 'Hoechst AG', ihr Expansionsprogramm veröffentlicht. Danach will sie ca. 250 Mill . Dollar für den Bau neuer Chemieanlagen in Port Arthur ausgeben. Auch das westdeutsche Finanzkapital will sich auf dem US-amerikanischen Binnenmarkt weiter ausdehnen: Der Vorstand der 'Bank für Gemeinwirtschaft' (BfG) gab am 7.10. bekannt, er wolle in New York zunächst eine Repräsentanz, später dann eine Niederlassung seines Hauses einrichten, die den gesamten amerikanischen Raum bankgeschäftlich bearbeiten soll. (23)
Auch wenn im Vergleich das bundesdeutsche Engagement sich dem Umfang nach als geringer erweist, ist dies auch ein Anzeichen dafür, daß der BRD-Imperialismus bei der sich verschärfenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt keine Gelegenheit ausläßt, seine Konkurrenten in Drittländern oder bei ihnen selbst auszustechen.

7. Die 'Lohnveredelung' ist ein weiteres Mittel des westdeutschen Kapitals zur Ausbeutung fremder Arbeitskräfte.

Ein Mittel, zu dem die Bourgeoisie bevorzugt in Zeiten wirtschaftlicher struktureller Schwierigkeiten greift, ist die sogenannte Lohnveredelung, die vornehmlich in osteuropäischen Ländern und in Asien betrieben wird.
So vergibt die westdeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie mit einer derzeit relativ hohen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeitsrate immer mehr Lohnveredelungsaufträge in osteuropäische Länder. Die Vorteile dieser speziellen Art der Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte liegen darin, daß die Kapitalisten ihre halbverarbeiteten Waren, z. B. grob zugeschnittene Stoffe für Mäntel, in Länder verschicken, wo diese von billigeren Arbeitskräften fertigverarbeitet und dann wieder zurückgeschickt werden.
Nach Angaben des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium Grüner beträgt der Anteil der Wareneinfuhren aus den osteuropäischen Ländern, die dort auf Lohnveredelungsbasis hergestellt wurden, für die Textil- und Bekleidungsindustrie 50 % des Gesamtimportes dieses Wirtschaftszweiges. Daher ist es auch nicht verwunderlich, wenn sich dieser Herr Grüner gegen eine Einschränkung in der Vergabe solcher Aufträge in die osteuropäischen und asiatischen Länder ausspricht: "Der dadurch erzwungene Abbruch eingefahrener Geschäftsverbindungen aus einer zwar schwierigen aber momentan konjunkturellen Situation heraus hätte schwerwiegende Auswirkungen auf die eigene Industrie." (24)

8. Zusammenfassung

Die 'ökonomische Expansion' des westdeutschen Kapitals besteht neben der Ausdehnung des Warenexports vor allem in dem raschen Ansteigen des Kapitalsanteils, der von den Kapitalisten in die Länder der Dritten Welt und in die Wirtschaftsbereiche ihrer Konkurrenten selbst investiert wird. Dies zeigen die Zahlen des Bundeswirtschaftsministeriums deutlich. Vergleicht man sie mit den Angaben, auf die sich P.B. in seinem Artikel bezog (sie erfaßten die Entwicklung bis Ende 1973), so ist bis zur Mitte des Jahres 1974 in allen Punkten eine erhebliche Zunahme festzustellen. Die 'Expansion' fand auch in dem Sinne statt, daß sich mit jeder Maßnahme des westdeutschen Kapitals gleichzeitig der Konkurrenzkampf mit den USA und anderen imperialistischen Mächten verschärfte, ja man davon sprechen kann, daß der Kapitalexport als 'Hebel' in diesem Kampf eingesetzt wird. Die Beispiele Rumänien, Iran oder Ecuador zeigen, mit welchen Mitteln das westdeutsche Kapital die Erschließung und Vermarktung von Rohstoffvorkommen und das Eindringen in neue Kapitalanlagesphären betreibt und verbindet: Mehr und mehr werden Investitionen dort betätigt, Standorte ganzer Industrien dorthin verlagert, wo für die kapitalistische Produktion des eigenen Landes die mögliche Erschließung und Vermarktung von Rohstoff- und Energiequellen in Aussicht steht. Das Beispiel Ecuador macht dabei klar, daß Kapitalbeteiligungspolitik, in diesem Fall im Infrastrukturbereich, als Mittel für sich eingesetzt wird, um in fremde Märkte einzudringen, es aber bevorzugt im Zusammenhang (!) mit einer in Aussicht stehenden Ausbeutung der Rohstoffe des Landes eingesetzt wird. Um es noch einmal

zu sagen: Beide Mittel, ausländische Kapitalinvestitionen und Rohstoffbeschaffungspolitik, sind zwei Seiten einer Medaille, nämlich des unerbittlichen wirtschaftlichen Kampfes gegen die imperialistische Konkurrenz.

Beide Seiten im Kampf des westdeutschen Kapitals gegen seine Konkurrenz auf dem Weltmarkt werden in gleicher Weise vom Staat unterstützt. Dies ist meines Erachtens der zweite wesentliche Punkt, der hier herausgearbeitet werden sollte. Es wurde in erschreckender Weise deutlich, welche Unsummen von Steuergeldern der Staat dem Kapital **direkt** an Investitons- und Beteiligungshilfen zuschießt: Insgesamt 760 Millionen DM werden vom Staat für die 'Förderung von Niederlassungen deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern', für die 'Erweiterung, Errichtung und den Erwerb von Unternehmungen und Unternehmensbeteiligungen in Ländern der Dritten Welt', als 'Finanzierungshilfen langfristiger Exportgeschäfte' oder für den sogenannten 'Weltentwicklungsfond' von Weltbank, IDA und IFC gezahlt. Dazu kommen die 'Deckungen' westdeutscher Kapitalinvestitionen in Entwicklungsländern gegen 'übermäßige Risiken', die in diesem Jahr insgesamt 10,9 Milliarden DM betragen sollen und die Vergünstigungen, die Kapitalisten erhalten, welche 'beschäftigungsintensive' Betriebe im Ausland aufbauen wollen. Berücksichtigt man dann weiterhin, in welchem Umfang sich die BRD **indirekt** über sogenannte Entwicklungshilfegelder und Steuervergünstigungen für Entwicklungshilfeprojekte für die Interessen des Kapitals im Ausland einsetzt (ganz abgesehen von der Förderung des Außenhandels), so wird klar, welche Rückenstütze der Staat dem BRD-Kapital im Kampf gegen seine imperialistische Konkurrenz ist. Daß er diese Funktion vor allem in politischer Hinsicht wahrnimmt, und daß er dabei mehr und mehr stellvertretend für das Kapital das schmutzige Geschäft des Wegbereiters (und Interessenvertreters) gegen die Interessen der Völker der Dritten Welt betreibt, kam meines Erachtens im zweiten und dritten Abschnitt deutlich zum Vorschein.
Daß sich Staat und Kapital der imperialistischen Konkurrenz gegenüber zwar in der Offensive, aber an der Front mit dem Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt in der Defensive befinden, konnte in diesem Aufsatz nur erwähnt, keineswegs aber belegt werden. Diesem Punkt intensiver nachzugehen, fordert dieser Umstand jedoch gerade heraus.

J.Sch.
Hamburg 30.10.1974

9. Zu den Quellen:

Wie schon erwähnt, habe ich mich grundlegend auf den Artikel von P.B. in Kommunismus und Klassenkampf 3/74 gestützt.
Für meinen Beitrag zur Weiterführung und Ergänzung des Kommunismus und Klassenkampf-Artikels habe ich in erster Linie die 'Nachrichten für Außenhandel' und den 'Bundesanzeiger' benutzt. Desweiteren war für das Herangehen an den Aufsatz die tägliche Lektüre der 'Welt' und der 'Frankfurter Rundschau' notwendige Voraussetzung. Beide Quellen sind jedoch nicht direkt verarbeitet worden. Daher ein paar Worte zu meinen beiden hauptsächlichen Ausgangsmaterialien:
Die **Nachrichten für Außenhandel (NfA)** werden von der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Köln und von der VWD-Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH, Frankfurt/Main, herausgegeben (täglich). Sowohl die BfA als auch die VWD veröffentlichen in diesem Organ eigene Artikel. Bei meinen Ausführungen habe ich mich in erster Linie auf die Artikel gestützt, die dort unter der Rubrik 'Deutsche Außenwirtschaft' veröffentlicht wurden. Alle verwerteten Informationen waren in diesen Artikeln besser, ausführlicher und zusammenhängender dargestellt, als in den beiden Tageszeitungen 'Frankfurter Rundschau' und 'Welt'. (Die NfA befinden sich im 37.Jahrgang!)
Der **Bundesanzeiger** erscheint fünfmal wöchentlich und wird vom Bundesminister der Justiz herausgegeben. (Jahrgang 26) Neben 'Verkündigungen' und 'Bekanntmachungen' der verschiedenen Ministerien enthält er den Wortlaut aller veröffentlichten Bundesgesetzblätter sowie der 'Amtsblätter der EG'. Weiter werden in vielen Ausgaben Berichte des eigenen 'Parlamentsdienstes' über die Tagungen des Bundestages veröffentlicht. Zur Hälfte besteht der 'Bundesanzeiger' dann noch aus offiziellen 'Jahresabschlüssen' westdeutscher Unternehmen und Gesellschaften sowie die Bekanntgabe von Insolvenzen, Rückkauf- und Beteiligungsangebote westdeutscher Firmen.

Beide Quellen sollten meiner Meinung nach fester Bestandteil in der marxistischen Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse der BRD sein.

Anmerkungen:

(1) VWD/NfA, 16.10.1974
(2) VWD/NfA, 14.10.74
(3) Bundesanzeiger allgemein (s.o.)
(4) VWD/NfA, 11.9.74
(5) VWD/NfA, 19.9.74
(6) VWD/NfA, 23.9.74
(7) VWD/NfA, 11.9.74
(8) Balken, in VWD/NfA, 27.9.74
(9) VWD/NfA, 24.9.74
(10) VWD/NfA, 9.10.74
(11) vgl. 'Afrika-Zeitung', Hrsg.: Komitee Südliches Afrika Heidelberg, S.16 ff.
(12) Bundesanzeiger vom 12.10.74
(13) Kommunismus und Klassenkampf 3/74, Hrsg. vom ZK des KBW, S.243 ff. Artikel von P.B. 'Ökonomische Maßnahmen zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik Ende der sechziger Jahre', S.227 ff.
(14) VWD/NfA, 11.9.74
(15) VWD/NfA, 14.10.74
(16) VWD/NfA, 7.10.74
(17) VWD/NfA, 19.9.74
(18) BfA/NfA, 4.10.74
(19) VWD/NfA, 20.9.74
(20) VWD/NfA, 23.9.74
(21) VWD/NfA, 7.10.74
(22) VWD/NfA (K.V.), 3.10.74
(23) VWD/NfA, 9.10.74
(24) VWD/NfA, 20.9.74

Gesichtspunkte zur Lage im Wehrpflichtheer Okt. 74

Die gegenwärtige Verschärfung des Klassenkampfes findet ihren Niederschlag in einer beschleunigten Entwicklung und Verschärfung der Widersprüche im Wehrpflichtheer. In den Kasernen finden wir eine erhebliche Zunahme der Klassenkampftätigkeit. Insbesondere die jungen Kommunisten und fortschrittlichen Kräfte, die durch die allgemeine Wehrpflicht zwangsweise in die Armee gerissen werden, verstehen es zunehmend, sich unter den Soldaten zu bewegen, politische Aufklärung zu treiben und die Auseinandersetzungen gegen die vielfältigen Maßnahmen der Unterdrückung anzuführen. Fünfzehn, zwanzig Zuschriften pro Woche erhalten wir gegenwärtig an die KVZ, die sich mit der Lage der Soldaten und den Zuständen in der Armee befassen. Es ist hier nicht der Platz, genaue Angaben zu machen, aber man kann davon ausgehen, daß es gegenwärtig in ca. 30 Garnisonsstädten Soldaten- und Reservistengruppen oder Komitees gibt, die von der KVZ beeinflußt werden oder sich bewußt an ihr ausrichten.
Dies ist beträchtlich und eine Frucht der 1. ordentlichen Delegiertenkonferenz des KBW, welche die Bedeutung der Militärfrage für die Entwicklung des Klassenkampfes gewürdigt und die Leitsätze zur Militärfrage verabschiedet hat. So waren ideologisch klare Grundlagen geschaffen für die jungen Kommunisten, die in die Armee müssen oder sich auf ihre Dienstzeit vorbereiten.
Geschwunden ist jenes berüchtigte halbe bis dreiviertel Jahr, das früher, vor ein, zwei Jahren etwa, im Durchschnitt benötigt wurde, bis sich ein junger Genosse in der Armee soweit zurechtfand , daß er tätig werden konnte. Heute werden sehr oft schon in der Grundausbildung schöne Erfolge beim Zusammenschluß der Soldaten gegenüber der Kasernenunterdrückung erzielt. Im gleichen Maße gesunken sind die Verluste, welche die Bewegung erlitt, indem es dem Offizierspack gelang, den einen oder anderen Genossen zu brechen und in die Resignation zur Flasche, in den Alkoholismus zu treiben. Beide schädlichen Erscheinungen gibt es zweifellos immer noch, aber sie prägen nicht das Gesamtbild.
Wesentlich für die Besserung der Lage ist, daß sich bezüglich der Militärarbeit eine gewisse Tradition herausbildet. Gediente Soldaten, die auf einer klaren politischen Linie in der Armee gekämpft haben, kehren in das zivile Leben zurück. Durchweg sind sie begierig, den Kampf weiter zu führen, und haben durchweg gute Kenntnisse, die sie weitergeben können. All dies entwickelt sich in einer Lage, in der das öffentliche Interesse an Militärfragen spürbar stieg, und die Fähigkeit kommunistischer Kader, diesem Interesse zu genügen und es unter einheitlicher Stoßrichtung zusammenzufassen, unbestreitbar wächst.

Die beschriebenen günstigen Tendenzen sind nun zwar allenthalben anzutreffen, indessen handelt es sich bloß um eine Ausgangsstellung, aus der heraus bedeutende Kräfte erst noch entwickelt werden müssen.

Zunächst eine knappe Darlegung bestimmter Verhältnisse in der Armee, die man kennen muß, um die Widersprüche im Wehrpflichtheer kalkulieren zu können. Soldat ist nicht gleich Soldat, das weiß jeder. Schützen gibt es und Generäle. Es ist die Trennung nach den Dienstgraden aber nicht die einzige Unterscheidung bezüglich der Soldaten, sondern es sind die Rechtsverhältnisse ihres Dienstes ziemlich verschieden. Dreierlei, wenn man es genau betrachtet, sogar viererlei solcher Dienstverhältnisse gibt es.
1. Die Berufssoldaten. Sie sind den zivilen Berufsbeamten vergleichbar, genießen aber wesentlich günstigere Pensionsbedingungen noch als diese schon. In den höheren Offiziersrängen ist dieser Status der gewöhnliche. Im unteren Teil des Offizierskaders gibt es ebenfalls Berufssoldaten, aber nicht so viele, da ein Teil der unteren Offizierskader ausgeschieden wird in das zivile Leben, während der andere Laufbahn macht. Einen höheren Anteil an Berufssoldaten finden wir wiederum bei den Feldwebelgraden, den "Unteroffizieren mit Portepee". Dies erklärt sich, da die Feldwebeldienstgrade entscheidend für die Ausrichtung des Unteroffizierskorps sind und an die Armee gebunden werden müssen. Ein Berufssoldat und Oberfeldwebel geht mit 52 Jahren in Pension bei hohen Pensionsbezügen. Es handelt sich offensichtlich um eine starke Bindung.
2. Zeitsoldaten. Es gibt kein Beispiel aus dem zivilen Leben für diesen Status. Zeitsoldat kann werden, wer bereit ist, sich für eine bestimmte Zeit an die Armee zu verkaufen, und auf das Recht, die Armee während dieser Zeit zu verlassen, verzichtet. Bei Ablauf der Vertragszeit erhält der Soldat dann eine Abfindung in barem Gelde, bei längerer Vertragszeit auch Fortzahlung des Soldes für eine gewisse Zeit, so daß er Zeit hat, sich irgendwie in das zivile Leben einzugliedern. Entscheidend ist jedoch, daß den Zeitsoldaten, einmal aus der Armee entlassen, nichts mehr an diese bindet. Im Gegensatz zu anderen Gebräuchen in anderen Ländern hat der Zeitsoldat keinen Anspruch auf eine lebenslängliche Rente, die ihn an die Armee weiterhin besonders binden würde. Es handelt sich beim Zeitsoldaten um die klassische Form des Söldners. Grob gesprochen zerfallen die Zeitsoldaten in zwei Gruppen. Die eine freut sich, wenn die Vertragszeit abgelaufen ist und die Abfindung auf dem Tisch liegt, die andere betrachtet diesen Status als Durchgangsstadium zum Berufssoldaten. Denn, zuerst muß Zeitsoldat werden, wer Berufssoldat werden will. Zeitsoldaten findet man daher in fast allen Verwendungen der Armee, mit Ausnahme der höheren Kommandoverwendungen.
Im großen und ganzen fällt die Dauer der eingegangenen Verpflichtungen mit der Höhe des Dienstgrades zusammen. Die kürzestmögliche Verpflichtungsdauer ist bei den Mannschaften am beliebtesten. Unteroffiziere achten meist ebenfalls darauf kurze Verträge einzugehen, und erst die Feldwebel zeigen die Neigung zu den wirklich langen Verpflichtungen (sechs, acht Jahre und mehr).

3. Die Wehrpflichtigen. Die Wehrpflichtigen stellen in der Armee das Kanonenfutter. Bei genauerer Betrachtung kann man zwei Gruppen von Wehrpflichtigen unterscheiden. Es entsprechen diese Gruppen im groben der Klassenteilung der kapitalistischen Gesellschaft. Diejenigen Wehrpflichtigen, die der Arbeiterklasse entstammen, bevölkern als Wehrpflichtige die Mannschaftsdienstgrade. Ein Teil von ihnen wird zum Unteroffizier herangebildet. Dies macht ihn zwar zum Vorgesetzten, doch nur in einem beschränkten Sinne. Auch er, der Unteroffizier, bleibt Futter für Kanonen.

4. Die zweite Gruppe von Wehrpflichtigen, das sind die Reserveoffiziersanwärter sowie die wehrübenden Reserveoffiziere. Gezogen werden sie aus den Abiturienten, aber längst nicht alle Abiturienten gehören dieser Gruppe an. Es handelt sich meistens um Angehörige der bürgerlichen Klasse, die diesen Weg einschlagen. In gewisser Weise bildet diese Schicht das ideologische Rückgrat der Armee und die Verbindung zur besseren Gesellschaft. Insbesondere die wehrübenden Offiziere erfüllen diese Funktion, wobei man bedenken muß, daß die Berufsoffiziere sehr stark unter der Lostrennung von der besseren Gesellschaft leiden. Was die militärische Seite angeht, so ist in den unteren Dienstgraden des Offizierskorps die Liebe zu den wehrübenden Offizieren nicht groß. Bei den Feldwebeln und Unteroffizieren sind sie sogar regelrecht verhaßt, da sie nicht viel vom Handwerk verstehen, aber viel befehlen. Was die politische Seite angeht, so sind sie, wie ich meine, unentbehrliches Bindeglied der Kapitalistenklasse zur Armee und bei den höheren Offiziersgraden dementsprechend geschätzt, wenn auch, was ihre militärische Fähigkeit angeht, belächelt. Aus diesen vier Kategorien von Soldaten ist die gegenwärtige Wehrpflichtarmee komponiert.

Es eröffnet diese vielfältige Schichtung der bürgerlichen Klasse verschiedene Wege, ihren Einfluß auf die Armee zu festigen. Der Hauptstrang geht über den Staatsapparat und die Kommandostruktur, das machtmäßige Zentrum und Rückgrat der Armee bilden die Berufsoffiziere, zur Schaffung vielfältiger Querverbindungen sind die Reserveoffiziere gut, die Zeitsoldaten stellen die nötigen technischen Spezialisten und vorübergehend benutzbare Söldner, die Masse der Wehrpflichtigen stellt das Kanonenfutter.
Eine Bemerkung noch zur allgemeinen Wehrpflicht. Streng genommen kann von einer allgemeinen Wehrpflicht überhaupt nicht die Rede sein. Zum Beispiel im Gegensatz zur allgemeinen Schulpflicht, die ja das Recht auf gewisse schulische Bildung einschließt, schließt die allgemeine Wehrpflicht keinerlei Rechte ein. Ihre Allgemeinheit besteht im Recht des Staates, sich für militärische Zwecke auszuwählen, wen er für richtig und geeignet hält. Es besteht für den Arbeiter keinerlei Recht, in dieser Gesellschaft das Waffenhandwerk zu erlernen. Formell besteht dieses Recht für niemanden. Faktisch indesssen ist dieses Recht den Angehörigen der bürgerlichen Klasse über die Reserveoffizierslaufbahn offengehalten. Man muß diese Eigenarten der "allgemeinen Wehrpflicht" im Kopfe halten, wenn man über die Möglichkeiten, die allgemeine Wehrpflicht zur Erlernung des Waffenhandwerks zu nutzen, Auskunft finden will.

Nun einige Bemerkungen zur Struktur der Armee. Die Armee ist gebildet aus drei Waffengattungen. Dem Heer, der Luftwaffe und der Marine. Alle drei Waffengattungen sind in ihrer Kommandostruktur bis in die Spitzen getrennt und selbständig zentralisiert. Es wird der nächsten Zukunft vorbehalten sein, die Kommandostruktur des Heeres zu untersuchen und zu interpretieren. Geradeso, wie die Bildung von übenden oder schnell verfügbaren Reservisten der sog. "Verfügungsbereitschaft".
Im Hinblick auf die Trennung der Armee in Waffengattungen können wir indessen schon jetzt Schlußfolgerungen ziehen. Von der Situation ausgehend kann man feststellen: im Heer ist der Einfluß des Kommunismus relativ am größten, in der Luftwaffe gibt es gute Ansätze, während es in der Marine dunkel ausschaut. Obzwar wir Kommunisten sagen, die Arbeiter müssen in die Armee gehen, müssen das Waffenhandwerk erlernen, wenn sie sich befähigen wollen, die Ausbeuterordnung zu stürzen und den bürgerlichen Staat zu zerschlagen, muß doch folgendes klar sein. Unvernünftig wäre es, daraus den Schluß zu ziehen, die größte Aufmerksamkeit gebühre den Waffen mit der stärksten Wirkung. Waffen also, die in der Hauptsache von Luftwaffe und Marine geführt werden. Der Arbeiterklasse muß es darum gehen, insbesondere jene militärischen Fertigkeiten zu entwickeln, deren man bedarf, um große Truppenmassen zum Einsatz zu bringen. Hierin ist es geblieben, wie es im Kriege schon immer war, das Fußvolk, die Infanterie, ist das entscheidende. Heute haben wir in der Armee keine Infanterie im ursprünglichen Sinne mehr. Die "Fußtruppen" sind allesamt motorisiert mit leicht gepanzerten Fahrzeugen. Trotzdem, die Panzergrenadiere und die Schützen sind einsatzfähig sehr gut auch ohne ihre leichten Panzer. Es schließt ihre Ausbildung den Kampf mit Gewehr, Maschinengewehr und in Teileinheiten auch mit leichten Geschützen ein. Genauso sind sie zur Panzerbekämpfung mit einfachen Waffen ausgebildet. Ein großer Teil ihrer Ausbildung vollzieht sich auch im Rahmen der Infanteriegefechtsausbildung mit eben dieser begrenzten Ausbildung. Darüberhinaus wird jeder Soldat im Rahmen der "Grundausbildung" notdürftig im Infanteriegefecht ausgebildet. Spezialisierte Fähigkeiten, Pionierausbildung, Fernmeldewesen, Artillerie usw., die im besonderen Rahmen gepflegt werden, sind schon im Bataillonsrahmen im Keime ausgebildet anzutreffen und genügen den ersten Bedürfnissen. Hinzu kommt die Panzertruppe, die mit dem schwer gepanzerten und bewaffneten "Leopard" ausgerüstet ist und einen beträchtlichen Teil der Armee ausmacht. Im kurzen Sinne, was den Gesichtspunkt der Beherrschung der Waffen durch die Arbeiterklasse zum eigenen politischen Zweck angeht, so muß man unterscheiden zwischen denjenigen Waffen, deren Beherrschung durch eine große Zahl von Menschen unerläßlich zum Gelingen des bewaffneten Aufstandes ist und denjenigen, für die das nicht zutrifft. Die ersteren sind im wesentlichen die Grenadierwaffen, die leichten panzerbrechenden Waffen sowie die leichten Luftabwehrwaffen. Von Belang ist auch die Beherrschung der Panzerwaffe. Was die schweren Waffensysteme angeht, so besteht das Interesse der Arbeiterklasse darin, ihren Einsatz zu verhüten und geschickt zu bekämpfen. Dies trifft mit Sicherheit für den Zeitraum vor dem bewaffneten Aufstand und der Errichtung des proletarischen Staates zu. Weniger nötig ist die Fähigkeit, solche Waffen positiv zum Einsatz zu bringen. Am besten sieht man dies bei der Luftwaffe. Hier besteht die Not, ihren Einsatz zu verhindern, sie aus dem Gefecht zu bringen. Dies ist bekanntlich am Boden am einfachsten.
Im Resumee:
Die bürgerliche Armee ist Unterdrückungswerkzeug und bedarf großer Truppenmassen, um dies zu gewährleisten.

Und woher sollten Truppenmassen kommen, wenn nicht aus dem Volke. Sowohl vom politischen Interesse an der Aufklärung der Soldaten als auch unter den militärischen Gesichtspunkten des bewaffneten Aufstandes muß daher der Schwerpunkt der Einflußnahme der Arbeiterklasse sich entwickeln auf die truppenintensiven Einheiten. Was das Heer angeht, so ist die Aufmerksamkeit zu richten auf die Grenadier- und Schützentruppe unter Berücksichtigung der Panzerwaffe. Was die Luftwaffe angeht, so muß man sich auf die Bodensicherungstruppen konzentrieren unter Berücksichtigung der Instandsetzungseinheiten.

Über die Marine ist dem Verfasser zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Urteil nicht möglich.

Jedenfalls ist der Einfluß des Kommunismus auf die Soldaten heute in den truppenintensiven Einheiten am größten und der spontane Widerstand der Soldaten gegen die Knechtsdisziplin der bürgerlichen Armee am größten. Man wird sich über diese Aussagen im einzelnen wohl streiten können und müssen. Jedenfalls wirkt sich die Veränderung der Klassenkampfsituation sehr schnell und unübersehbar auf das Gefüge dieser imperialistischen "Wehrpflichtarmee" aus. Seitens der imperialistischen Bourgeoisie führt die Verschärfung der Krise des Imperialismus im Weltmaßstab zu einer zielstrebigen Ausrichtung der Armee für den Gebrauch im Kriege. Im Angesicht der Verschärfung der Widersprüche innerhalb der westdeutschen Gesellschaft findet eine zielstrebige Ausrichtung auf Niederschlagung von Arbeiteraufständen statt, ein Zweck, dem die heutige Bundeswehr in keiner Weise genügt.

Dieser Vorgang, der sich unbestreitbar abzeichnet, führt heute schon zu einer Änderung der Verhältnisse in der Armee. Die Linie der Auseinandersetzung in der Armee, zwischen rechts und links, fortschrittlich und reaktionär verlief vor kurzer Zeit noch ganz zwischen "Z-Säuen" und "W" 15, früher W 18. Die wehrpflichtigen Mannschaften also auf der einen Seite und auf der anderen Seite sämtliche Längerdienenden undifferenziert. Zeitverpflichtete Mannschaftsdienstgrade wurden häufig als Stützpunkt der Führung in den Mannschaften aufgefaßt und waren das sehr oft auch. Unteroffiziere allgemein als Schweine und halbe Folterknechte betrachtet. Offiziere hatten nicht selten einen besseren Ruf als Unteroffiziere. (Man bedenke auch die ganze "antimilitaristische" Nachkriegs-Romanliteratur, wo allermeist auf den Unteroffizieren herumgehackt wird.) Diese Lage ist nicht gut. Vor einigen Jahren fand man häufig folgende Situation in den Kompanien vor. Auf der einen Seite die Abiturienten – W 18 und die Arbeiter W 18. Die Abiturienten als Träger fortschrittlichen Gedankenguts. Nicht selten leicht hofiert von "fortschrittlichen" Offiziren. Das alles, um auf der einen Seite über Gott und die Welt zu debattieren, was nicht schlecht ist, und auf der anderen Seite, um den ganzen Unmut über die Situation und den Zweck der Armee auf den "Uffzen, Stuffzen, Lumpen und Papier" abzuwälzen. Die Arbeiterjugendlichen aber gingen nicht gerne gegen die Unteroffiziere vor. Viele Abiturienten erblickte man, nachdem sie eine zeitlang den einen oder anderen fortschrittlichen Gedanken geäußert hatten, alsbald als GUA (Gefreiter-Unteroffiziersanwärter) wieder, und sie begannen heftig zu befehlen. Diese Lage war wirklich der letzte Dreck. Heute hingegen hat sich da etwas geändert.

Was den Widerstandswillen der Wehrpflichtigen angeht, so sind die Zeiten heute vorbei, wo der Minister Leber auf die stumme Duldung des Kasernenzwanges durch die Arbeiterjugend stolz verweisen konnte. Selbstverständlich bildet die Arbeiterjugend objektiv die Hauptkraft im Widerstand gegen die Unterdrückung in der Armee. Heute ist es aber so, daß in vielen Fällen junge Arbeiter die politisch führenden Kräfte im Kampf sind. Dies ist eine Änderung tatsächlich im Verlauf des vergangenen Jahres, wo der aktive Widerstand allermeist von Abiturienten ausging. Bezüglich der Abiturienten entwickelt sich das so, daß sich in der Auseinandersetzung sehr schnell und eindeutig zeigt, wer etwas werden will und wer mit den Mannschaften gehen will. Abiturienten mit Gedanken an die ROA-Laufbahn (Reserveoffiziersanwärter) sind bei den Mannschaften heute im groben und ganzen unten durch. Demgegenüber verliert unter den Mannschaften die Trennungslinie zwischen Zeitsoldaten und Wehrpflichtigen an Bedeutung. Zwar wird nach wie vor (und zu Recht) mit Vorsicht genossen, wer die Rechte des freien Lohnarbeiter zu Gunsten der Sklavenexistenz des Zeitsoldaten aufgibt. Aber, der Charakter der "Freiwilligkeit" solcher Entscheidungen ist der Masse der Wehrpflichtigen jungen Arbeiter bewußt. Es ist ihnen klar, daß es Arbeitslosigkeit, die Aussicht auf keinerlei Ausbildung ist, die die Soldaten in Verpflichtungen treibt und keineswegs die Freude am "treuen Dienen" oder gar die Übereinstimmung mit den imperialistischen Zwecken der Armee. Insofern werden innerhalb der Mannschaften die Zeitsoldaten in der Hauptsache danach beurteilt, in welchem Umfang sie sich durch die Erwartung einer Laufbahn zu Kreaturen machen lassen. Also jeweils konkret. Diese Änderung wirkt fort auf das Verhältnis von Unteroffizieren und Stabsunteroffizieren zu den Mannschaften. Hier gibt es nach den Berichten von Soldaten viele Anzeichen, daß sich Elemente von "Komplizenschaft" gegenüber dem Offizierskorps herausbilden. Zum Beispiel stillschweigende Übereinkünfte zwischen den Gruppen und ihren Unteroffizieren betreffs Nichtausführung von Befehlen nehmen zu. Bezüglich der Unteroffiziere wird aber die Trennungslinie, die wir schon bei den zeitverpflichteten Mannschaften beschrieben haben, noch erheblich schroffer. Die Karrieristen sind leicht auszumachen. Es mehren sich aber die Unteroffiziere, die ihre Existenz als Soldaten lediglich als vorübergehende Überbrükkung der Lage auf dem Arbeitsmarkt betrachten, insofern weniger mit der Armee verbunden, weniger kriecherisch und hinterhältig sind, und der Bewegung unter den Mannschaften duldend, wenn nicht wohlwollend gegenüber stehen. In beträchtlichem Umfang ist jedoch der untere Teil des Uffz-Korps vom Haß gegenüber den Offizieren geprägt. Hier den Geist der Kameradschaft einzuführen, fällt den Kommandierenden zunehmend schwer. Es sind Fälle bekannt und nicht selten, wo die Unteroffiziere zu Kompanie- oder Bataillonsfesten **befohlen** werden mußten, um dort die Kameradschaft mit den Offizieren zu demonstrieren.

Man kann sagen, die Unteroffiziere "ohne Portepee" sind heute keineswegs ohne weiteres für die Mannschaften aber ganz bestimmt gegen das Offizierskorps eingestellt. Man kann einen erheblichen Teil von ihnen für die Ziele der Arbeiterklasse gewinnen. Obzwar unbestritten bleibt, daß der sichere Stützpunkt der Arbeiterklasse in der Armee aus den Wehrpflichtigen Jungarbeitern, die die Masse der Mannschaften bilden, besteht.

Die Feldwebeldienstgrade, die "Unteroffiziere mit Portepee" sind in dieser Differenzierung in unglücklicher Lage. Zum einen Teil nehmen sie die Kommandoaufgaben der untersten Ebene wahr, sind z.B. Zugführer. Auf der anderen Seite kann in der Masse niemals wirklich etwas aus ihnen werden. Obzwar formell der Aufstieg zum Offizier erleichtert wurde, ist dieser Weg faktisch nur für einen geringen Teil der Feldwebeldienstgrade gangbar. Auf der einen Seite fühlen sich die Feldwebel mit den Mannschaften und Unteroffizieren verbunden, entstammen sie doch wie diese allermeist der Arbeiterklasse, sind auch mit der Arbeiterklasse in ihrem Leben eng verbunden, was die Höhe ihres Einkommens, die verwandtschaftlichen Beziehungen angeht. Auf der anderen Seite können sie eine annehmliche Existenz in der Armee bloß fristen, wenn sie nach oben das reibungslose Funktionieren melden.

Wenn man die gegenwärtigen Indizien zusammennimmt, muß man schließen: Das Anwachsen der "freiwilligen Verpflichtungen" bedeutet keineswegs eine wachsende Anerkennung der Armee und ihres Zweckes durch die Arbeiterklasse. Er ist dem wirtschaftlichen Druck auf die Arbeiterjugend geschuldet. In der Verlängerung führt dies eher zu einer Zerrüttung des Befehlsgebäudes als zu seiner Festigung. Was den ideologischen Einfluß auf das Unteroffizierskorps angeht, macht die Arbeiterklasse bescheidene Fortschritte, und die bürgerliche Klasse muß Rückschläge verzeichnen. Bei kluger Politik kann man diese spontan auftretende Differenzierung innerhalb der Armee und zwischen dem Unteroffizierskorps und der Masse der Soldaten unbedingt verschärfen. Was die Feldwebeldienstgrade angeht, so ist zu erwarten, daß die Geschlossenheit dieser Schichtung aufgebrochen werden kann. In welchen Proportionen sich dies als möglich erweist, wird man sehen. Was das Offizierskorps angeht, so finden wir ganz eindeutig ein Zusammenrücken; und der Reformoffizier, früher eine gewöhnliche Erscheinung in der Truppe, ist im Schwinden begriffen. Das Offizierskorps wird mit Privilegien ausgestattet, die es ihm erlauben sollen, sich als direktes Mitglied der herrschenden Klasse zu fühlen. (Es fällt jedem auf, daß in der Werbung für Offizierslaufbahnen zunehmend Gewicht auf die nach frühzeitiger Pensionierung mögliche und beliebte Verwendung als Manger gelegt wird.) Darüberhinaus findet eine ideologische Pflege statt, denn die imperialistische Bourgeoisie erkennt zunehmend, daß es nicht angeht, eine Schicht, die ihr die Waffen führt, fortwährend vor den Kopf zu stoßen. Seitens der Kapitalisten wird das Kriegsbeil begraben zu einem Stand, dem ja gerne der Verlust von zwei imperialistischen Kriegen und die damit verbundene Vernichtung der allerbesten Geschäftsaussichten angelastet wird. Hier versucht die Bourgeoisie alte Sünden gut zu machen und den öffentlichen Eindruck vom "Trottel Offizier" nach Kräften zu verwischen. Alle diese Versuche der Bourgeoisie bezüglich des Offizierskorps muß man gegenwärtig als erfolgreich bezeichnen.

In der Zusammenfassung: Von der Bourgeoisie eingeleitet findet eine zielstrebige Ausrichtung der Armee auf den Gebrauch im Kriege und gegenüber dem bewaffneten Aufstand der Arbeiterklasse statt. Dabei erzielt sie beim Offizierskorps eine beachtliche Wirkung, auch und gerade unter den jüngeren Truppenoffizieren. Was die Mannschaften angeht, so ist eine solche Wirkung nicht zu verzeichnen, und auch bei den Unteroffizieren läßt sie zu wünschen übrig. Gleichzeitig entwickelt sich in der Armee eine Spaltung, die der Spaltung der Gesellschaft in Arbeiter und Kapitalisten entspricht. Es handelt sich um feine Risse im Gefüge des militärischen Körpers, aber sie sind nicht zu übersehen. In diesen Ritzen muß man den Hebel ansetzen, und muß genau die Frontlinien bestimmen.

f.



Zu beziehen über:
Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf,
68 Mannheim, Sandhoferstrasse 29

Preis DM –.60

Der „demokratische Sozialismus" der SPD hat weder mit Sozialismus noch mit Demokratie etwas zu tun.

Peter von Oertzens Programmschrift für die SPD

Vor fünf Jahren hat die SPD in Bonn die Führung in der Bundesregierung übernommen. Zwei Jahre ist es her, daß sie die CDU schlagen und zur stärksten Partei in der Bundesrepublik werden konnte. Das ist gegenwärtig nicht mehr so. Die SPD verliert derzeit alle Wahlen. Und die CDU/CSU kann rauschende Wahlsiege feiern. Viele gibt es, die daraufhin von einem Rechtsruck sprechen im Volk. Auch viele Arbeiter und besonders die gewerkschaftlich organisierten und in der Arbeiterbewegung aktiven Arbeiter teilen diese Auffassung vom Rechtsruck im Volk. Diese Auffassung ist aber falsch, und das bemerkt man auch sofort, wenn man sich genauer anschaut, was beide große Parteien in den letzten Wahlkämpfen gesagt und gefordert haben.

Die SPD ist in die letzten Wahlen gegangen mit der Behauptung, daß es uns trotz einiger Schwierigkeiten in Westdeutschland gut gehe; besser jedenfalls als irgendeinem Land sonst in der Welt. – Die CDU/CSU hat erklärt, daß es ständig schlechter gehe. Daß die Arbeitsplätze unsicher geworden seien und die Inflation marschiere, daß keiner mehr wisse, was morgen los sein wird. – Die SPD ist aufgetreten als Verteidiger der herrschenden Verhältnisse, die CDU als Ankläger von Mißständen. Und wenn selbstverständlich auch keine der beiden Parteien vom Standpunkt der Arbeiterinteressen aus die Verhältnisse beurteilt hat und für ihre grundsätzliche Umwälzung eintritt, so stimmte doch die Anklage gegen diese Verhältnisse besser mit den Erfahrungen breiter Massen überein, als ihre Verteidigung. In gewisser Weise ist damit die CDU/CSU in den letzten Wahlen "linker" aufgetreten als die SPD: Sie hat der Unzufriedenheit eine Stimme gegeben; ihre Stimme natürlich, die Stimme einer bürgerlichen Partei. Währenddessen hat die SPD die Berechtigung dieser Unzufriedenheit bestritten. Das war selbst dort so, wo die CSU – wie in Bayern – die Landesregierung stellt, aber zur Bundesregierung in Opposition steht.

Aber nicht nur im Hinblick auf die soziale Lage der arbeitenden Massen hat die CDU/CSU an die Unzufriedenheit appelliert. Sie hat es auch verstanden, gegenüber der SPD die Fahne der Demokratie zu erheben, was ihr vorher noch nie gelungen war. Während die SPD davon sprach, daß die staatlichen Leistungen verbessert werden müßten, hat die CDU/CSU erklärt, die Bürokratie wachse ins Unermeßliche. Sie ist zu Felde gezogen gegen die unerträglichen Steuerlasten und hat Enthüllungen organisiert, die das üppig wuchernde Geflecht der Korruption und des Ämtermißbrauchs in Hessen aufdeckten. Ihr Prunkstück waren dabei die Millionenverluste der Hessischen Landesbank, die privaten Geschäfte, die dort gelaufen waren und die Tatsache, daß führende SPD-Politiker dort mitzehrend in Vorständen und Aufsichtsrat saßen. Mit dieser Kritik an wachsender Steuerlast, aufgeblähter Bürokratie und Korruption hat die CDU eine alte demokratische Forderung aufgegriffen, die Forderung nach einem billigen, nach einem "wohlfeilen Staat".

Und noch in einem weiteren Punkt ist ihr etwas ähnliches gelungen: Im Streit um die Rahmenrichtlinien, der über Hessen hinaus Bedeutung gewonnen hat. Die SPD hatte diese Rahmenrichtlinien zur Reform des Unterrichts in Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde von Experten ausarbeiten lassen, und über die Schulbürokratie wollte sie diese Richtlinien durchsetzen. Sie stieß dabei auf den entschiedenen Widerstand zahlreicher Lehrer, die sich in der Elternschaft vor allem auf die kleine und mittlere Bourgeoisie, sowie auf höhere Angestellte und Beamte stützen konnten. Angekonnt hätte man gegen diese im Kampf um die Schulen auftretende bürgerliche Klasse, gegen "Besitz und Bildung" nur, wenn man von unten, von der Arbeiterklasse her ebenfalls mobilisiert hätte. Das ist natürlich nicht geschehen, sondern es ist die Schulbürokratie zur Verteidigung von einigen fortschrittlichen Gedanken ins Feld geführt worden. Das hat einmal nicht geklappt, denn woher sollte der Bürokratie die Überzeugung kommen, für die Ideen einiger fortschrittlicher Individuen einzutreten! Und zum anderen konnte die CDU erklären, hier sollten Kinder indoktriniert und ihren Eltern entfremdet werden. Auch hier konnte sie ein demokratisches Argument gegen bürokratisches Vorgehen setzen.

Wenn nach diesem Wahlkampf die CDU viele neue Wähler gewonnen hat, so ist das zum einen nicht verwunderlich, weil die CDU eben Oppositionspartei ist und die Verhältnisse schlechter werden. Zum anderen aber handelt es sich keineswegs einfach um rechte Wähler, welche die CDU gewonnen hat, sondern um unzufriedene Wähler, die sich nichts vormachen lassen wollen und die gegen Behördenwillkür und Ämterverfilzung aufgebracht sind. Das aber sind durchaus fortschrittliche Gefühle. Der Kern der Industriearbeiterschaft hat sich durch die CDU-Parolen nirgends täuschen lassen. Er hat aber auch keine selbständige Antwort gefunden auf die aktuelle Situation. Und er muß es erleben, daß – solange die Arbeiterbewegung in ihrem Kern bei der SPD bleibt – sie größere Teile des Volkes politisch nicht binden kann, daß es nicht einmal gelingt, frisch ins Proletariat hinabgestoßene Schichten für die Arbeiterbewegung zu gewinnen. Und das kann auch gar nicht sein, solange die Arbeiterbewegung unter bürgerlicher Führung bleibt. Keiner kann erwarten, daß diese neuen Schichten des Proletariats das Bedürfnis entwickeln, ehemaligen Arbeitern und sozialdemokratischen Parteifunktionären die sicheren Pfründe zu erhalten. Und traditionelle Bindungen an die SPD bestehen in diesen Teilen der Arbeiterklasse nicht. Solange sie ihre Unzufriedenheit innerhalb der Grenzen des parlamentarischen Systems zum Ausdruck bringen, fallen ihre Stimmen derjenigen

Partei zu, die dieser Unzufriedenheit ihre Stimme verleiht, und das wird zumeist die Oppositionspartei sein. Gerade die bewußtesten, lange in der Tradition der organisierten Arbeiterbewegung stehenden Teile der Klasse, von denen viele noch einmal SPD gewählt haben, müssen sich diesen Umstand vor Augen halten. Man kann daraus gut lernen, daß die Arbeiterklasse nie in der Lage sein wird, das Volk zu führen, wenn sie nicht eine selbständige Position einnimmt. Gebunden an die SPD wird sie gebunden an bürgerliche Politik. Und sie wird – gerade wenn sie ihr Erstgeburtsrecht auf Revolution aufgibt – auch nicht in der Lage sein, eine Mehrheit im Volk zu gewinnen. Denn die Wahlniederlagen der SPD in der letzten Zeit sind keine zufälligen Niederlagen. Peter von Oertzen, nicht wiedergewählter Kultusminister von Niedersachsen, hat sehr richtig festgehalten: "Die Wege der europäischen Politik in den letzten 30 Jahren sind mit den Spuren gescheiterter sozialdemokratischer Regierungen und demoralisierter sozialdemokratischer Parteien übersät." (1)

Peter von Oertzen hat damit aber nicht nur eine Feststellung für die Vergangenheit getroffen. Er hat zugleich die Zukunftsperspektive der Sozialdemokratie gezeichnet, obwohl er das gewiß nicht vorhatte. Denn: Das Scheitern des Reformismus ist zwangsläufig,und jeder Arbeiter sollte sich überlegen, ob er auf eine Partei setzen will, deren Bankrott feststeht, sie mag gegenwärtig auch noch in Blüte stehen. Warum diese Partei scheitern muß, und warum die Arbeiter, die in dieser Partei bleiben, letztlich ihren Feinden in die Hände spielen, das soll im folgenden anhand der kleinen Oertzen-Schrift und anhand einiger SPD-Programme dargestellt werden.

Die Schrift Peter von Oertzens ist deswegen besonders geeignet dazu, weil sie sich gegen die Linken innerhalb und außerhalb der SPD richtet und ihnen gegenüber den "demokratischen Sozialismus" verteidigt. Das zwingt ihn zu einer strafferen und deutlicheren Argumentation, als sie gemeinhin in Propagandaschriften der SPD üblich ist. Bemerkenswert an der vom Parteivorstand der SPD verlegten Oertzen-Schrift ist weiterhin, daß sie die Politik der SPD unter Bezugnahme auf den Marxismus erklären und rechtfertigen will. Das ist seit Mitte der fünfziger Jahre, als die SPD sich ein offen bürgerliches Reformprogramm gegeben hat, nicht mehr üblich gewesen. Wenn es heute wieder geschieht, so nicht deshalb, weil die SPD etwa nach links gegangen wäre, sondern weil der wissenschaftliche Sozialismus bis in die Reihen der SPD hinein wieder Autorität gewonnen hat.

Oertzens Schrift bestreitet nicht grundsätzlich das Ziel der klassenlosen Gesellschaft, sondern erklärt: "Die reale Freiheit und Gleichheit aller Menschen, die klassenlose Gesellschaft, ist zum ersten Mal in der menschlichen Geschichte wirklich möglich" (S.9). Was Oertzen ablehnt, ist die proletarische Revolution, d. h. der einzige Weg, auf dem das Ziel der klassenlosen Gesellschaft erreicht werden kann. Sein Vorgehen entspricht völlig der linksbürgerlicher Kulturkritik, welche die vorhandene Gesellschaft an ihren objektiven Möglichkeiten mißt und daraus den Stoff für ihre Klagen gewinnt, gegenüber dem Klassenkampf des Proletariats aber umso größere Ablehnung hegt, je mehr dabei Erfolge erzielt werden. So nimmt es nicht Wunder, daß Oertzen bei dem Versuch, die Taktik des demokratischen Sozialismus zu begründen, damit beginnt, sich von den Siegen der Arbeiterklasse 1917 in Rußland und seit 1949 in China zu distanzieren. Oertzen unternimmt diese Distanzierung auf die vornehme Art und Weise, indem er erklärt, den Sozialismus aufzubauen, sei **objektiv** in diesen zurückgebliebenen Ländern unmöglich gewesen. Oder in seinen Worten:

"Jeder Gesellschaft, die diesen ökonomischen Entwicklungsstand noch nicht erreicht hat und den Weg zur Aufhebung der Klassen einschlägt, droht im sozialen Kampf um die Verteilung des zu geringen gesellschaftlichen Mehrprodukts die Wiederentstehung privilegierter Minderheiten. Für eine partiell noch vorindustrielle, d. h. überwiegend agrarische Gesellschaft ist die gleichzeitige Entwicklung einer arbeitsteiligen industriellen Produktion und die Abschaffung der Klassen objektiv unmöglich, es sei denn, sie würde durch fortgeschrittene sozialistische Gesellschaften unterstützt. Dieses in den materiellen Verhältnissen wurzelnde Dilemma kann nicht voluntaristisch aufgehoben werden, weder durch den dauernden Appell an ein sozioökonomisch freischwebendes 'sozialistisches Bewußtsein', noch durch sogenannte 'Kulturrevolutionen', die von ideell fortgeschrittenen politischen Kadern periodisch von oben nach unten ausgelöst und wieder abgewürgt werden."

Was ihm unbehaglich ist an diesen siegreichen proletarischen Revolutionen und an der Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat, das ist die Tatsache, daß der Klassenkampf mit der Eroberung der politischen Macht nicht aufhört, sondern nur umfassendere Formen annimmt, weil das Proletariat sich als herrschende Klasse organisiert hat. Es wird bedauert, daß es keinen gemütlichen Weg gibt zur "Abschaffung der Klassen" durch gütliche Einigung, sondern daß die Abschaffung der Klassen ihren Weg geht über die Niederkämpfung der besitzenden Klassen durch die arbeitende Klasse und durch die Niederkämpfung der Ideen der besitzenden Klassen in den Köpfen der Arbeiterklasse selber.

Die Ablehnung des Klassenkampfes und die Furcht davor, daß der Graben zwischen der Arbeiterklasse und der bürgerlichen Klasse zu tief aufgerissen wird, ist das Hauptmerkmal der Oertzen'schen Überlegungen. Er sucht nach "einem schmalen Weg zwischen der totalen Konfrontation mit den Kapitalinteressen einerseits und der totalen Kapitulation vor den Kapitalinteressen andererseits" (S.6). Gesucht wird eine Umwälzung der Verhältnisse bis hin zur klassenlosen Gesellschaft, die verwirklicht wird durch den Kompromiß zwischen ausbeutender und ausgebeuteter Klasse. Man merkt: Hier versucht sich einer an der Quadratur des Zirkels und es ist leicht zu verstehen, daß dabei "der gedankliche Zusammenhang manchmal locker bleiben muß" (S.4).

Gelöst wird diese schwierige Aufgabe der Quadratur des Zirkels schließlich damit, daß der "demokratische Sozialismus", den Oertzen empfiehlt, weder mit dem Sozialismus, noch mit der Demokratie irgendetwas zu tun hat. Der "schmale Weg zwischen der totalen Konfrontation mit den Kapitalinteressen einerseits und der totalen Kapitulation vor den Kapitalinteressen andererseits" beginnt damit, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln gerettet wird. Als "Grundwiderspruch der kapitalistischen Wirtschaft" wird bezeichnet "die Ersetzung der individuellen durch die gesellschaftliche Aneignung der gesellschaftlich produzierten Güter und Leistungen" (S.14). Durch eine winzige Veränderung, nämlich durch die Ersetzung der **privaten** Aneignung durch die **individuelle**, ist der Klassenwiderspruch aus dem "Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft" in Oertzen'scher Fassung verschwunden. Denn nicht, daß die gesellschaftlichen Produkte individuell angeeignet werden, kennzeichnet den Kapitalismus, sondern daß sie einer besonderen Klasse von Menschen gehören, die sich damit fremde Arbeit unterjochen, daß sie angeeignet werden von den Privateigentümern an den Produktionsmitteln, ist kennzeichnend. Individuelle Aneignung gesellschaftlicher Produkte, das wird es selbstverständlich auch in der klassenlosen Gesellschaft geben, oder wie will es der Herr Professor von Oertzen dann mit dem Toilettenpapier halten? – Aber daß alle Güter das Eigentum von "Privaten" sind, von Leuten, welche die Gesellschaft berauben und andere für sich arbeiten lassen (privat ist abgeleitet aus dem lateinischen privare, was "berauben" heißt), das wird es im Sozialismus nicht mehr geben.

Indem der Herr Professor von Oertzen die **private** Aneignung durch die **individuelle** ersetzt hat, ist er glücklich die Ausbeutung einer Klasse durch die andere durch Neudefinition losgeworden und kann nun auf einen Sozialismus losschwadronieren, der mit der Beseitigung der Ausbeutung nichts mehr zu tun hat und das Privateigentum weiterhin in Ehren hält. Die alte Losung der Arbeiterbewegung "Expropriation der Expropriateure" (Enteignung der Enteigner) ist ihm überholt, und an ihre Stelle will er rücken die "Demokratisierung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel" (S.32). Ausdrücklich hält er die "Vergesellschaftung aller Produktionsmittel" für "unnütz, ja geradezu schädlich". Denn diese Forderung "beantwortet nicht die Frage, in welchen konkreten Formen das gesellschaftliche Interesse gegen das Verwertungsinteresse des Kapitals durchgesetzt werden soll, ob etwa durch volle Enteignung oder durch bloße Kontrolle" (S.33).

Gegen die "volle Enteignung" aber hat er Bedenken, denn sie würde zur "totalen Konfrontation mit der bestehenden Gesellschaft führen", was er für "unmöglich" hält (S.5). Stattdessen soll die "Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel (die bisher das Kapital inne hat) . . . schrittweise erobert und demokratisiert werden" (S.5). Es sollen sich offenbar Kapital und Lohnarbeiter die "Verfügungsgewalt" über die Produktionsmittel zunächst teilen. Dabei wird unter "Verfügungsgewalt über Produktionsmittel" verstanden, die "Durchsetzung einer demokratischen Entscheidung über Investitionen, Organisation der Arbeitsprozesse und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen" (S.32). Und diese "Verfügungsgewalt" soll also "schrittweise" oder auch "graduell" (S.16) dem Kapital abgetrotzt werden.

Die Vorstellung der geteilten "Verfügungsgewalt" über die Produktionsmittel, die ja auch allen Mitbestimmungskonzeptionen zugrunde liegt, bezeugt erneut, daß der Herr Professor den "lockeren gedanklichen Zusammenhang" bevorzugt. Das Kapital wird dabei vorgestellt als eine Art von Person, die Entscheidungen trifft über Investitionen, Gewinne, Verteilung von Gütern. Und gegen den Willen der einen Person soll der Wille anderer Personen, der Lohnarbeiter zur Geltung gebracht werden. In Wahrheit ist das Kapital ein gesellschaftliches Verhältnis, das den Lohnarbeiter umschließt, solange er es nicht vermag, dieses Verhältnis zu sprengen und sich aus der Lohnknechtschaft zu befreien: "Vom gesellschaftlichen Standpunkt ist also die Arbeiterklasse, auch außerhalb des unmittelbaren Arbeitsprozesses, ebenso Zubehör des Kapitals als das tote Arbeitsinstrument. Selbst ihre individuelle Konsumtion ist innerhalb gewisser Grenzen nur ein Moment des Reproduktionsprozesses des Kapitals", schreibt Karl Marx (Kapital I, S.598f.). Und jeder Arbeiter, der z. B, zum Arzt gehen muß, um sich wieder gesundflicken zu lassen, begreift sehr gut, was es heißt, ein Zubehör des Kapitals zu sein, dessen Produktion und Reproduktion nur soweit sichergestellt wird, als damit die dem fremden Reichtum produzierende Kraft erhalten bleibt. Das Kapital ist also ein gesellschaftliches Verhältnis, das beruht auf der Aneignung unbezahlter, fremder Mehrarbeit. Nichts anderes meint Marx'ens Charakterisierung des Kapitals als "Mehrwert heckender Wert": "Die eigentliche, spezifische **Funktion** des Kapitals als Kapital ist also die **Produktion von Mehrwert**, die . . . nichts ist als **Produktion** von **Surplusarbeit, Aneignung von unbezahlter Arbeit** im wirklichen Produktionsprozeß, die sich darstellt, vergegenständlicht als **Mehrwert.**" (Karl Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, S.6)

Solange nun das Kapitalverhältnis besteht, das auf der Aneignung von unbezahlter Arbeit beruht, solange sind die Produktionsmittel eine bestimmte stoffliche Gestalt, die ein Teil des Kapitals bei der Produktion des Mehrwerts annimmt. Innerhalb des Kapitalverhältnisses bleiben die Produktionsmittel, Mittel zur Ausbeutung der Arbeitskraft des Arbeiters: "Alle Mittel zur Entwicklung der Produktion schlagen um in Beherrschungs- und Exploitationsmittel des Produzenten" (Kapital I, S.674). Solange das Kapitalverhältnis und darin eingeschlossen die Lohnarbeit besteht, solange ist es eine völlige Unmöglichkeit, daß die Arbeiter die Verfügung über die Produktionsmittel oder die Mitverfügung darüber erlangen.

Das Kapitalverhältnis kann aber nur aufgelöst werden durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Denn es besteht gerade darin, "daß die Bedingungen zur Verwirklichung der Arbeitskraft – Lebensmittel und Produktionsmittel – getrennt sind als fremdes Eigentum von dem Besitzer der Arbeitskraft" (Kapital II, S.37). Für den Kapitalisten bedeutet das Eigentum an den Produktionsmitteln,sich "das Recht, fremde unbezahlte Arbeit oder ihr Produkt" anzueignen. Für den Arbeiter bedeutet es die Unmöglichkeit,"sich sein eigenes Produkt anzueignen (Kapital I,S.610). Wenn man die Macht nehmen soll, sich durch die private Aneignung gesellschaftlicher Produkte fremde Arbeit zu unterjochen, dann gibt es keinen Umweg um die von Marx und Engels im "Kommunistischen Manifest" erhobene Forderung nach "Aufhebung des Privateigentums", die den Kernpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus ausmacht.

Und gerade der Aufhebung des Privateigentums steht der Theoretiker des "demokratischen Sozialismus" ablehnend gegenüber. Ihm genügt es, die Kontrolle des Kapitals zu fordern und seine "gesellschaftliche Planung und Lenkung in bestimmten Schlüsselbereichen" (S.17). Nicht die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten soll beseitigt werden, sondern "die Schlüsselpositionen der kapitalistischen Wirtschaft (sollen) so wirksam demokratisch kontrolliert (werden), daß ein einigermaßen gleichmäßiges Wirtschaftswachstum ohne schwere Umweltschäden, bei Sicherung der Arbeitsplätze, kontinuierlich steigendem individuellem und gesellschaftlichem Wohlstand und relativ stabilem Geldwert garantiert werden kann" (S.6). Mit anderen Worten: Es soll der Kapitalismus von seinen gröbsten Mängeln befreit werden. Die bürgerliche Eigentumsordnung wird nicht angegriffen. Mit Sozialismus hat

(1) Peter von Oertzen: Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Hrsg. Vorstand der SPD, Bonn 1974. Die Seitenangaben im Text beziehen sich im folgenden auf diese Schrift.

also diese Sorte "demokratischer Sozialismus" nichts zu tun.

Worauf stützt sich nun die Zuversicht, daß es gelingen könne, den Kapitalismus von seinen gröbsten Mängeln zu befreien? Diese Zuversicht stützt sich darauf, daß der Professor von Oertzen den Professor Habermas zitiert. Der hat festgestellt, daß das "administrative System" (damit meint er den Staatsapparat) "auf der Grundlage eines Klassenkompromisses eine begrenzte Planungskapazität (gewinne), die im Rahmen der formaldemokratischen Beschaffung von Legitimation für Zwecke reaktiver Krisenvermeidung genützt werden kann" (S.17f.). Gemeint ist damit, daß die parlamentarisch gewählte und bestellte Regierung (bei Habermas der "Rahmen der formaldemokratischen Beschaffung von Legitimation") vermittels des Staatsapparats die aufbrechenden kapitalistischen Krisen steuern kann. Der "Klassenkompromiß" besteht dabei darin, daß auch viele Arbeiter eine der parlamentarischen Parteien wählt und insbesondere der jeweils regierenden Partei ihre Stimme gegeben haben. Daher kann die Regierung auch dem einzelnen Kapitalisten gegenüber mit einer gewissen Autorität auftreten und "das gesamtkapitalistische Bestandserhaltungsinteresse" gegenüber den "widersprüchlichen Interessen der einzelnen Kapitalfraktionen" vertreten.
So weit die Theorie des Professor Habermas. Unser Theoretiker des "demokratischen Sozialismus" zieht daraus den Schluß, das "politische System (besitze) eine relative Unabhängigkeit, eine 'begrenzte Planungskapazität', die auch im Interesse der Gesamtgesellschaft und gegen das Interesse der Kapitaleigner genützt werden kann" (S.19). Damit ist das Ei gelegt und eine neue Entdeckung gemacht. Hebel zur Beförderung des Sozialismus ist das "politische System", bei Habermas das "administrative System", im Klartext: der bürgerliche Staatsapparat. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist nicht mehr länger ihr eigenes Werk. Es ist das Werk der **Bürokratie**. Auf diese Amtsschimmelweisheit läuft der "demokratische Sozialismus" des Herrn Professor von Oertzen hinaus. Und damit keine Zweifel aufkommen, spricht er "kurz" die "praktische Konsequenz" seiner Überlegungen aus: "Die sozialistische Bewegung darf den Staat nicht bloß bekämpfen, sie muß ihn erobern; sie kann den Staatsapparat nicht 'zerbrechen' (wie Marx es meinte), denn sie braucht ihn und muß ihn benützen, sie kann ihn nur kontrollieren und schrittweise demokratisch verändern" (S.19). Auf **dieses** Signal zur Eroberung des Staatsapparates hat mancher Inspektor, der es gerne zum Amtmann bringen möchte, schon lange gewartet.

Und je höher aufgestiegen wird in der Hierarchie, vom Regierungsrat zum Oberregierungsrat, von dort in die Sphären des Regierungsdirektors und des Ministerialdirigenten, je mehr darf man sich mit den Worten des Professors von Oertzen im Herzen als Vorreiter des Menschheitsfortschritts fühlen. Früher konnte man als Beamter nur Karriere machen. Heute kann man sich wieder als Vertreter der Interessen der Gesamtgesellschaft fühlen, wenn man Karriere mit der richtigen Gesinnung macht und Staatsämter durch Patronage einer "sozialistischen Bewegung" bekleidet. Was hier als "praktische Konsequenz" tiefschürfender Überlegungen dargelegt wird, ist nichts als die Beschreibung und Rechtfertigung der Zustände, die überall herrschen, wo der "demokratische Sozialismus" die Regierungspartei stellt und in der "Eroberung" und "Benutzung" des Staatsapparates gute Forschritte macht. Und diesen Bürokratentraum will der Professor von Oertzen nun ausgerechnet als **demokratischen** Sozialismus verkaufen. Als "unvereinbar mit der Idee des Sozialismus" betrachtet er die Diktatur des Proletariats, weil sie dem "demokratischen Charakter der sozialistischen Zielsetzung" widerspreche und der Sozialismus sich "grundsätzlich nicht mit diktatorischen oder autoritären Methoden und Organisationsformen verwirklichen" lasse (S.14).

Auch hier wieder versucht der Theoretiker des "demokratischen Sozialismus" den Klassenkampf zu umgehen. Er unternimmt alles, um vergessen zu machen, daß Demokratie eine politische **Herrschafts**form ist. Stattdessen übersetzt er sich Demokratie mit "vollständige Selbstverwaltung und Selbstregierung der Gesellschaft" und kommt zu dem Schluß: "Sozialismus und vollendete Demokratie sind identisch". Hätte er an der schlichten Übersetzung des Begriffes Demokratie festgehalten, so wäre ihm gewiß aufgefallen, daß zwischen **Volksherrschaft** und "vollständiger Selbstverwaltung und Selbstregierung der Gesellschaft" ein Unterschied liegt. "Vollständige Selbstverwaltung der Gesellschaft", das ist ein Zustand, der erreicht werden kann nach Überwindung der Klassenspaltung und mit dem Absterben des Staates und aller Formen staatlichen Zwangs. Demokratie oder Volksherrschaft ist eine **Staats**form, eine Form der politischen Herrschaft und damit der Ausübung von Zwang gegenüber denjenigen Klassen, die nicht zum "demos", die nicht zum Volk gehören.

Der theoretische Fehler, Demokratie einfach mit "Selbstverwaltung" zu übersetzen und mit der klassenlosen Gesellschaft in eins zu setzen, verfolgt indes einen politischen Zweck. Es soll damit der Arbeiterklasse verboten werden, danach zu streben, ihren Gegner zu besiegen und niederzuhalten. "Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse" zu dem Zweck "der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen" vermittels "despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse", das waren die Aufgaben, die Marx und Engels der Arbeiterklasse stellten im "Kommunistischen Manifest". – Der "Sozialismus (läßt sich) grundsätzlich nicht mit diktatorischen oder autoritären Methoden und Organisationsformen verwirklichen", hält ihr der Professor von Oertzen vor. Die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus empfehlen der Arbeiterklasse, ihren Gegner, die feindliche Klasse, zu schlagen und zwar hart zu schlagen und zu diesem Zweck die politische Macht zu erobern und einzusetzen. Der Theoretiker des "demokratischen Sozialismus" empfiehlt der Arbeiterklasse, ihren Gegner nicht zu schlagen, die Tatsache ihrer Ausbeutung zu übersehen und sich an die Spielregeln zu halten, welche die feindliche Klasse entworfen hat. "Der badet gerne lau", soll Herbert Wehner über den Parteivorsitzenden der SPD, Willy Brandt, gesagt haben. Die Bevorzugung lauwarmer Bäder ist in dieser Partei offenbar weit verbreitet. Und ihre Aufgabe erfüllt sie darin, daß sie alle Anstrengungen unternimmt, die Arbeiter im Geiste lauwarmer Duldsamkeit gegenüber der herrschenden Klasse zu erziehen.

Die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus und Vorkämpfer der proletarischen Revolution waren Demokraten: Sie appellierten an die Arbeiterklasse und an das werktätige Volk, ihr Schicksal in die Hand zu nehmen, die besitzenden Klassen niederzuwerfen und die Herrschaft

der arbeitenden Klasse zu errichten, um den Sozialismus aufbauen zu können. Der Theoretiker des "demokratischen Sozialismus" warnt die Arbeiterklasse davor, auf die eigene Kraft zu vertrauen und empfiehlt ihr, auf die "begrenzte Planungskapazität" des bürgerlichen Staates zu bauen. Es ist der waschechte Bürokratenstandpunkt, den er bezieht.
Die Arbeiter bekommen zu hören, daß sie die soziale Umwälzung erst in Angriff nehmen dürfen, wenn sie dazu ihre Reife dem professoralen Urteil bewiesen haben: "In der Klasse der Beherrschten, in der auf die Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung hindrängenden ökonomischen, sozialen und politischen Bewegung müssen sich alle wirklich schöpferischen Kräfte der Gesellschaft verkörpern; sie müssen die gesamte Gesellschaft durchdringen; sie müssen die produktive Kraft der Gesellschaft – in materieller, organisatorischer, geistiger Hinsicht – wirklich **sein**, wenn sie eine reale Alternative zur kapitalistischen Klassenherrschaft bilden wollen" (S.19). Es genügt dem Herr Professor nicht, daß die Arbeiterklasse – gemeinsam mit den Bauern – allen gesellschaftlichen Reichtum schafft und daß sie die ganze "bessere Gesellschaft" einschließlich des Herrn Professors durch ihre Arbeit erhält. Sie soll auch noch die kulturell umschnörkelten Umgangsformen der besseren Kreise beim Verzehren des Reichtums übertreffen, bevor sie vom Herrn Professor als "reale Alternative zur kapitalistischen Klassenherrschaft" anerkannt wird.
Würde sie aus dem Druck der Verelendung und Degradierung heraus sich zur Revolution erheben und gegen den bürgerlichen Staatsapparat rebellieren, so erklärt der Herr Professor: "Eine solchermaßen 'revolutionäre' Arbeiterklasse wäre unfähig, eine neue, bessere, reichere, freiere Gesellschaft in eigener Verantwortung und Selbstorganisation zu errichten." (S.20)
Das Proletariat soll sich nicht erheben aus der Not heraus, sondern aus dem Reichtum und der Fülle seiner schon erworbenen Möglichkeiten heraus. Dann ist der Herr Professor von Oertzen bereit, ihm eine günstigere Prognose zu stellen. Zumal dann – wie er richtig feststellt –, die Revolution überflüssig wird: "Hat sie (die Arbeiterklasse) umgekehrt jene Vereinigung der wesentlichsten Produktivkräfte in ihren Reihen erreicht, dann verfügt sie bereits über eine solche ökonomische, politische und kulturelle Machtposition, daß sie der 'revolutionären' Verneinung der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr bedarf, sondern ihre graduelle Umwälzung ins Auge fassen kann." (S.20)
Die Bewegung der Massen soll also erst einmal so kultiviert werden wie der Herr Professor von Oertzen selbst in all seiner "schöpferischen Potenz", bevor sie an die Umwälzung denken darf. Wenn sie aber erst mal so kultiviert ist, wird sie auch nicht mehr an so wilde Sachen wie eine "Revolution" denken, die der Herr Professor immer nur in Anführungszeichen zu Papier bringt. Klassischer kann Bürokratenmentalität und Beamtengeist, der die Revolution fürchtet wie die Pest, kaum mehr zum Ausdruck kommen als bei diesem Theoretiker des "demokratischen Sozialismus". Das Selbstverständnis, das der Beamte von sich hat, hat der alte Hegel so beschrieben: "Die Mitglieder der Regierung und die Staatsbeamten machen den Hauptteil des **Mittelstandes** aus, in welchem die gebildete Intelligenz und das rechtliche Bewußtsein der Masse eines Volkes fällt" (Grundlinien der Philosophie des Rechts, § 297). Von diesem Standpunkt der "gebildeten Intelligenz" und des "rechtlichen Bewußtseins", das zur Mäßigung mahnt, sind die Ausführungen des Professors von Oertzen geprägt. Verhaßt sind ihm die "rohen" Massen, verhaßt ist ihm die "verelendete, gedrückte, ausgepowerte, degradierte . . . und **deswegen** 'revolutionäre' Arbeiterklasse" (S.19f.).
Und ausgerechnet dieses Muster einer Beamtenseele, der Volksbewegungen nur im Gedankenkreis von Katastrophen ansiedeln kann, macht sich zum Befürworter von Demokratie, offenbar in der Absicht, aus der "Demokratie" die Kampflosung gegen den Kommunismus zu gewinnen. Wir haben schon gesehen, daß es sich dabei um Demokratie-Verschnitt handelt, weil die Demokratie als Form der **Herrschaft** über die bürgerliche Klasse der Arbeiterklasse nicht zugestanden wird. Aber es kommt noch bunter. "Demokratie ist ohne die ganze Fülle der liberalen und demokratischen Rechte und Freiheiten nicht möglich. Ihr politischer Kern ist in der sogenannten 'freiheitlich-demokratischen Grundordnung" des Grundgesetzes zusammengefaßt. Der Sozialismus darf diese Rechte und Freiheiten nicht einschränken, er muß sie vielmehr ausweiten." (S.4) Zur "ganzen Fülle der liberalen . . . Rechte und Freiheiten" gehört bekanntlich das Recht auf Privateigentum. Und in der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" des Grundgesetzes ist dieses "liberale Recht" auf Ausbeutung fremder Arbeitskraft im Artikel 14 garantiert und bildet – wie in jeder bürgerlichen Verfassung – seinen Kern.
Man kann sich damit die Aussage des "demokratischen Sozialismus", wonach "Sozialismus und vollendete Demokratie . . . identisch" seien und "Demokratie ohne die ganze Fülle der liberalen und demokratischen Rechte und Freiheiten nicht möglich" sei, übersetzen. Es ist damit festgestellt: Sozialismus ist ohne das Recht auf Privateigentum nicht möglich. Oder, in anderer Fassung: Der richtig verstandene Kapitalismus ist der Sozialismus. Bis dahin hat es also die Professorenweisheit gebracht: Sie hat unverhofft das Geheimnis des "demokratischen Sozialismus" ausgeplaudert.
Daß bei der "Fülle der Rechte und Freiheiten", die erhalten und "ausgeweitet" werden sollen, nicht an Rechte gedacht ist, die den Zusammenschluß der Arbeiter erleichtern und es ihnen erlauben, die Inhaber öffentlicher Ämter für ihre Handlungen direkt zu belangen, das stellt Oertzen ebenfalls klar: "Ein gewählter Volksvertreter ist während seiner Wahlperiode nicht abberufbar, und die SPD erstrebt in Verfassung und Rechtsordnung auch nicht die Ersetzung des freien Mandats durch das gebundene Mandat im Sinne der Rätedemokratie" (S.31). Alles, was der Bewegung der arbeitenden Massen den Weg erleichtern kann, wird vom "demokratischen Sozialismus" verworfen. Und stattdessen wird als Vorzug der Demokratie im Oertzen'schen Sinn gepriesen, daß "der Rechtsstaat und die Regeln der Demokratie . . . auch und vor allem dem Schutz von Minderheiten (dienen) sowie der Verteidigung sozial und ökonomisch benachteiligter Gesellschaftsschichten" (S.29). Und in der Tat, die Oertzen'sche Form der Demokratie dient tatsächlich dem Schutz der bestimmenden Minderheit vor der arbeitenden Mehrheit und sie trägt dazu bei, einen Zustand zu verteidigen, wo die große Mehrheit der Bevölkerung "sozial und ökonomisch benachteiligt" ist, wenn man denn so die Tatsache ihrer Ausbeutung beschreiben will. Sie trägt aber überhaupt nicht dazu bei, daß die große arbeitende Mehrheit die Kraft entwickelt, um diese Verhältnisse umzuwälzen. Sie ist keineswegs die Form, in der die Arbeiterklasse historisches Subjekt werden und ihre soziale Emanzipation vollbringen kann. Der "demokratische Sozialist" von Oertzen geht die

Frage der Demokratie nicht von der Arbeiterklasse und vom werktätigen Volk her an, um sich zu fragen, wie deren politische Herrschaft hergestellt werden kann. Sondern er behandelt sie als Frage des Minderheitenschutzes, bzw. des Schutzes der Massen vor sich selbst durch den heilsamen Einfluß des Staates, denn die Bewegung der Massen selbst muß "unzweifelhaft zu nationalem und internationalem Bürgerkrieg führen und im Ergebnis entweder in eine faschistische oder stalinistische Diktatur münden" (S.16). Nachdem er erst das Privateigentum als Quintessenz des Sozialismus herausgearbeitet hat, ist dem "demokratischen Sozialisten" nun der Staatsapparat zum Garanten menschlicher Gesittung geworden. Dieser "demokratische Sozialist" und Professor ist so wenig Demokrat und so sehr Beamtenseele, daß ihm die "oftmals spontanen gesellschaftlichen Aktionen . . ., die an die Grenzen der bestehenden Rechtsordnung rühren oder sie sogar – u. U. mit gewaltsamen Mitteln durchbrechen", daß ihm diese Aktionen der Massen selbst nur als "besonders schwierige Fragen . . . für eine demokratisch-sozialistische Reformstrategie" erscheinen.

Weil er die Demokratie nicht als Frage des Klassenkampfes behandelt, nicht als ein Mittel, dessen sich die Arbeiterklasse bedienen muß, um ihre soziale Befreiung zu erkämpfen; und weil er überhaupt nicht von der Arbeiterklasse her denkt, sondern vom Standpunkt des Professors im bürgerlichen Staatsapparat, darum ist ihm ebenso ungeheuerlich wie die Diktatur des Proletariats das "sogenannte 'leninistische' Organisationsprinzip", worunter er versteht "die Lehre von der prinzipiellen Führerrolle einer straff organisierten 'Avantgarde' gegenüber der sozialistischen Massenbewegung" (S.14). Gegen den ja zweifellos mindestens ebenso "straff organisierten" bürgerlichen Staatsapparat hat der "demokratische Sozialist" – wie wir sahen – keine Einwände. Und daß dieser – im Gegensatz zur revolutionären Partei – ein Zwangsverband ist, aus dem man keineswegs austreten kann, beunruhigt ihn auch nicht weiter. Ihn beunruhigt, daß Revolutionäre damit beginnen, eine Organisation aufzubauen, die sich auf nichts stützt als auf freiwillige Mitgliedschaft und auf die Zustimmung, welche ihr die Arbeiter und die Volksmassen ebenfalls freiwillig und nach gründlicher Prüfung schenken. Ihn beunruhigt, daß Arbeiter und Revolutionäre aus anderen Teilen des Volkes entschlossen sind, die Masse ihrer Klassengenossen zur Revolution zu führen. Daß sie sich zu diesem Zweck zusammenschließen und "straff organisieren". Daß sie überhaupt keine Hoffnung setzen auf den bürgerlichen Staatsapparat, sondern sagen, er müsse zerschlagen werden. Daß sie – mit einem Wort – als handelnde Subjekte auftreten und die Arbeiterklasse und die Volksmassen ebenfalls als Subjekte, als Herren ihres Schicksals ansprechen und einen einheitlichen Willen unter ihnen ausbilden wollen. Es beunruhigt ihn das zutiefst, weil das mit Willen und Bewußtsein vollzogene Auftreten der großen Mehrheit der Arbeiterklasse und des Volkes aller Beamtenherrlichkeit ein Ende setzen wird. Daß sich die Arbeiterklasse eine Führung schafft, um als gewaltige Masse einheitlich handeln zu können, das findet der "demokratische Sozialist" autoritär. Daß der bürgerliche Staatsapparat Tag für Tag Millionen von Proletariern und anderen Lohnabhängigen zu Objekten seiner Verwaltung macht, das betrachtet er als Segen des Rechtsstaats. Was der Professor von Oertzen predigt, ist ein Sozialismus nach Art des Alten Fritzen. Mit dem wissenschaftlichen Sozialismus von Marx und Engels, von Lenin und Stalin und von Mao Tse-tung, der eine Lehre ist zur Befreiung des Proletariats, damit hat er nichts zu tun.

Wozu sich diese Bürokratentheorie des "demokratischen Sozialismus" allenfalls erheben kann, das ist der Standpunkt der bürgerlichen Wohltätigkeit gegenüber der Arbeiterklasse. Und wer wird als Wohltäter von dieser Theorie betrachtet? Der bürgerliche Staat – wie sollte es auch anders sein. Zustimmend zitiert der "demokratische Sozialist" von Oertzen seinen Mitstreiter Johannes Strasser von den Jungsozialisten: "Da eine spürbare Verbesserung der materiellen Lage der arbeitenden Bevölkerung heute vordringlich über die Erweiterung des Angebots öffentlicher Einrichtungen und nicht über die Erhöhung der privaten Konsumkraft zu erreichen ist, ist eine Erhöhung des Anteils der öffentlichen Haushalte am Sozialprodukt und eine Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben zugunsten sozial wirksamer Ausgaben erforderlich" (S.32f.).

Der "demokratische Sozialismus" entpuppt sich also schließlich als eine Theorie der Steuererhöhung und des damit einhergehenden Ausbaus des staatlichen Apparats. "Die Steuer ist die ökonomische Existenz des Staates", sagt Karl Marx. Wenn die "demokratischen Sozialisten" die Erhöhung der Steuern fordern, dann fordern sie nichts anderes als die Erweiterung des Staatsparasiten. Dazu wird zwangsläufig getrieben, wer die Revolution und die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse vermeiden will. Die Arbeiterklasse produziert alles. Innerhalb des Kapitalismus wird sie selbst aber immer nur reproduziert als bedürftige Klasse, als Klasse, der es an vielem Notwendigen fehlt. Statt nun die Aufhebung der privaten Aneignung des gesellschaftlich produzierten Reichtums als Ziel der Arbeiterbewegung festzuhalten, empfehlen die "demokratischen Sozialisten", die Arbeiterklasse solle sich in ihrer Bedürftigkeit an den bürgerlichen Staat wenden und sich seiner Fürsorge empfehlen. Die Klasse, die alles produziert, soll sich in die Rolle des Bittstellers begeben. Das ist das Ergebnis reformistischer Politik. Wer der ausgebeuteten Klasse verbieten will, sich zum Herrn der Lage zu machen, der muß ihr notwendig empfehlen, als Knecht ihr Glück zu versuchen.

Die reformistische "Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus" muß zwangsläufig scheitern. Trotz der Entdeckungen der Professoren Habermas und von Oertzen ist die "begrenzte Planungskapazität" des bürgerlichen Staates keineswegs in der Lage, die kapitalistischen Krisen zu vermeiden. In den USA gibt es heute eine Arbeitslosigkeit von 6 % bei galoppierender Inflation. Die westeuropäischen Länder stehen nicht viel besser da. Und in der Bundesrepublik wird es vermutlich noch in diesem Winter 1 Million Arbeitslose geben. Gleichzeitig hält die Inflation an und die Lage der arbeitenden Massen verschlechtert sich. Der bürgerliche Staat, dem geopfert werden soll, ist unfähig, auch nur für einen gleichmäßigen Ablauf des kapitalistischen Akkumulationsprozesses zu sorgen. Daß er erst recht nicht in der Lage ist, den lohnabhängigen Massen eine erträgliche Existenz zu sichern, wird immer deutlicher.

Wenn die Arbeiterklasse den Reformisten folgt und auf den bürgerlichen Staat setzt, dann wird sie ihre Lage nie entscheidend verbessern können. Unter der sozialdemokratischen Fahne des "demokratischen Sozialismus" wird es ihr auch nicht gelingen, tatsächlich die Mehrheit des Volkes auf ihre Seite zu bringen. Für das Volk läuft das reformistische Programm, das in seinen Versprechungen

jeweils an tatsächlichen Bedürfnissen anknüpft, immer wieder auf die Erhöhung der Steuern hinaus. Im sogenannten "Langzeitprogramm" der SPD von 1972 wurde eine Erhöhung der Steuerlastquote von 28-29 % gegenwärtig auf 34 % des Bruttosozialprodukts gefordert, um weiter "reformieren" zu können.

Zahlen müssen diese Steuern vor allem die arbeitenden Klassen und die Mittelschichten. Bei den Lohnabhängigen gehen schon heute 30-40 % ihrer Bruttolöhne für die direkten und indirekten Steuern drauf und weitere 14-15 % für die Sozialabgaben. Prozentual ist das bedeutend mehr als bei den besitzenden Klassen. Diese ständig wachsende Steuerlast ist der in Zahlen meßbare Preis, der für die Verzögerung der Revolution gezahlt werden muß. Wenn man das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht antasten will, erzwingt die immer weiter vergesellschaftete Produktion eine ständige anwachsende Staatstätigkeit. Die Gemeinkosten dieser Produktion werden über die Steuern aufgebracht und durch den Staat bestritten, ebenso wie die wachsenden Kosten für eine Niederhaltung und Dämpfung des Klassenwiderspruchs.

Wie stark die Kosten für die Staatstätigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft wachsen, das wird am eindruckvollsten belegt durch die ständige wachsende Zahl von Beschäftigten im Staatsdienst. Am Körper der bürgerlichen Gesellschaft, die dadurch verkrüppelt wird, daß sie produzieren muß in den Fesseln des Privateigentums an Produktionsmitteln, entwickelt sich eine immer gewaltigere Bürokratie, "der Schmarotzerauswuchs 'Staat', der von der Gesellschaft sich nährt und ihre freie Bewegung hemmt, aufgezehrt hat" (Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, S.76). Allein in der Bundesrepublik waren 1971 ohne die Soldaten und den Vollzugsdienst des Bundesgrenzschutzes 3,2 Millionen Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigt. 1950 waren es noch 2,1 Millionen. Der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst an der Gesamtbevölkerung, der 1950 noch 4,2 % betrug, liegt heute schon bei 5,2 %. Und vergleicht man die reine Hoheits- und Kämmerei-Verwaltung, so fielen in dem wilhelminischen Kaiserreich 1913 auf je 1 000 Einwohner 12,1 Beamte und Angestellte, während es die Bonner Republik 1960 schon auf 21,6 Staatsdiener für 1 000 Einwohner gebracht hatte. Dieses Anschwellen des Staatsapparates ist in der bürgerlicheGesellschaft unvermeidlich. Nur die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse kann diesen Staatsapparat zerschlagen und durch die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse ihn überflüssig machen. Der sozialdemokratische Reformismus aber macht sich zum Anwalt dieser unvermeidlichen Entwicklung in der bürgerlichen Gesellschaft und empfiehlt der Arbeiterklasse, den Schmarotzerauswuchs Staat, der sie aussaugt und ihre Bewegung hemmt, noch weiter auszubauen. Er erfüllt damit für die bürgerliche Gesellschaft eine wichtige Funktion, die von den anderen bürgerlichen Parteien nur schlecht ausgefüllt werden kann. Da sich der sozialdemokratische Reformismus nicht auf bestimmte Schichten der Bourgeoisie direkt stützt, sondern seinen politischen Einfluß fast ausschließlich unter den Lohnabhängigen ohne Privateigentum hat, macht er nicht Politik ausgehend von einer bestimmten Kapitalbasis. Er kann leichter dafür eintreten, über den Staat die allgemeinen Voraussetzungen der kapitalistischen Produktion sicherzustellen. Seine Schwierigkeiten wachsen jedoch dann,wennin der Krise das Anwachsen der Staatstätigkeit und damit das Anschwellen der Steuer sich als tote Kosten für die kapitalistische Produktion bemerkbar macht und die Profitrate des Gesamtkapitals senkt. Eine solche Situation tritt gegenwärtig ein und macht sich politisch bemerkbar in der von allen Organen der bürgerlichen Öffentlichkeit erhobenen Kritik an der SPD. Übertriebene Reformprojekte, Aufblähung der öffentlichen Haushalte und Verschwendung werden der SPD jetzt vorgeworfen. Und in der Partei selber hat das zum Rückzug der Reformpolitiker vom Schlage Brandt, Eppler und von Oertzen geführt und zur Vorherrschaft der sogenannten "Macher" um Schmidt, welche empfehlen, den Gürtel enger zu schnallen, um später wieder "reformieren" zu können.

Festhalten kann man jedoch, daß die im Augenblick etwas zurückgetretene SPD-Parole vom Widerspruch zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut auf der Linie liegt, die Massen dafür gewinnen zu wollen, daß sie den in der bürgerlichen Gesellschaft vorhandenen Zwang zur wachsenden Staatstätigkeit zu ihrer eigenen Sache machen. Es ist der Versuch, sie für den Ausbau des Staatsapparates zu gewinnen, der sie unterdrückt.

Daß das nicht dauerhaft gelingen kann, haben nicht nur die westdeutschen Sozialdemokraten bei den letzten Wahlen erfahren. Erfahren haben es auch die Sozialdemokraten in Dänemark, die an dem bürgerlichen Steuergegner Glistrup und seine frisch aus der Taufe gehobene Partei 20 % der Stimmen verloren haben. Und in Westdeutschland ist der Fall des Obsthändlers Palmer bekannt geworden, der "anknüpfend an . . . der Empörung (der Massen) über Bürokratismus, Korruption, Verschwendung und Massenfeindlichkeit des bürgerlichen Staatsapparates" den bürgerlichen Parteien bei den Bürgermeisterwahlen in Schwäbisch-Hall schwere Schlappen beigebracht hat (Politischer Bericht des Zentralen Komitees des KBW an die 1. ordentliche Delegiertenkonferenz, S.30f.).

Die Reformisten, die auf den bürgerlichen Staat setzen und auf die Bürokratie statt auf die Kraft und die Klugheit der arbeitenden Massen, haben gegen sich immer wieder solche antibürokratischen Revolten. Und weil sie die Anziehung der Steuerschraube und den Ausbau der Bürokratie häufig im Namen des Sozialismus, der Arbeiterklasse und der gesellschaftlichen Veränderung betreiben, geraten derartige antibürokratische Rebellionen leicht unter direkt bürgerliche oder kleinbürgerliche Führung, die z. T. ausdrücklich gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist. Die Gewinnung der Zwischenklassen und die Gewinnung der Randschichten des Proletariats ist ganz offenbar über eine reformistische Politik nicht möglich. Denn im Zusammenhang reformistischer Politik erscheint die Arbeiterklasse stets als eine Klasse, die Unterstützung und Fürsorge fordert. Sie erscheint in diesem Zusammenhang als eine Klasse, die von den Steuern zehrt und den Mittelklassen "ihr gutes Geld" wegnimmt. In diese Lage bringt die reformistische Politik des "demokratischen Sozialismus" diejenige Klasse, die allen gesellschaftlichen Reichtum produziert und zur politischen Führung berufen ist. Und an dieser Erscheinung der Verfilzung der Arbeiterbewegung mit der Bürokratie und dem Auftreten als steuerverzehrende, hilfsbedürftige Klasse knüpft heute alle konservative Agitation gegen "sozialistische Mißwirtschaft" an. Die Arbeiterbewegung kann dieser Agitation nur den Boden entziehen, wenn sie mit dem Reformismus Schluß macht und die Propheten des "demokratischen Sozialismus" als bürgerliche Politiker und Beamtenseelen erkennt und zum Teufel jagt.

–Willfried Maier–

Der Zweck der Diktatur des Proletariats ist die soziale Befreiung der Arbeiterklasse

Über einige Fragen der politischen Formen der sozialen Revolution des Proletariats

I. Gegenwärtig haben wir es innerhalb der kommunistischen Bewegung mit folgender Abweichung zu tun: der Verabsolutierung der politischen Formen des Klassenkampfes gegenüber dem sozialen Inhalt des Klassenkampfes. Weniger ist vom Sozialismus und vom Kommunismus die Rede als von der Diktatur des Proletariats, obwohl diese doch nur Mittel zum Zweck ist. Bereits dies ist eine kleinbürgerliche Abweichung und zwar eine rechte, da der Klassenkampf auf das nächste politische Ziel eingeschränkt und seiner Perspektive beraubt wird. Weniger ist von Enteignung der Kapitalisten die Rede als von der Eroberung der politischen Macht, als wäre sie ein selbständiger Zweck. Auch dies ist eine rechte Abweichung.
Im KBW selbst ist diese Abweichung aufgetreten als Verselbständigung des Kampfes um Demokratie, als ginge es dabei nicht um die Einleitung des Kampfes für die **sozialistische** Räterepublik und zunächst um bestimmte soziale Interessen, die sich in demokratischen Forderungen niederschlagen, sondern einfach um "Politik". (1)

Diese rechte Abweichung wird drapiert bei Organisationen wie dem Roten Morgen und der Gruppe Rote Fahne durch eine Hervorhebung der gewaltsamen Unterdrückung der Kapitalistenklasse gegenüber dem freiwilligen demokratischen Zusammenschluß der Volksmassen, der diese gewaltsame Unterdrückung der ehemaligen Ausbeuter überhaupt erst ermöglicht, wie auch nur der demokratische Zusammenschluß der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse gegen den bürgerlichen Staat die Zerschlagung dieses bürgerlichen Staates ermöglicht. Die Führung der Arbeiterklasse kommt gerade darin zum Ausdruck, daß sie diesen demokratischen Zusammenschluß der Volksmassen auf den Zweck der sozialen Revolution ausrichtet.
In bezug auf die Unterdrückung der Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariats wird nicht ihr systematischer Charakter hervorgehoben, der in der Beseitigung ihrer ökonomischen und sozialen Grundlage besteht, sondern die Tatsache, daß dies meistens nicht ohne Erschießungen und andere Formen der Beseitigung von Personen vonstatten geht, weil sich diese so sehr mit ihrer Rolle als Charaktermasken des Kapitals verbunden haben, daß das Kapitalverhältnis nur über ihre Leiche beseitigt werden kann.
Diese 'linke' Abweichung, die die Vernachlässigung des sozialen Zweckes der proletarischen Revolution drapiert, kommt auch zum Ausdruck in einer Vernachlässigung der politischen Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes als einzigem Weg zur Eroberung der politischen Macht gegenüber der Propagierung des bewaffneten Kampfes und des bewaffneten Aufstandes als Selbstzweck.
Diese kleinbürgerlichen Abweichungen, die im vorläufigen Übergewicht der revolutionären Intelligenz in den verschiedenen Organisationen ihre Grundlage haben, wirken sich auch in den Stellungnahmen zu den Alltagskämpfen der Arbeiterklasse übel aus. Sie lassen sich dahin zusammenfassen, daß die sozialen Interessen der Arbeiterklasse und der soziale Zweck der Arbeiterbewegung bloß als Vehikel des politischen Kampfes verstanden werden, statt umgekehrt den politischen Kampf als entscheidendes Mittel zu begreifen, um die sozialen Interessen der Arbeiterklasse durchzusetzen und den sozialen Zweck der Arbeiterbewegung zu verwirklichen. Gegen diese kleinbürgerlichen Abweichungen haben wir stets, sowohl vor der Gründung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) angekämpft als auch nach seiner Gründung. Dies brachte uns seinerzeit den Vorwurf des Ökonomismus ein. Seit wir unsererseits den imperialistischen Ökonomismus, der in der Vernachlässigung des Kampfes um Demokratie besteht und der sich großartig mit dem wildesten Geschrei von Diktatur und bewaffnetem Aufstand verbinden läßt, angegriffen und entlarvt haben (2), werden wir nicht mehr als Ökonomisten, sondern als "reine Demokraten" angegriffen. Natürlich wiederum ohne jede Spur des Beweises. Man kann aber, wenn man die Auseinandersetzung über einen längeren Zeitraum verfolgt, feststellen, daß diese Angriffe in Wirklichkeit Rückzugsgefechte sind von kleinbürgerlichen Ideologen, die mit der "Revolution" viel im Sinn haben, aber mit der Arbeiterklasse wenig. Sie befinden sich ideologisch auf dem Rückzug, weil es in unserer Gesellschaft nicht irgendeine Revolution geben kann, sondern nur die soziale Revolution der Arbeiterklasse. Der aber geht es um die "Expropriation der Exproriateure", geht es um den Sozialismus und die klassenlose Gesellschaft und sie sucht nach Mitteln und Wegen, um diesen Zweck zu erreichen. Nicht geht es ihr um die Diktatur des Proletariats "als solche" und den bewaffneten Kampf "als solchen". Genau so wenig wie es ihr um die Demokratie "als solche" geht. Daß derlei in der Arbeiterklasse nicht verfängt, liegt daran, daß die Weltanschauung der Arbeiterklasse dialektisch-materialistisch ist und nicht idealistisch.

Das Programm des KBW hat die Ziele und den Zweck der Arbeiterbewegung festgelegt und hat den politischen Weg zu diesem Zweck aufgezeigt. Es enthält keine Zugeständnisse an die verschiedenen kleinbürgerlichen Abweichungen. Was Wunder, daß es von den Vertretern dieser Abweichungen heftig angegriffen wird. Von offen rechts haben sich die Jusos, die DKP und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer immer mehr auf unser Programm eingeschossen. Das ist verständlich. Von "links", in Wirklichkeit ebenfalls von rechts her, haben sich die verschiedensten Gruppierungen auf unser Programm geworfen, um den Angriff abzuwehren, den es auf ihre kleinbürgerlichen Abweichungen von vornherein bedeutet hat. Auch das ist verständlich.

(1) Vgl. zur Kritik an dieser Abweichung: "Über einige Fehler im Kampf um Demokratie. Zusammenfassung der Diskussion im Zentralen Komitee."; Kommunistische Volkszeitung Nr.18/74
(2) Vgl. Klassenkampf und Programm. Auseinandersetzung mit der rechten Liquidatorenfraktion in der Ortsgruppe Bremen. Mannheim 1973

II. In dem Artikel "Das Programm der Kommunisten muß die Praxis leiten" in Kommunismus und Klassenkampf 2/74 habe ich folgenden Satz geschrieben:
"In bezug auf die Staatsangelegenheiten werden die Kommunisten niemals **besondere** Rechte für die Arbeiterklasse **gegenüber anderen Teilen** des **Volkes fordern**, weder vor noch nach der Eroberung der politischen Macht." (S.103)
Der Satz steht in einem Abschnitt, in dem der unterschiedliche Charakter der demokratischen Forderungen und der Arbeiterforderungen herausgearbeitet wird. Die demokratischen Forderungen stellen das Volk dem bürgerlichen Staat gegenüber, die Arbeiterforderungen stellen die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse gegenüber. Im Kampf für demokratische Forderungen steht die Arbeiterklasse nicht allein, sondern kann unter ihrer Führung das Volk gegen den bürgerlichen Staat vereinen. Die ganze Passage aus dem Artikel lautet folgendermaßen:
"Die Forderungen unseres Programms sind in demokratische Forderungen und in Forderungen nach Arbeiterrechten unterteilt. Diese Unterteilung ist von entscheidender Bedeutung, wenn nicht alles durcheinandergeworfen werden soll und wenn sich die Kommunisten darüber klar sein wollen, **an wen** sie sich **in welcher Frage wie** wenden müssen.

Die demokratischen Forderungen fordern gleiche, umfassende Rechte für jedermann in allen Staatsangelegenheiten (öffentlichen Angelegenheiten). Unter der Herrschaft der Bourgeoisie mit ihrem vom Volk abgetrennten Unterdrückungsapparat im Dienste der ausbeutenden Minderheit richten sich die demokratischen Forderungen notwendig gegen den bürgerlichen Staat. Für die Herrschaft der Arbeiterklasse legen sie die Formen fest, in denen die breiten Volksmassen die Staatsangelegenheiten regeln und ihre Interessen unter der Führung der Arbeiterklasse gegen die fortexistierenden (ehemaligen) Ausbeuter politisch durchsetzen.

Freiheit und Gleichheit sind die grundlegenden Prinzipien des Demokratismus, die durch den bürgerlichen Staat bestenfalls in verstümmelter Form zugelassen werden und durch die ökonomische Ungleichheit innerhalb des Kapitalismus weitgehend zur Farce werden. Im proletarischen Staat werden diese Prinzipien umfassend verwirklicht und in die Tat umgesetzt, wobei durch die zunehmende Beseitigung der ökonomischen und sozialen Ungleichheit die Basis dafür geschaffen wird, daß diese Prinzipien wirklich in allen politischen Fragen vollständige Geltung erlangen.

Während die demokratischen Forderungen auf Rechte für jedermann in allen Staatsangelegenheiten zielen, beziehen sich die Forderungen nach Arbeiterrechten auf die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten, bzw. den Käufer ihrer Arbeitskraft. Auf den Staat beziehen sich diese Forderungen nur insofern, als die Arbeiterrechte in gesetzlich garantierter Form erkämpft werden müssen, die sowohl die ganze Arbeiterklasse als auch die ganze Kapitalistenklasse bindet.

In bezug auf die Staatsangelegenheiten werden die Kommunisten niemals besondere Rechte für die Arbeiterklasse gegenüber anderen Teilen des Volkes fordern, weder vor noch nach der Eroberung der politischen Macht. In bezug auf die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten, bzw. zwischen den Lohnabhängigen und den Käufern ihrer Arbeitskraft, **müssen** die Kommunisten besondere Rechte fordern, die sich aus der besonderen Lage der Arbeiter als ausgebeutete Klasse ergeben. Im Kampf für diese Rechte steht die Arbeiterklasse zunächst allein und findet bei anderen Teilen des Volkes nur insoweit Unterstützung, als sich diese auf den Standpunkt des Proletariats stellen. Im Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat steht die Arbeiterklasse nicht allein, sondern an der Spitze der unterdrückten Volksmassen.

Ihre besondere Lage als ausgebeutete Klasse befähigt sie, sich an die Spitze der unterdrückten Volksmassen zu setzen, weil die Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten in der bürgerlichen Gesellschaft die Grundlage ist 'der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit'." (Programm des KBW, S.8) (3)

An dem oben zitierten Satz und an der Feststellung "Die demokratischen Forderungen fordern gleiche, umfassende Rechte für jedermann in allen Staatsangelegenheiten (öffentlichen Angelegenheiten)", ist nun die Gruppe Rote Fahne (KPD) in große Aufregung geraten (4) und wie ihr ging es auch anderen Gruppen, z. B. dem KB Nord. Jetzt hatten sie den Kommunistischen Bund Westdeutschland endgültig ertappt und in zahlreichen Versammlungen landauf landab wurden nun diese Sätze zitiert als endlich gelungener Nachweis, daß der KBW und vor allem der Sekretär des Zentralen Komitees Erzopportunisten sind. Was ist in Wirklichkeit nachgewiesen worden? Nachgewiesen wurde, daß man gegenüber gewissen "Marxisten-Leninisten" selbst die größten Selbstverständlichkeiten immer wieder wiederholen muß und daß diese sie selbst dann nicht begreifen. (5) Tatsächlich werden in den angegriffenen Sätzen nichts als Selbstverständlichkeiten ausgeführt.

Es wird wiederholt, was Lenin bereits zu den demokratischen Forderungen ausgeführt hat: "Nur die Ökonomisten traurigen Angedenkens glaubten, daß die 'Losungen einer Arbeiterpartei' **nur** für die Arbeiter ausgegeben würden. Nein. Diese Losungen werden für die ganze werktätige Bevölkerung für das ganze Volk ausgegeben. Im demokratischen Teil unseres Programms – über dessen Bedeutung P.Kijewski 'überhaupt' nicht nachgedacht hat – wenden wir uns speziell an das ganze Volk, und deshalb sprechen wir in diesem Teil des Programms vom 'Volk'." (6) Nichts anderes als diesen Gedanken habe ich in dem betreffenden

(3) Kommunismus und Klassenkampf, 2/74, S.103
(4) "Die Schüler Kautskys. Politik und Programm des KBW", ohne Verfasserangabe, Dortmund 1974
(5) Zur Frage des bürgerlichen Staates als losgelöstem Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie, zur Frage der proletarischen Demokratie, zur Frage des demokratischen Programms als Richtschnur für die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates hat der KBW in offiziellen Dokumenten, oder haben Mitglieder des Zentralen Komitees des KBW in persönlichen Beiträgen bereits häufig Stellung genommen, z. B. in der Broschüre "Die Verfassung der BRD und das demokratische Programm der Kommunisten", Mannheim 1974.
(6) Über eine Karikatur auf den Marxismus, Lenin Werke Bd. 23, S.58

Abschnitt ausgeführt. Nicht behandelt wurde die Frage, ob den Kapitalisten unter der Diktatur des Proletariats die allgemeinen demokratischen Rechte entzogen werden sollen oder nicht. Ich habe theoretische Selbstverständlichkeiten behandelt in diesem Abschnitt und nicht bestimmte historische Probleme bei der Verwirklichung der sozialen Revolution unter der Diktatur des Proletariats.
Da solche Fragen an diesem Abschnitt aufgeworfen werden durch die GRF und den KB Nord, werden ich nachher darauf eingehen, obwohl die Stelle in dem Artikel sie gar nicht behandelt.

Selbstverständlich ist allerdings für viele Kommunisten noch nicht oder noch nicht wieder, daß wir gegen den bürgerlichen Staat als losgelösten Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie auch Forderungen erheben, die auf seine Zerschlagung abzielen, wie Wählbarkeit und jederzeitige Abwählbarkeit aller höheren Staatsfunktionäre, Aufhebung der Gewaltenteilung durch die Durchsetzung der uneingeschränkten Souveränität des Volkes usw.. Hier neigen viele Kommunisten heute noch zu der gleichen Haltung, die Lenin unter Berufung auf Engels folgendermaßen charakterisiert hat:
"Engels begeht aber nicht den Fehler, den z. B. manche Marxisten in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen begehen: im Kapitalismus sei die Selbstbestimmung unmöglich und im Sozialismus überflüssig. Eine derartige, anscheinend geistreiche, in Wirklichkeit aber falsche Argumentation ließe sich jede **beliebige** demokratische Einrichtung wiederholen, auch über die bescheidenen Beamtengehälter, denn ein vollauf konsequenter Demokratismus ist unter dem Kapitalismus unmöglich, im Sozialismus wird aber jede Demokratie **absterben.** Das ist eine Sophisterei, die an die alte Scherzfrage erinnert, ob ein Mensch beginnt kahlköpfig zu werden, wenn er ein Haar verliert.
Entwicklung der Demokratie **bis zu Ende,** Auffinden der **Formen** einer solchen Entwicklung, ihre Erprobung in der **Praxis** usw. – das alles bildet eine der integrierenden Aufgaben des Kampfes um die soziale Revolution. Für sich genommen wird kein Demokratismus den Sozialismus bringen. Im Leben aber wird der Demokratismus nie 'für sich genommen', sondern er wird mit anderen Erscheinungen 'zusammengenommen', er wird seinen Einfluß auch auf die Ökonomik ausüben, **ihre** Umgestaltung fördern, dem Einfluß der ökonomischen Entwicklung unterliegen usw.. Das ist die Dialektik der lebendigen Geschichte." (7)

Die Dialektik der Geschichte läßt es auch nicht zu, daß man die Forderungen, die auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates abzielen, zurückstellt, bis der bürgerliche Staatsapparat zerschlagen und die Diktatur der Arbeiterklasse errichtet ist. Das haben viele Kommunisten heute noch nicht begriffen.
Aber auch wenn man die demokratischen Forderungen nicht so weit steckt wie das Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), d. h. auch wenn man gegen den bürgerlichen Staatsapparat nicht die Forderungen der revolutionären Demokratie erhebt, gilt:
Demokratische **Forderungen** fordern nun einmal gleiche Rechte für jedermann in allen Staatsangelegenheiten (öffentlichen Angelegenheiten) und demokratische Rechte bestehen nun einmal in gleichen Rechten für jedermann. Das unterscheidet die Demokratie, sowohl die bürgerliche als auch die proletarische Demokratie, vom Feudalismus, in dem bekanntlich all die verschiedenen Stände besondere Rechte hatte, die ausdrücklich festgelegt wurden und sich wesentlich von einander unterschieden. Der Feudaladel hatte ausdrücklich andere Rechte als die Bauern, z. B. hatte der Feudaladel das Recht auf den Zehnten, auf einen Tribut, die Bauern hatten ihn nicht, sondern mußten ihn vielmehr bezahlen. Wodurch unterscheidet sich nun die bürgerliche Demokratie von der proletarischen Demokratie? Dadurch, daß letztere die allgemeinen, gleichen Rechte im Gegensatz zur ersteren abschafft? Gewiß nicht! Der wesentliche Unterschied ist, daß die bürgerliche Demokratie das Privateigentum an den Produktionsmitteln als allgemeines Recht garantiert und daß die proletarische Demokratie dieses Recht kassiert und zwar dadurch, daß die Arbeiterklasse den Kapitalisten das Privateigentum gewaltsam, also gegen deren Willen entreißt, daß sie das Privateigentum an den Produktionsmitteln in Form eines allgemeinen Gesetzes verbietet. Historisch gelingt es der Diktatur des Proletariats nicht immer, dieses Verbot sofort in allgemeiner Form durchzusetzen und auch das Privateigentum der Kleinbürger und Bauern an den Produktionsmitteln zu beseitigen, doch stets ist der ökonomische Zweck jeder proletarischen Revolution: Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, Vergesellschaftung der Produktionsmittel.
Dieser Zweck macht ihren Klassencharakter aus.

Im Kommunistischen Manifest schreibt Marx dazu:
"Die Kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen; kein Wunder, daß in ihrem Entwicklungsgange am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird.
. . . .
Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist.
Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariat, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren. Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittels despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind." (8)

Statt Garantie des Privateigentums an den Produktionsmitteln seine Beseitigung mittels despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, das ist der wesentliche Unterschied der proletarischen Demokratie gegenüber der bürgerlichen Demokratie.
Der Zweck der bürgerlichen Demokratie ist die Verteidigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, sie beruht auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, das sie in allgemeiner Form garantiert, während es die Kapitalisten wahrnehmen, um die Proletarier auszubeuten. Der Zweck der proletarischen Demokratie ist die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, sie beruht auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln, das sie in allgemeiner Form

(7) Staat und Revolution, Lenin Werke Bd. 25, S.466
(8) Marx Engels Werke Bd. 4, S.481

schließlich verwirklicht, um die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen.
Dem Zweck der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und des Aufbaus des Sozialismus ist die proletarische Demokratie untergeordnet wie die Form dem Inhalt und das Mittel dem Zweck.
Der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und dem Aufbau des Sozialismus dienen die allgemeinen Rechte und gegebenenfalls der vollständige Ausschluß der Kapitalisten oder der teilweise Ausschluß anderer Schichten von Privateigentümern an Produktionsmitteln vom Gebrauch dieser allgemeinen Rechte, weil sie nach wie vor etwas Besonderes sind, auf ihrer Besonderheit als Produktionsmittelbesitzer beharren und dem Volk direkt entgegengesetzte Interessen haben.
Ein solcher vollständiger oder teilweiser Ausschluß aus den allgemeinen Rechten, den Rechten des Volkes, kann selbstverständlich nur entlang der Trennlinien zwischen dem Volk und seinen Feinden verlaufen und nicht entlang der Widerspruchslinien innerhalb des Volkes. In Westdeutschland befinden wir uns in der Etappe der proletarischen Revolution. In dieser Etappe gehören all diejenigen zum Volk, die kein Privateigentum an Produktionsmitteln haben und direkt von Lohnarbeit leben oder die nur formelles Eigentum an Produktionsmitteln haben und tatsächlich den Lohnarbeitern gleichgestellt sind. Anderen Teilen des Volkes gegenüber wird die Arbeiterklasse keine besonderen, keine Vorrechte fordern. Die proletarische Staatsorganisation, die sozialistische Räterepublik verschafft jedoch dem Industrieproletariat, also "gerade dem Teil der werktätigen Massen einen gewissen tatsächlichen Vorrang, der durch die ganze dem Sozialismus vorangegangene kapitalistische Entwicklung am stärksten konzentriert, vereinigt, aufgeklärt, im Kampf gestählt wurde. Dieser Vorrang muß unablässig und systematisch genutzt werden, um entgegen den zünftlerischen und engen Berufsinteressen die der Kapitalismus unter den Arbeitern züchtete, indem er sie in untereinander konkurrierende Gruppen aufspaltete, die besonders rückständigen und zersplitterten Massen ländlicher Proletarier und Halbproletarier enger um die fortgeschrittenen Arbeiter zusammenzuschließen, sie dem Einfluß der Dorfkulaken und der Dorfbourgeoisie zu entreißen und für den kommunistischen Aufbau zu organisieren und zu erziehen". (9)

Je geringer die Entwicklung des Kapitalismus, die der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse vorausgegangen ist, desto bedeutender wird dieser tatsächliche Vorrang des Industrieproletariats gegenüber den anderen Teilen des Volkes sein.
Dadurch, daß die Diktatur des Proletariats despotische Eingriffe in das Privateigentum der Kapitalisten vornimmt, werden zahlreiche Rechte, die formell auch durch die bürgerliche Demokratie gewährt werden, wie Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, überhaupt erst durch die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen nutzbar: die Druckereien werden den Kapitalisten weggenommen, die großen Versammlungsräume werden der Arbeiterklasse und den Volksmassen zur Verfügung gestellt.
Aber die bürgerliche Demokratie und selbst die fortgeschrittensten bürgerlichen Demokratien kennen in Wirklichkeit auch eine ganze Reihe von formellen Einschränkungen der demokratischen Rechte. Viele entscheidende demokratischen Rechte schließt die bürgerliche Demokratie ausdrücklich aus. Die proletarische Demokratie hebt diese formelle Einschränkung der allgemeinen Rechte auf und gewährt die allgemeinen Rechte umfassend und uneingeschränkt und schafft völlig neue demokratische Rechte.
In bezug auf diese Rechte unterscheidet sich also die proletarische Demokratie von der bürgerlichen Demokratie dadurch, daß sie erstens die demokratischen Rechte umfassend und uneingeschränkt, daß sie ganz neue demokratische Rechte gewährt, und daß sie zweitens die Grundlagen dafür schafft, daß diese Rechte durch die Arbeiterklasse und die Volksmassen verwirklicht werden können, das heißt, umfassend genutzt werden können.

Demokratie heißt Volks**herrschaft.** In der bürgerlichen Demokratie herrscht das Volk nur formell, das Privateigentum an den Produktionsmitteln macht die Herrschaft des Volkes zur Farce, selbst die Rechte, die bestehen, können nicht genutzt werden und sie existieren auch nur in eingeschränkter Form. In der proletarischen Demokratie herrscht das Volk tatsächlich, dies jedoch nur, wenn die Arbeiterklasse den Zweck festlegt, diktiert, die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, und diesen Zweck mit Hilfe despotischer Maßnahmen durchsetzt, denn ohne die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist Demokratie, d. h. Volksherrschaft nicht möglich.
Fordert die Arbeiterklasse zur Durchführung ihrer Diktatur **besondere** Rechte gegenüber dem Volk? Nein, dies tut die Arbeiterklasse nicht. Weder braucht die Arbeiterklasse z. B. mehr Redefreiheit als andere Teile des Volkes, noch beruht ihre Diktatur auf irgendeiner Weise auf einem besonderen Recht gegenüber dem Volk. Sie beruht auf ihrer Stellung in der gesellschaftlichen Produktion und der Beseitigung des letzten, aber entscheidenden, besonderen Rechts, das auch die fortgeschrittenste bürgerliche Demokratie mit Zähnen und Klauen verteidigt, das Recht auf Privateigentum an den Produktionsmitteln, das die Bourgeoisie lächerlicherweise als allgemeines Recht setzt und welches jede auch noch so fortgeschrittene bürgerliche Demokratie zur Diktatur der Bourgeoisie macht. Denn die besitzt die Produktionsmittel. Damit macht die Arbeiterklasse Schluß und verwirklicht so die Demokratie, indem sie das letzte besondere Recht beseitigt und damit die Allgemeinheit der demokratischen Rechte in der Praxis verwirklicht, um schließlich jede Herrschaft absterben zu lassen.
Aber die Kapitalisten werden doch von diesen allgemeinen Rechten ausgeschlossen, schreien jetzt die Genossen der Gruppe Rote Fahne auf. Selbstverständlich ist dies oft der Fall und notwendig, um die Kapitalisten zu enteignen und niederzuhalten. Wesentlich ist aber, daß ihre Besonderung aufgehoben wird, d. h. ihre Eigenschaft als Besitzer von Kapital aufgehoben wird, dadurch, daß die Arbeiterklasse die Produktionsmittel vergesellschaftet.

Wesentlich ist, daß unter Führung der Arbeiterklasse die Herrschaft der Mehrheit, die Herrschaft des Volkes entfaltet wird. Dies kann durch den formellen Ausschluß der Kapitalisten aus den formellen Rechten geschehen, muß aber nicht. Wesentlich ist, daß die Kapitalistenklasse enteignet und als Kapitalistenklasse niedergehalten wird, dies ist theoretisch auch ohne ihren formellen Ausschluß aus den allgemeinen Rechten möglich, denn diese allgemeinen Rechte bedeuten ja nicht Aufhebung der Herrschaft, sondern Entfaltung der Herrschaft der Mehrheit.

(9) Lenin, Entwurf des Programms 1919, Lenin Werke Bd. 29, S.91

Wesentlich ist, daß die proletarische Demokratie als **Herrschaftsform** systematische Gewaltanwendung gegenüber der Kapitalistenklasse bedeutet, ob die ehemaligen Ausbeuter nun z. B. vom allgemeinen Wahlrecht ausgeschlossen sind oder nicht.

Wesentlich ist, daß sich alle Gesetze, Dekrete und Beschlüsse der gewählten Organe des proletarischen Staates gegen die alte Ausbeuterordnung richten, daß sie die Massen für den Aufbau des Sozialismus und gegen die Restauration des Kapitalismus mobilisieren, ob nun die Angehörigen der alten Ausbeuter- und Unterdrückerklasse ausdrücklich aus den Wahlen dieser Organe ausgeschlossen sind oder nicht. Ihr Wille zur Restauration der Ausbeuterordnung darf nicht zur Geltung kommen, das ist entscheidend.

Die gewaltsame Unterdrückung der Kapitalistenklasse durch die Diktatur des Proletariats hat ihren Kern nicht im Ausschluß der Kapitalistenklasse aus den allgemeinen Rechten, sondern darin, daß aus den allgemeinen Rechten das Recht auf Privateigentum an den Produktionsmitteln ausgeschlossen wird, daß jeder unter schwere Strafandrohung gestellt wird, der dieses Recht wiederherstellen will oder für sich heimlich in Anspruch nimmt und daß unter Anwendung von Zwangsmitteln und Waffengewalt jeder solche Restaurationsversuch des Kapitalismus unterbunden wird; daß sich die Kapitalisten entweder in ihr Schicksal fügen müssen, nicht mehr ausbeuten zu können, oder sonst nicht nur mit Verlust ihres Kapitals davonkommen, sondern auch mit dem Verlust ihres Lebens rechnen müssen.

Bisher haben sich die Kapitalisten gegen ihre Enteignung und Entmachtung stets gewehrt, und die Arbeiterklasse hat darauf, wenn notwendig, so geantwortet, daß sie die Kapitalisten vorübergehend, bis sie aufhören, welche zu sein, aus den allgemeinen Rechten ausgeschlossen hat. Hat die Arbeiterklasse dadurch die allgemeinen Rechte aufgehoben? Nein, sie hat die Kapitalisten, die auf ihren besonderen Rechten beharren wollen und die Ausbeuterordnung wiederherstellen wollen, aus der Allgemeinheit ausdrücklich ausgeschlossen, zu der sie ohnehin nicht gehören und der sie sich direkt entgegenstellen durch die Verteidigung ihrer Ausbeuterordnung und die Versuche, sie wiederherzustellen.

Durch die Verfassung jeder sozialistischen Räterepublik wird festgelegt, daß jedermann ein Recht auf Arbeit hat und jedermann zur Arbeit verpflichtet ist. Dies ist das wichtigste allgemeine Recht, das die sozialistische Räterepublik jedermann gewährt. Das paßt den Kapitalisten selbstverständlich nicht. Sie wollen nicht jedermann sein, sondern Kapitalist, wollen nicht arbeiten, sondern wollen fremde Arbeit ausbeuten. Weil das so ist, werden sie von den Rechten für jedermann ausgeschlossen. Das ist nur konsequent. Das ist aber auch alles. Die Rechte für jedermann, die die sozialistische Räterepublik gewährt, werden deshalb nicht aufgehoben und die Diktatur des Proletariats behält die Form der Demokratie bei. Eingeschränkt wird der Kreis derjenigen, die die allgemeinen Rechte, die Rechte für jedermann genießen: auf das Volk, auf die überwältigende Mehrheit der Gesellschaft.

Der Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie und der proletarischen Demokratie ist durch ihre entgegengesetzte Stellung zum Privateigentum an den Produktionsmitteln gekennzeichnet, nicht dadurch, daß die bürgerliche Demokratie allgemeine Rechte für jedermann gewährt und die proletarische Demokratie nicht. Bekanntlich ist die proletarische Demokratie Fortschritt gegenüber der bürgerlichen Demokratie und kein Rückschritt. Dieser Fortschritt kommt unter anderem darin zum Ausdruck, daß sie die allgemeinen Rechte ungeheuer ausdehnt und daß sie sie erstmals für die Arbeiterklasse und für die breiten Volksmassen nutzbar macht.

In seiner Rede auf dem IX. Parteitag der Bolschewiki sagte Lenin:

"Worin kommt jetzt die Herrschaft der Klasse zum Ausdruck? Die Herrschaft des Proletariats äußert sich darin, daß man das Eigentum der Gutsbesitzer und Kapitalisten konfisziert hat. Das Privateigentum war aber gerade die Seele, der Hauptinhalt aller früheren Verfassungen, auch der republikanischen, demokratischen Verfassungen. Unsere Verfassung hat das Recht, in die Geschichte einzugehen, sie hat sich dieses Recht erworben, weil die Aufhebung des Privtaeigentums nicht nur auf dem Papier geblieben ist. Das siegreiche Proletariat hat das Privateigentum abgeschafft und endgültig beseitigt. Darin eben kommt die Herrschaft der Klasse zum Ausdruck. Vor allen Dingen in der Frage des Eigentums. Als wir die Frage des Eigentums praktisch entschieden hatten, war die Herrschaft der Klasse praktisch gesichert." (10)

Diese prinzipielle Seite der proletarischen Demokratie, in der ihr Klassencharakter als Diktatur des Proletariats zum Ausdruck kommt, spielt bei der Gruppe Rote Fahne und ähnlichen kleinbürgerlichen Grüppierungen keine Rolle in ihren Überlegungen, wie sich bei ihnen überhaupt die Mittel gegenüber dem Zweck verselbständigen.

Lenin fährt in seiner Rede auf dem IX. Parteitag fort:

"Als die Verfassung nachher auf dem Papier festlegte, was das Leben bereits entschieden hatte – die Abschaffung des kapitalistischen und des gutsherrlichen Eigentums –, und **hinzufügte:** Die Arbeiterklasse hat nach der Verfassung mehr Rechte als die Bauernschaft, die Ausbeuter dagegen haben überhaupt keine Rechte – da legten wir damit schriftlich fest, daß wir die Herrschaft unserer Klasse verwirklicht und somit die Werktätigen aller Schichten und kleinen Gruppen mit uns verbunden haben." (11)

Richteten sich diese Einschränkungen der allgemeinen Rechte gegen das Volk? Nein, sie verliefen entlang der Trennlinie zwischen dem Volk und den Feinden des Volkes bei der Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln:

"Die kleinbürgerlichen Eigentümer sind zersplittert; diejenigen unter ihnen, die mehr Eigentum haben, sind die Feinde derjenigen, die weniger besitzen, und die Proletarier erklären ihnen mit der Abschaffung des Privateigentums den offenen Krieg." (12)

In diesem Krieg hat die Arbeiterklasse selbstverständlich nur diejenigen auf ihrer Seite, die kein irgendwie bedeutendes Privateigentum an Produktionsmitteln zu verlieren haben. Sie bilden in dieser Etappe der Revolution das Volk.

Der Angriff auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln macht den Klassencharakter der Diktatur des Proletariats aus. Die Gruppe Rote Fahne und ähnliche Gruppierungen sehen den Klassencharakter vor allem darin, daß bei diesem Angriff dem Feind diese oder jene oder alle politischen Rechte entrissen wird. Warum lenken diese Leute vom Klassencharakter der proletarischen Diktatur in dieser Weise ab? Weil sie selber dem Kleinbürgertum

(10) Lenin Werke Bd. 30, S.448 f.
(11) Lenin Werke Bd. 30, S.449
(12) ebenda

tief verhaftet sind, von Unterdrückung schwärmen, die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln aber, der die Unterdrückung der Feinde des Volkes durch die Arbeiterklasse stets dient, aus dem Auge verlieren. So erheben sie die Nebenseite, die Einschränkung oder Aufhebung der politischen Rechte für die Privateigentümer an den Produktionsmitteln zur Hauptseite der Diktatur des Proletariats mit keinem anderen Zweck als die Unterdrückung von den objektiven Kriterien zu trennen, denen sie dient. Die Diktatur des Proletariats ist das Gegenteil von Willkürherrschaft. Sie aber begreifen sie als solche, wie heute schon ihre Praxis durch die Willkür von Kleinbürgern bestimmt ist.

Daß es sich bei der Einschränkung oder Aufhebung der politischen Rechte für die Kapitalistenklasse – und nicht etwa für das Volk – um die Nebenseite handelt, hat Lenin selbst oft hervorgehoben, so z. B. in seiner Rede auf dem VIII. Parteitag: "Der letzte Punkt, den ich berühren muß, ist die führende Rolle des Proletariats und die Entziehung des Wahlrechts. Unsere Verfassung sieht die Bevorzugung des Proletariats gegenüber der Bauernschaft vor und entzieht den Ausbeutern das Wahlrecht. Darüber sind die reinen Demokraten Westeuropas am meisten hergefallen. Wir antworteten und antworteten ihnen darauf, sie haben die wichtigsten Grundsätze des Marxismus vergessen, haben vergessen, daß es sich bei ihnen um die bürgerliche Demokratie handelt, während wir zur proletarischen Demokratie übergegangen sind. Es gibt kein einziges Land in der Welt, das auch nur den zehnten Teil dessen getan hätte, was die Sowjetrepublik in den vergangenen Monaten für die Arbeiter und die armen Bauern getan hat, um sie zur Verwaltung des Staates heranzuziehen. Das ist die absolute Wahrheit. Niemand wird leugnen können, daß wir für eine wirkliche und nicht nur auf dem Papier stehende Demokratie, für die Heranziehung der Arbeiter und Bauern so viel getan haben, wie die besten demokratischen Republiken im Laufe von Jahrhunderten nicht getan haben und nicht tun konnten. Das hat die Bedeutung der Sowjets bestimmt, dank dieser Tatsache sind die Sowjets zur Losung des Proletariats aller Länder geworden.

Aber das bewahrt uns in keiner Weise davor, daß wir über das unzureichende Kulturniveau der Massen stolpern. Die Frage der Entziehung des Wahlrechts für die Bourgeoisie betrachten wir keineswegs von einem absoluten Standpunkt, denn theoretisch ist es durchaus möglich, daß die Diktatur des Proletariats zwar die Bourgeoisie auf Schritt und Tritt unterdrückt, ihr aber das Wahlrecht nicht entzieht. Das ist theoretisch durchaus denkbar, und wir stellen unsere Verfassung auch nicht als Vorbild für andere Staaten hin. Wir sagen nur, wer da denkt, zum Sozialismus übergehen zu können, ohne die Bourgeoisie zu unterdrücken, der ist kein Sozialist. Wenn es aber notwendig ist, die Bourgeoisie als Klasse zu unterdrücken, so ist es nicht notwendig, ihr Wahlrecht und Gleichstellung zu entziehen. Wir wollen keine Freiheit für die Bourgeoisie, wir erkennen keine der Ausbeuter und Ausgebeuteten an, aber in unserem Programm behandeln wir diese Frage derart, daß Maßnahmen wie die Festlegung einer Ungleichheit von Arbeitern und Bauern keineswegs durch die Verfassung vorgeschrieben sind. Das wurde in die Verfassung aufgenommen, nachdem es sich praktisch eingebürgert hatte. Es waren nicht einmal die Bolschewiki, die die Sowjetverfassung ausarbeiteten, es waren die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die das noch vor der bolschewistischen Revolution taten und so gegen sich selbst handelten. Sie haben die Verfassung so ausgearbeitet, wie das Leben selbst es verlangte. Die Organisierung des Proletariats vollzog sich viel schneller als die der Bauernschaft, was die Arbeiter zur Stütze der Revolution machte und ihnen faktisch eine Vorzugsstellung gab. Die weitere Aufgabe ist die, von dieser Vorzugsstellung allmählich zu ihrer Gleichstellung überzugehen. Weder vor noch nach der Oktoberrevolution hat irgend jemand die Bourgeoisie aus den Sowjets hinausgejagt. **Die Bourgeoisie hat sich selber ausgeschaltet.**

So liegen die Dinge mit dem Wahlrecht der Bourgeoisie. Unsere Aufgabe ist es, die Frage mit voller Klarheit zu stellen. Wir entschuldigen uns durchaus nicht für unser Verhalten, sondern zählen nur exakt die Tatsachen auf, wie sie sind. Unsere Verfassung mußte, wie wir das aufzeigen, diese Ungleichheit festlegen, weil das Kulturniveau niedrig, weil die Organisation bei uns schwach ist. Jedoch machen wir das nicht zum Ideal, sondern im Gegenteil, im Programm verpflichtet sich die Partei, systematisch an der Aufhebung dieser Ungleichheit zwischen dem besser organisierten Proletariat und der Bauernschaft zu arbeiten. Diese Ungleichheit werden wir aufheben, sobald es uns gelungen sein wird, das Kulturniveau zu heben. Dann werden wir ohne solche Beschränkungen auskommen können. Schon heute, nach nur 17 Monaten Revolution, sind diese Beschränkungen praktisch von sehr geringer Bedeutung." (13)

In einer "Einfügung in den politischen Teil des Programms" der Bolschewiki hat Lenin 1919 dasselbe folgendermaßen formuliert: "Zugleich muß die KPR, um falsche Verallgemeinerungen zu vermeiden, den werktätigen Massen klarmachen, daß die Entziehung des Wahlrechts für einen Teil der Bürger in der Sowjetrepublik durchaus nicht, wie das in den meisten bürgerlich-demokratischen Republiken zu sein pflegte, eine bestimmte Kategorie von Bürgern betrifft, die für ihr ganzes Leben als rechtlos erklärt werden, sondern nur die Ausbeuter, nur diejenigen, die entgegen den Grundgesetzen der sozialistischen Sowjetrepublik hartnäckig an ihrer Ausbeuterstellung und den kapitalistischen Verhältnissen festhalten. Einerseits verringert sich also in der Sowjetrepublik mit jedem Tag, den sich der Sozialismus festigt und mit dem die Zahl jener sinkt, die objektiv die Möglichkeit haben, Ausbeuter zu bleiben oder kapitalistische Verhältnisse aufrechtzuerhalten, ganz von selbst der Prozentsatz derjenigen, denen das Wahlrecht entzogen wird. Dieser Prozentsatz ist heute in Rußland kaum höher als zwei oder drei Prozent. Andererseits können die Einstellung der Invasion von außen und die Vollendung der Expropriation der Expropriateure unter bestimmten Voraussetzungen in allernächster Zukunft eine Lage schaffen, in der die proletarische Staatsmacht andere Methoden wählt, um den Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken, und das allgemeine Wahlrecht ohne alle Einschränkungen einführt." (14)

Worum geht es? Geht es darum, den Gewaltcharakter der Diktatur des Proletariats zu beschönigen? So wollen es manche darstellen. Es geht darum, den systematischen Charakter dieser Gewaltanwendung zum Zwecke der Expropriation der Expropriateure in der Form der Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit unter Führung der Arbeiterklasse, die in Verfolgung dieses Zweckes wirklich bis zum Ende geht, herauszustellen gegenüber bestimmten historischen Erscheinungen, die, sobald sie verallgemeinert werden, nichts anderes sind als Freifahrscheine für Abenteurer, die unter dem Deckmantel der Diktatur des Prole-

(13) Lenin Werke Bd. 29, S.169-171
(14) Lenin Werke Bd. 29, S.109

tariats die Herrschaft einer neuen Bourgeoisie errichten wollen. Meines Erachtens ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Kommunisten ein relativ klares Bewußtsein davon haben, was Marx und Engels meinten, wenn sie feststellten, daß die Pariser Kommune die endlich gefundene politische Form der ökonomischen und sozialen Befreiung des Proletariats ist, und daß sie überhaupt ein richtiges Verständnis von Demokratie und sozialer Revolution des Proletariats entwickeln. An die Stelle der Unterordnung der Fragen der Demokratie unter die Aufgaben der Verwirklichung des Sozialismus darf unter keinen Umständen eine Verachtung der Fragen der Demokratie treten. Diese Verachtung der Fragen der Demokratie ist lange Zeit von verschiedenen Gruppen offen geäußert und an den Tag gelegt worden. Es ist schon ein großer Erfolg des ideologischen Kampfes, daß diese Verachtung heute nicht mehr oder nur noch selten offen geäußert wird. Sie existiert aber nach wie vor, sie zeigt sich in der Verachtung der innerorganisatorischen Demokratie (im KB-Nord finden z. B. keine Wahlen der Leitung statt, in der GRF werden die Leitungen auf Ortsebene nach wie vor eingesetzt), sie zeigt sich aber auch in der leichtsinnigen Verachtung gegenüber den Begriffen Gleichheit und Freiheit (KB-Nord) und in der Verselbständigung des Begriffs der Diktatur gegenüber ihrem Inhalt, der dadurch gesetzt ist, daß es sich um die Diktatur **des Proletariats** handelt, das sich auf Grund seines Zweckes, Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, auf die Mehrheit, auf das Volk stützen kann und in der Form der Demokratie seiner Diktatur ausübt. Wenn man manche Leute auf diese Tatsache aufmerksam macht, verfallen sie in unartikuliertes Geschrei. Solche Manöver bezeichnete Lenin als Alexinski-Methoden. Er beschreibt sie folgendermaßen, und wen erinnert diese Charakterisierung nicht an die Auftritte von Vertretern der Gruppe Rote Fahne, des Roten Morgen und des KB-Nord auf zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen:

"Schon auf dem Londoner Parteitag 1907 distanzierten sich die Bolschewiki wiederholt von Alexinski, wenn er theoretische Argumente damit beantwortete, daß er sich in die Pose des Agitators warf, und, überhaupt nicht zur Sache sprechend, tönende Phrasen über irgendeine Art der Ausbeutung und Unterdrückung in den Saal schrie: 'Na, jetzt geht das Geschrei los', pflegten unsere Delegierten in solchen Fällen zu sagen. Und dieses 'Geschrei' hat Alexinski zu nichts Gutem geführt." (15)

Angesichts dieser Empfindlichkeit gegenüber der Darlegung theoretischer Argumente speziell zum Verhältnis von Demokratie und sozialer Revolution bleibt einem nichts, als diese Argumente geduldig zu wiederholen. Deshalb hier auch noch einmal ein langes Zitat von Lenin zum Verhältnis von Demokratie und sozialer Revolution:

"Die Demokratie ist im Befreiungskampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten von gewaltiger Bedeutung. Die Demokratie ist aber durchaus keine unüberschreitbare Grenze, sondern lediglich eine der Etappen auf dem Wege vom Feudalismus zum Kapitalismus und vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Demokratie bedeutet Gleichheit. Es ist begreiflich, welch große Bedeutung der Kampf des Proletariats um die Gleichheit und die Losung der Gleichheit haben, wenn man sie richtig, im Sinne der Aufhebung der Klassen auffaßt. Aber Demokratie bedeutet nur formale Gleichheit. Und sofort nach der Verwirklichung der Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft in bezug auf den Besitz der Produktionsmittel, d. h. der Gleichheit der Arbeit, der Gleichheit des Arbeitslohnes, wird sich vor der Menschheit unvermeidlich die Frage erheben, wie sie von der formalen zur tatsächlichen Gleichheit, d. h. zur Verwirklichung des Satzes "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" weiterschreiten soll. Welche Etappen die Menschheit auf dem Wege zu diesem höheren Ziel durchschreiten wird, welche praktischen Maßnahmen sie dazu ergreifen wird, wissen wir nicht und können wir nicht wissen. Es ist aber wichtig, daß wir uns darüber klarwerden, wie grenzenlos verlogen die landläufige bürgerliche Vorstellung ist, der Sozialismus sei etwas Totes, Erstarrtes, ein für allemal Gegebenes, während in Wirklichkeit erst mit dem Sozialismus die rasche, wirkliche, wahrhafte Vorwärtsbewegung der Massen auf allen Gebieten des öffentlichen und persönlichen Lebens, zunächst unter Teilnahme der Mehrheit der Bevölkerung und später der gesamten Bevölkerung, einsetzen wird.

Die Demokratie ist eine Staatsform, eine der Spielarten des Staates. Folglich ist sie, wie jeder Staat, eine organisierte, systematische Gewaltanwendung gegenüber Menschen. Das ist die eine Seite. Andererseits bedeutet aber die formale Anerkennung der Gleichheit zwischen den Bürgern, des gleichen Rechtes aller, die Staatsverfassung zu bestimmen und den Staat zu verwalten. Das wiederum hat zur Folge, daß die Demokratie auf einer bestimmten Entwicklungsstufe erstens die dem Kapitalismus gegenüber revolutionäre Klasse, das Proletariat, zusammenschließt und ihr die Möglichkeit gibt, die bürgerliche, und sei es auch eine bürgerlich-republikanische Staatsmaschine – stehendes Heer, Polizei, Beamtentum – zu zerbrechen, in Scherben zu schlagen, aus der Welt zu schaffen, sie durch eine demokratische Staatsmaschine, aber immerhin noch durch eine Staatsmaschine zu ersetzen, bestehend aus bewaffneten Arbeitermassen, die dazu übergehen, das gesamte Volk zur Betätigung an der Miliz heranzuziehen.

Hier "schlägt Quantität in Qualität um": Eine solche Stufe des Demokratismus ist mit der Sprengung des Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft mit dem Beginn ihrer sozialistischen Umgestaltung verbunden. Wenn tatsächlich alle an der Verwaltung des Staates teilnehmen, dann kann sich der Kapitalismus nicht länger halten. Die Entwicklung des Kapitalismus schafft ihrerseits die Voraussetzungen dafür, daß wirklich "alle" an der Leitung des Staates teilnehmen können. Zu diesen Voraussetzungen gehört die allgemeine Schulbildung, die in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern bereits eingeführt ist, ferner die "Schulung und Disziplinierung" von Millionen Arbeitern durch den umfassenden, komplizierten, vergesellschafteten Apparat der Post, der Eisenbahnen, der Großbetriebe, des Großhandels, des Bankwesens usw. usf.

Unter solchen ökonomischen Voraussetzungen ist es durchaus möglich, unverzüglich, von heute auf morgen, dazu überzugehen, die Kapitalisten und Beamten, nachdem sie gestürzt sind, bei der Kontrolle über Produktion und Verteilung, bei der Registrierung der Arbeit und der Produktion, durch bewaffnete Arbeiter, durch das gesamte bewaffnete Volk zu ersetzen. (Man verwechsle nicht die Frage der Kontrolle und Rechnungsführung mit der Frage des wissenschaftlich ausgebildeten Personals, der Ingenieure, Agronomen u.a.: Diese Herrschaften arbeiten heute und fügen sich den Kapitalisten, sie werden morgen noch besser arbeiten und sich den bewaffneten Arbeitern fügen.)

(15) Über eine Karikatur auf den Marxismus, Lenin Werke Bd. 23, S.71

Rechnungsführung und Kontrolle – das ist das Wichtigste, was zum "Ingangsetzen", zum richtigen Funktionieren der kommunistischen Gesellschaft in ihrer ersten Phase erforderlich ist. Alle Bürger verwandeln sich hier in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden. Alle Bürger werden Angestellte und Arbeiter eines das gesamte Volk umfassenden Staats"syndikats". Es handelt sich nur darum, daß sie alle gleichermaßen arbeiten, das Maß der Arbeit richtig einhalten und gleichermaßen Lohn bekommen. Die Rechnungsführung und Kontrolle darüber ist durch den Kapitalisten bis zum äußersten vereinfacht, in außergewöhnlich einfache Operationen verwandelt worden, die zu verrichten jeder des Lesens und Schreibens Kundige imstande ist, er braucht nur zu beaufsichtigen und zu notieren, es genügt, daß er die vier Grundrechnungsarten beherrscht und entsprechende Quittungen ausstellen kann. (16)

Wenn die Mehrheit des Volkes anfangen wird, selbständig allerorts eine solche Rechnungsführung, eine solche Kontrolle über die Kapitalisten (die nunmehr Angestellte geworden sind) und über die Herren Intellektuellen, die kapitalistische Allüren beibehalten haben, auszuüben, dann wird diese Kontrolle eine wirkliche, universelle, allgemeine, eine wirkliche Volkskontrolle werden, dann wird man sich ihr auf keine Weise entziehen können, wird man sich vor ihr "nirgends retten" können.

Die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein.

Aber diese 'Fabrik'disziplin, die das siegreiche Proletariat nach dem Sturz der Kapitalisten, nach Beseitigung des Ausbeuter auf die gesamte Gesellschaft erstrecken wird, ist nichts weniger als unser Ideal oder unser Endziel, sie ist nur eine **Stufe**, die notwendig ist zur radikalen Reinigung der Gesellschaft von den Niederträchtigkeiten und Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung, eine Stufe, um **weiter** vorwärtsschreiten zu können.

Von dem Zeitpunkt an, da alle Mitglieder der Gesellschaft oder wenigstens ihre übergroße Mehrheit **selbst** gelernt haben, den Staat zu regieren, selbst die Staatsregelung in ihre Hände genommen haben, die Kontrolle 'in Gang gebracht' haben über die verschwindend kleine Minderheit der Kapitalisten, über die Herrchen, die die kapitalistischen Allüren gern bewahren möchten, über die Arbeiter, die durch den Kapitalismus tief demoralisiert worden sin;– von diesem Zeitpunk an beginnt die Notwendigkeit jeglichen Regierens überhaupt zu schwinden. Je vollständiger die Demokratie, um so näher der Zeitpunkt, zu dem sie überflüssig wird. Je demokratischer der 'Staat', der aus bewaffneten Arbeitern besteht und 'schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr' ist, um so rascher beginnt **jeder** Staat abzusterben.

Denn wenn **alle** gelernt haben werden, selbständig die gesellschaftliche Produktion zu leiten und sie in der Tat leiten werden, wenn sie selbständig die Rechnungsführung und die Kontrolle über Müßiggänger, Herrensöhnchen, Gauner und ähnliche 'Hüter der Traditionen des Kapitalismus' verwirklichen, dann wird das Umgehen dieser vom ganzen Volk durchgeführten Rechnungsführung und Kontrolle unvermeidlich so ungeheuer schwierig werden, eine so höchst seltene Ausnahme bilden und wahrscheinlich eine so rasche und ernsthafte Bestrafung nach sich ziehen (denn die bewaffneten Arbeiter sind Menschen des praktischen Lebens, keine sentimentalen Intelligenzler und werden kaum mit sich spaßen lassen), daß die **Notwendigkeit** zur Einhaltung der unkomplizierten Grundregeln für jedes Zusammenleben von Menschen sehr bald zur **Gewohnheit** werden wird.

Dann wird das Tor zum Übergang von der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft zu ihrer höheren Phase und damit auch zum völligen Absterben des Staates weit geöffnet sein." (17)

Demokratie heißt Volksherrschaft. Weil bei Existenz des Privateigentums an den Produktionsmitteln trotz verschiedener allgemeiner Rechte von Volksherrschaft nicht die Rede sein kann, ist die bürgerliche Demokratie für die Bourgeoisie nur ein Mittel, um ihre Diktatur zu verhüllen. Die Diktatur des Proletariats beseitigt das Privateigentum an den Produktionsmitteln und schafft damit die Bedingungen, unter denen das Volk herrschen kann. Die Diktatur des Proletariats verwirklicht die Herrschaft des Volkes und vollzieht sich selbst in der Form der Demokratie.

Die Gruppe Rote Fahne (KPD) hat nie begriffen, was Demokratie heißt, sonst könnte sie dem KBW unmöglich unterstellen, daß wir behaupteten: "Die proletarische Revolution erkämpft die Demokratie für jedermann." Volksherrschaft für jedermann ist ein Unsinn, der auf dem Mist der Gruppe Rote Fahne gewachsen ist. Wir dagegen sagen, die Herrschaft des Volkes vollzieht sich in der Wahrnehmung allgemeiner Rechte, von denen notfalls die Kapitalisten ausgeschlossen werden, bis die Arbeiterklasse durch ihre Diktatur die Kapitalistenklasse als **Klasse** von Produktionsmittelbesitzern endgültig beseitigt hat. Das Wesentliche ist, daß die Mehrheit, das Volk unter Führung der Arbeiterklasse **herrscht**. Um zu herrschen, wird das Volk die Feinde des Volkes, wann immer notwendig, von der Wahrnehmung der allgemeinen Rechte ausschließen. Das Volk, das sind die Ausgebeuteten und Unterdrückten. Ihre Herrschaft, die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit der Ausbeuter **können** sie durchführen im Rahmen allgemeiner gleicher Rechte für jedermann. Wenn historisch notwendig, werden diese Rechte den Ausbeutern ausdrücklich entzogen, werden die Ausbeuter auch formell aus dem Volk ausgeschlossen.

Die Diktatur des Proletariats kommt in der proletarischen Demokratie darin zum Ausdruck, daß das Proletariat dem Volk die sozialen Zwecke diktiert, denen die proletarische Demokratie dient, daß sie das Volk führt bei der rücksichtslosen Unterdrückung der alten Ausbeuter, nicht aber kommt die Diktatur des Proletariats darin zum Ausdruck, daß "sie in bezug auf die Staatsangelegenheiten besondere Rechte gegenüber anderen Teilen des Volkes" **fordert**. Die Diktatur des Proletariats vollzieht sich in der Form der Demokratie und nicht in der Form der Aristokratie. Diese einfache Wahrheit habe ich ausgesprochen und konnte beim besten Willen nicht damit rechnen, daß diese einfache Wahrheit bei Leuten auf Widerstand stößt, die sich Marxisten-Leninisten nennen. (18)

Joscha Schmierer

(16) Anmerkung von Lenin: Wenn der Staat im wesentlichen Teil seiner Funktionen auf eine solche Rechnungsführung und Kontrolle durch die Arbeiter selbst reduziert wird, hört er auf, ein "politischer Staat" zu sein, dann "verwandeln sich die öffentlichen Funktionen aus politischen in einfache administrative Funktionen" (vgl. oben, Kapitel IV, Abschnitt 2, über Engels' Polemik gegen die Anarchisten).

(17) Staat und Revolution, Lenin Werke Bd. 25, S.486-489

(18) Mit was für Leuten wir es bei dieser Sorte Kommunisten zu tun haben, kann man auch leicht daran erkennen, daß ihre ganze Polemik gipfelt in der "Entlarvung" eines Druckfehlers, der in der ersten Auflage unseres Programms sich eingeschlichen hatte und bereits in dieser ersten Auflage durch einen eingedruckten Druckfehlerhinweis berichtigt worden war. Am Ende ihrer Broschüre schreiben also diese Helden der Polemik:

"Zum Schluß wollen wir mal sehen, welche Forderungen sie für die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse bereit halten. Da kann man lesen:
'Beschränkung aller gesetzlichen Einschränkungen der Rechte der Betriebs- und Personalräte sowie der Jugendvertreter, die gewählt werden auf der Grundlage freier gewerkschaftlicher Betätigung im Betrieb für jeden Lohnabhängigen.'
'Beschränkung der Einschränkung'! Das wird die Arbeiterklasse in Begeisterung versetzen!" (Die Schüler von Kautsky, S. 44)
Man kann sagen, daß dies die einzige überzeugende Stelle in der ganzen Broschüre ist. Einen längst berichtigten Druckfehler "entlarvt" zu haben, darin besteht das große Verdienst dieser Komödianten, die ausgezogen sind, die Arbeiterklasse in Begeisterung zu versetzen. Das ist schon was!

Ist die Diktatur des Proletariats mit allgemeinen Rechten für jedermann vereinbar?

"Wenn jedermann in allen Staatsangelegenheiten gleiche Rechte hat, kann von einer Diktatur des Proletariats keine Rede sein." Diese Auffassung vertritt der Kommunistische Bund (Nord) im "Arbeiterkampf" 46 vom Juli 1974. Er bezieht sich dabei auf den Artikel "Das Programm der Kommunisten muß die Praxis leiten" von Joscha Schmierer, in dem es heißt: **"In bezug auf die Staatsangelegenheiten** werden die Kommunisten niemals besondere Rechte für die Arbeiterklasse gegenüber anderen Teilen des Volkes fordern, weder vor noch nach der Eroberung der politischen Macht." Der KB Nord hält das für "kleinbürgerlichen Liberalismus" und für die "ausdrückliche Ablehnung der Diktatur des Proletariats". – Dieselbe Auffassung hat die Gruppe Rote Fahne (KPD) in ihrer jüngst erschienenen Broschüre "Die Schüler Kautskys. Politik und Programm des KBW" zur Grundlinie ihrer Polemik gegen die demokratischen Forderungen im Programm des KBW gemacht und durch Klassiker-Zitate zu beglaubigen versucht. Damit ist nach mancherlei Ausflüchten von den Gegnern der demokratischen Forderungen, die im Programm des KBW aufgeführt sind, ein wesentlicher Kern der Differenzen aufgedeckt worden, die sie vom Programm der Kommunisten trennen.

Hieß es ursprünglich in den verschiedensten wissenschaftlichen Verbrämungen, die demokratischen Forderungen könnten gegenüber dem imperialistischen Staatsapparat nicht erhoben werden, da der Kampf um Demokratie im Imperialismus ohnehin nur noch als Abwehrkampf zu führen sei; hieß es später: Die demokratischen Forderungen seien Bestandteil eines Programmes nur für die bürgerliche Revolution gewesen; und hieß es schließlich: Man dürfe sie grundsätzlich nur in einer Phase der Doppelherrschaft aufstellen, so sind alle diese Ausflüchte inzwischen mehr oder weniger fallen gelassen worden. Sie haben sich als unhaltbar herausgestellt. Übrig geblieben ist die Behauptung vom **prinzipiellen** Gegensatz zwischen proletarischer Diktatur und gleichen Rechten für jedermann.

Das nun ist eine starke Behauptung. Sie läuft darauf hinaus, daß zwar die bürgerliche Klasse ihre Diktatur ausüben könne bei formell gleichen Rechten für jedermann. Daß aber die Arbeiterklasse **prinzipiell** unfähig sei, ihre Mehrheitsdiktatur über die Minderheit der Ausbeuter unter Bedingungen gleicher Rechte für jedermann auszuüben. Damit wird gleichzeitig behauptet, die Arbeiterklasse sei für ihre politische Herrschaft auf prinzipiell ähnliche Rechtsverhältnisse angewiesen wie die vorbürgerlichen Ausbeuterklassen. Die politische Herrschaft der Sklavenhalterklasse kannte gleiche Rechte nur für die Sklavenhalter, während die Sklaven als arbeitende Klasse vom politischen Gemeinwesen ausgeschlossen blieben und als rechtlose, wenngleich stimmbegabte Tiere gezählt wurden.
Die Klasse der feudalen Grundherren übte die Herrschaft aus über eine politisch nach Ständen gegliederte Gesellschaft, in der gleiche Rechte für jedermann nicht existierten, sondern durch jeweils besondere Rechte für jeden dieser Stände die Verhältnisse der Fronarbeit im Überbau abgesichert wurden. Erst die bürgerliche Gesellschaft, in der die Warenproduktion mit der Verwandlung auch der Arbeitskraft in eine Ware allgemein wurde, erst diese bürgerliche Gesellschaft bringt den Gedanken der gleichen Rechte für jedermann hervor. Dieser Gedanke hat seine Basis im Austausch der Waren auf dem Markt, worin jeder der Austauschenden das Recht des anderen auf Besitz seiner Ware und auf Austausch mit anderen Waren respektiert, wo Vertragsverhältnisse zwischen den Warenbesitzern existieren. Und worin diese gegenseitig anerkannte Freiheit und Gleichheit der Warenbesitzer auf dem Markt seine Ausprägung findet, ist ein kodifiziertes Recht, das für alle gleich gilt und vom Staatsapparat gegenüber dem einzelnen verbürgt wird.

Diese Freiheit der Warenbesitzer und die formelle Gleichheit vor dem Gesetz, die in der bürgerlichen Gesellschaft normalerweise existieren, sind von den Marxisten schon immer als ein Betrug und eine Lüge bezeichnet worden. Denn die große Masse der Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft besitzen keine andere Ware als ihre Arbeitskraft. Und sie haben keineswegs die reale Freiheit, ihre Arbeitskraft zu verkaufen oder nicht zu verkaufen, sondern sie sind faktisch gezwungen, es zu tun, um ihr Leben zu fristen. Und wie von Freiheit in Wahrheit keine Rede sein kann, so wenig von Gleichheit. Denn wer als Arbeiter seine Haut zu Markte tragen muß, ist darauf angewiesen, daß ihn ein Kapitalist aufkauft, um ihn für sich arbeiten zu lassen. Er gerät zwangsläufig in der Fabrik unter das Kommando des Kapitals, wird ausgesaugt von früh bis spät und vermehrt dabei die ökonomische Macht der nicht arbeitenden, der Kapitalistenklasse. Die einen sind die Ausbeuter, die anderen werden ausgebeutet, und zwischen beiden gibt es keine tatsächliche Gleichheit. Dabei haben die Kommunisten nie geleugnet, daß die bürgerliche Gesellschaft **formell** gleiches Recht kennt für die Ausbeuter und die Ausgebeuteten. Es gibt kein besonderes Strafgesetzbuch oder bürgerliches Gesetzbuch für die einen und für die anderen. Die Diktatur der bürgerlichen Klasse verwirklicht sich vielmehr gerade in der Form gleich geltender Rechte für völlig ungleiche Menschen, nämlich für solche, die ausbeuten und für solche, die ausgebeutet werden. Eine direkte Außerkraftsetzung dieses formell gleichen Rechts für eine **objektiv** eingrenzbare Menschengruppe ist ein Ausnahmezustand der bürgerlichen Gesellschaft. In Deutschland ist dieser Ausnahmezustand zum letzten Mal von den Faschisten für die Juden eingeführt worden mit den Nürnberger Rassengesetzen, welche die Juden förmlich aus den Reihen der übrigen Bürger ausschlossen. Und die letzte bedeutende förmliche Rechtsungleichheit zwischen den Klassen in Deutschland, das preußische Dreiklassen-Wahlrecht, ist 1918 von der Revolution beseitigt worden.

Trotz formeller Freiheit und formeller Gleichheit vor dem Gesetz bleiben Freiheit und Gleichheit in der bürgerlichen Gesellschaft ein Betrug, weil sie den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, die Ungleichheit beider und die Ausbeutung nicht beseitigen, sondern dazu beitragen, ihn zu verdecken. Das ist das Grundlegende, was seit Marx von allen Kommunisten immer wieder herausgearbeitet worden ist. Daraus aber den Schluß zu ziehen, die Arbeiterklasse müsse ihre Herrschaft, welche der Beseitigung dieser Produktionsverhältnisse dient, prinzipiell auf der Rechtsungleichheit aufbauen, das ist eine Vorstellung von abenteuerlicher Kenntnislosigkeit. Nicht daß die Arbeiterklasse ihre politische Herrschaft nutzen muß, um die auf dem Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital aufgebauten kapitalistischen Produktionsverhältnisse umzuwälzen. Nicht daß sie die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende Ungleichheit beseitigen wird durch Wegnahme der Produktionsmittel, nicht das wird als das Grundsätzliche an der Herrschaft der Arbeiterklasse begriffen. Sondern als prinzipiell daran wird herausgestellt, daß die Arbeiterklasse die formelle **Rechtsungleichheit** herstellen wird zwischen (ehemaligen) Ausbeutern und Ausgebeuteten. Als prinzipiell an der proletarischen Diktatur wird bezeichnet, daß sie Rechtsverhältnisse schafft, wie sie **als prinzipielle** nur die Sklavenhaltergesellschaft und der Feudalismus kannten. Man kann die Arbeiterklasse und ihre Fähigkeit zur Herrschaft nicht gründlicher beleidigen und in Frage stellen als durch solche Kleinbürgervorstellungen, welche die Diktatur des Proletariats mit einer "Nacht der langen Messer" gleichsetzen.

Wer solche Vorstellungen hegt und von der prinzipiellen Unvereinbarkeit zwischen proletarischer Diktatur und gleichen Rechten für jedermann ausgeht, wie das die Gruppe Rote Fahne (KPD) und der KB (Nord) tun, der hat weder begriffen, was das **Prinzipielle** an der proletarischen Diktatur ist, noch hat er begriffen, was es mit der Demokratie auf sich hat.

Der Zweck der proletarischen Diktatur ist die soziale Befreiung.

Was ist grundsätzlich an der proletarischen Diktatur, was ist ihr Prinzip? – Grundsätzlich an der proletarischen Diktatur ist, daß sie die sozialen Ziele des Proletariats verwirklicht, die Aufhebung des Privateigentums und den Aufbau der klassenlosen Gesellschaft. Oder wie es bei Lenin heißt: "Worin kommt jetzt (März 1920) die Herrschaft der Klasse zum Ausdruck? Die Herrschaft des Proletariats äußert sich darin, daß man das Eigentum der Gutsbesitzer und Kapitalisten konfisziert hat. Das Privateigentum war aber gerade die Seele, der Hauptinhalt aller früheren Verfassungen, auch der republikanischsten, demokratischsten Verfassung . . . Das siegreiche Proletariat hat das Privateigentum abgeschafft und endgültig beseitigt. Darin eben kommt die Herrschaft der Klasse zum Ausdruck. Vor allen Dingen in der Frage des Eigentums." (1)

Die Diktatur des Proletariats ist also vor allem und in erster Linie bestimmt durch die Ziele, die sie verfolgt. Sie verfolgt diese Ziele unter neuen Bedingungen, unter der Bedingung, daß die Arbeiterklasse herrschende Klasse im Staat ist und somit der Ausbeuterklasse ihren Willen aufzwingen kann. Die Diktatur des Proletariats ist deshalb die Fortsetzung des Klassenkampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie in neuen Formen, aber unter Beibehaltung der grundsätzlichen, aus dem Entwicklungsgang der bürgerlichen Gesellschaft mit Notwendigkeit sich ergebenden Zielen.

Warum aber ist zur Verfolgung dieser Ziele die politische Macht oder Diktatur der Arbeiterklasse notwendig? Weil die Klasse der kapitalistischen Ausbeuter nicht freiwillig ihr Eigentum an den Produktionsmitteln aufgibt, sondern je schärfer sie angegriffen wird, einen umso schärferen Widerstand entfaltet. Es wird deshalb die gewaltsame Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter zwangsläufig zur Aufgabe der Arbeiterklasse, welche die politische Macht erobert hat und die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse betreibt. Auch das ist grundsätzlich für die Diktatur des Proletariats.
Läßt sich nun auch etwas Grundsätzliches über die Form sagen, welche die Herrschaft der Arbeiterklasse annehmen muß? Auch das ist möglich. Sie muß "die Organisation der von Kapitalismus unterdrückten Massen (erleichtern)" und sie "zur dauernden und unbedingten Grundlage des ganzen Staatsapparates, des lokalen und zentralen, von unten bis oben" machen. Und sie muß der "Unterdrückung dieses Widerstands (der Ausbeuter) angepaßt" sein. (2) Die Form der proletarischen Staatsmacht muß also der Masseninitiative breitesten Raum lassen. Es muß eine durch und durch ausdehnungsfähige politische Form sein, wie Marx es für die Pariser Kommune als charakteristisch erkannte. All diese prinzipiellen Bestimmungen der proletarischen Diktatur, über die unterdrückende Funktion, die sie erfüllen muß, um den Zweck zu erreichen, über die Form, die notwendig dafür ist, all diese Bestimmungen sind im Programm des KBW in dem Satz gefaßt: "Unerläßliche Vorbedingung dieser sozialen Revolution ist die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur, d. h, die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und ihre Ausübung in einer solchen Form, die es ihm ermöglicht, auf der Basis umfassender und direkter Demokratie für die arbeitenden Massen den Widerstand der Ausbeuter bei der Vollendung der sozialen Revolution zu brechen".

(1) Lenin Werke (LW), Bd. 30, S. 448
(2) Lenin: Entwurf des Programms der KPR (B), LW Bd. 29, S. 91

Die Demokratie ist die Form der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse.

In allen seinen Äußerungen hat der KBW genau dieses Grundsätzliche betont. Und man möchte denken, das sei klar genug. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) indes kann den Gedanken nicht fassen und übersetzt sich "umfassende Demokratie" mit "Demokratie für jedermann", wobei sie dem KBW vorwirft, dergleichen anzustreben. "Demokratie für jedermann", das ist freilich eine völlig unsinnige Vorstellung. Demokratie für jedermann hat es noch nie gegeben und wird es nie geben. Denn was ist Demokratie? "Demokratie ist ein die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennender **Staat**", d. h. eine Organisation zur systematischen **Gewaltanwendung** einer Klasse gegen die andere, eines Teils der Bevölkerung gegen den anderen." (3) Und proletarische Demokratie ist ein Staat, in dem die arbeitende Mehrheit der Bevölkerung unter Führung des Proletariats die Minderheit der Ausbeuter systematisch und gewaltsam unterdrückt. Systematisch unterdrückt **vermittelst** der Demokratie. Die Klasse der Ausbeuter bzw. der ehemaligen Ausbeuter nimmt insofern Teil an der proletarischen Demokratie, insofern diese noch ein Staat ist. D. h. insofern diese dazu dient, diese Ausbeuter zu unterdrücken. Als Staat ist nämlich die politische Demokratie ein **Zwangs**verband von Personen und die herrschende Arbeiterklasse wird es keineswegs ohne Weiteres dulden, daß jemand aus diesem Zwangsverband "auszutreten" versucht, etwa indem er sich – als Arzt z. B., der anderswo mehr verdienen kann – ins Ausland absetzt. Vielmehr wird die proletarische Demokratie gradezu darauf drängen, daß auch die ehemaligen Ausbeuter den Rechtssetzungen und Anordnungen des Staats der Arbeiterklasse unterworfen werden, wie jedermann sonst ebenfalls. Die Klasse der (ehemaligen) Ausbeuter nimmt also insofern an der proletarischen Demokratie teil, als sie von der herrschenden Mehrheit unter Führung der Arbeiterklasse unterdrückt und an der Freiheit, Lohnarbeiter auszubeuten, gehindert wird.

Die gestürzte Ausbeuterklasse nimmt nicht teil an der Demokratie insofern diese Volksherrschaft ist (was ja die wörtliche Übersetzung von Demokratie ist). Sie ist jetzt **unterdrückte** Klasse und nicht **herrschende.** Man hat ihr die Produktionsmittel genommen bzw. ist dabei, es zu tun. Man zerstört mit dem Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln ihr Recht, Lohnarbeit auszubeuten und gestattet es ihr nicht, ohne Arbeit zu essen. All das vernichtet die ökonomischen Existenzbedingungen dieser Klasse. Insofern aber ihre ökonomischen Existenzbedingungen vernichtet und sie als Klasse unterdrückt wird, nimmt sie offenbar nicht teil an der Herrschaft, sondern ist ihr unterworfen. Sie ist als Minderheit der Ausbeuter unterworfen der Herrschaft des Volkes = der Demokratie.

Die Arbeiterklasse übt ihre Macht nicht durch den Entzug politischer Rechte aus.

Diese Unterwerfung unter die Herrschaft des Volkes muß keineswegs notwendig verbunden sein mit der Aberkennung der politischen Rechte. Man kann sich das z. B. am Wahlrecht klarmachen. Zweifellos wird die Klasse der Ausbeuter unmittelbar während der revolutionären Machteroberung nicht zu den Räten als den proletarischen Machtorganen wählen. Vor und während der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat einfach deswegen nicht, weil die Bourgeoisie die Räte als Vertretungskörperschaften nicht anerkennt und stattdessen z. B. behauptet, das Parlament sei die einzig legitime Vertretungskörperschaft. Solange die Räte Kampforgane sind gegen den bürgerlichen Staat wird sich kaum ein Bourgeois dahin verirren, um sein Wahlrecht wahrzunehmen. Höchstens versucht er mit einer Kompanie Infanterie zu kommen, um den Rat festzusetzen. Und wenn die Räte Staatsorgane geworden sind, dann ist es auch denkbar, daß den Kapitalisten für die erste Zeit das Wahlrecht ausdrücklich genommen wird – zumal dann, wenn in anderen Teilen des Landes noch der Bürgerkrieg tobt. Daß sie also behandelt werden wie Kriegsgefangene. Aber lange kann man in einem Land wie Westdeutschland einen solchen Zustand nach Ende des offenen Bürgerkriegs nicht aufrechterhalten. Bei so reifen Verhältnissen wie in Westdeutschland, wo ja die meisten Kapitaleigentümer ohnehin nicht mehr als Kapitalisten fungieren, wird die Enteignung und Vergesellschaftung aller irgendwie wichtigen Produktionsmittel nach Eroberung der politischen Macht sehr schnell vor sich gehen können. Es verschwindet dabei zugleich jeder objektive Maßstab für den Personenkreis, dem die Rechte aberkannt werden sollen. Die Sowjetrepublik hatte nach der Oktoberrevolution in ihrer ersten Verfassung das Wahlrecht allen denjenigen aberkannt, die fremde Arbeitskraft ausbeuten. Sie hatte der Enteignung der Kapitalisten und Grundbesitzer die Entrechtung der Ausbeuter "hinzugefügt", wie Lenin sagte. (4)
Die zweite, sogenannte Stalin'sche Verfassung von 1936 enthielt diese Bestimmung nicht mehr. Sie war durch die bereits vollzogene soziale Umwälzung gegenstandslos geworden. Es gab keine privat wirtschaftenden Kapitalisten mehr. Man hätte fortan eine Entrechtung nur noch von der Herkunft ableiten können, was die Einführung proletarischer Stammbücher notwendig gemacht hätte und vielleicht so hätte aussehen können, daß alle ehemaligen Kapitalisten, alle Kinder von Kapitalisten und ihre Kindeskinder bis ins 2.Glied von den politischen Rechten ausgeschlossen bleiben sollten. Just darauf läuft nämlich der Unsinn von der prinzipiellen Unvereinbarkeit zwischen gleichen Rechten für jedermann und proletarischer Diktatur hinaus, den der KB Nord und die Gruppe Rote Fahne ausgekocht haben. Es entbehrt nicht der Komik, daß es nach solchen Vorstellungen für Kapitalistenabkömmlinge erheblich leichter ist, Mitglied des Zentralen Komitees der Gruppe Rote Fahne zu werden, denn gleichberechtigte Bürger des proletarischen Staates. Kein Staat, in dem die Arbeiterklasse die Macht hat, ist denn auch auf die Idee gekommen, der Arbeiterklasse ihre Macht durch Privilegien zu sichern. In der Verfassung der Volksrepublik China von 1954 heißt es z. B. im Artikel 85: "Alle Bürger der Volksrepublik China sind vor dem Gesetz gleich." Sie befindet sich damit in voller Übereinstimmung mit dem Kommunistischen Manifest, in dem Marx und Engels festgehalten haben: "Die Proletarier haben nichts von dem Ihrigen zu sichern. Sie haben alle Privatsicherheiten und Privatversicherungen zu zerstören." (5) Und das bedeutet natürlich auch, daß die Arbeiter nicht für sich Sonderrechte schaffen, sondern das Recht auf Privateigentum an den Produktionsmitteln allgemein abschaffen werden.
Die Erfahrungen über die Entwicklung in der Sowjetunion belehren zudem darüber, daß die proletarische Diktatur

(3) Lenin Werke Bd. 25, S. 469
(4) Lenin Werke Bd. 30, S. 446
(5) Marx/Engels-Werke 4, S. 472

nach siegreicher Beendigung des Bürgerkriegs nicht in erster Linie bedroht ist durch offenes Auftreten der alten Bourgeoisie, sondern daß der Revisionismus als Strömung in der Arbeiterbewegung selber zur Haupthoffnung der Bourgeoisie wird bei den unvermeidlichen Versuchen zur Restauration des Kapitalismus. Der Revisionismus aber stützt sich hauptsächlich auf "bürgerliche und verbürgerlichte Elemente im Apparat der proletarischen Macht und Verwaltungsorgane" (Programm des KBW, S.20). Die aber sind offenbar nicht zu bekämpfen durch prinzipiellen Entzug politischer Rechte, sondern nur durch schonungslosen ideologischen und politischen Kampf der Kommunisten gegen diese Elemente und gegen jede Form bürgerlicher Privilegierung und bürokratischer Entartung, vor allem aber (durch) die Einbeziehung der proletarischen Massen und des Volkes in diesen Kampf" (Programm des KBW, S.20f.). Wollte man hier die proletarische Diktatur durch Entziehung allgemeiner Rechte gegenüber bestimmten Menschengruppen sichern, so landete man – weil ja Kommunistische Parteien revisionistisch entarten können – bei dem Unsinn, gerade auch die Mitglieder der Partei und die Funktionäre des Staates politisch entrechten zu müssen in der proletarischen Diktatur.

Wie man sich auch dreht und wendet: Aus der vermeintlich so radikalen und für die Vorherrschaft des Proletariats eintretenden These vom KB Nord und der Gruppe Rote Fahne (KPD) über die Rechtsungleichkeit unter der proletarischen Diktatur spricht nichts als eiferndes Kleinbürgertum.

Völlige Verwirrung über Demokratie und Sozialismus bei der Gruppe Rote Fahne (KPD).

In klassischer Formulierung tritt die kleinbürgerliche Position in der Frage der politischen Demokratie bei der Gruppe Rote Fahne (KPD) hervor, wo sie ihre Losung "Gegen Monopoldiktatur – Für Volksdemokratie" verteidigt.
In der Polemik des KBW war kritisiert worden, daß diese Parole auf der bürgerlichen Gegenüberstellung von Diktatur und Demokratie aufbaue. Wo doch die kommunistische Position die ist, keinen Gegensatz zwischen Diktatur und Demokratie zuzulassen, vielmehr die Demokratie als eine besondere Form der Klassendiktatur aufzufassen. (6) Darauf antwortet die Gruppe Rote Fahne in ihrer Broschüre: "Ist es opportunistisch, in einer Losung zusammenzufassen, was die Diktatur des Proletariats für die Volksmassen bringt? Eine solche Position kann nur ein fischblütiger Doktrinär einnehmen, für den die revolutionäre Theorie Theorie ist und unverbunden mit den Kämpfen der Massen bleibt." (7)

Besser geht's nicht mehr! Was "bringt" nach Auffassung der Gruppe Rote Fahne die Diktatur des Proletariats den Volksmassen? Was ist ihr Zweck und Ziel? Die "Volksdemokratie" bringt sie den Volksmassen. Die Demokratie wird zum Zweck der proletarischen Diktatur erklärt. Das ist exakt jene Kleinbürgerposition, die Engels 1884 der proletarischen Position entgegengestellt hat: "Auch das Proletariat braucht zur Besitzergreifung der politischen Gewalt demokratische Formen, sie sind ihm aber, wie alle politischen Formen nur Mittel. Will man aber heute die Demokratie **als Zweck**, so muß man sich auf Bauern und Kleinbürger stützen, das heißt auf Klassen, die am Untergehen und gegenüber dem Proletariat, sobald sie sich künstlich erhalten wollen, reaktionär sind." (8) Die Arbeiterklasse wird hingegen nach wie vor davon ausgehen, daß ihr die proletarische Diktatur den **Sozialismus** "bringen" wird. Der ist nun freilich in der zentralen Parole der Gruppe Rote Fahne nicht enthalten. Auch jetzt nicht, nachdem sie vom 1.Parteitag "präzisiert" worden ist durch den Zusatz "die Arbeiterklasse an die Macht". Es ist schwer zu fassen, aber nicht zu leugnen: Die Gruppe Rote Fahne, die in ihrer Polemik gegen den KBW Tiraden über die "Dialektik von politischer und sozialer Befreiung, von Sozialismus und Demokratie" (9) von sich gibt, hat in ihrer zentralen politischen Losung "Gegen Monopoldiktatur – Für Volksdemokratie! Die Arbeiterklasse an die Macht!" das Ziel der Arbeiterklasse, den Sozialismus, schlicht vergessen. Und sie begründet das damit, daß es die "Volksdemokratie" sei, welche die proletarische Diktatur "für die Volksmassen bringt".
Woher sie noch den Mut nimmt, mit dem Vorwurf des "kleinbürgerlichen Demokratismus" herumzufuchteln, muß man sich wirklich fragen. Wenn sie dem Gedanken von der "Dialektik von Sozialismus und Demokratie" tatsächlich einmal nähertreten sollte, können wir ihr als zentrale Losung empfehlen: "Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!" (10)

Aber nicht nur, daß die Gruppe Rote Fahne die Demokratie zum Zweck der proletarischen Diktatur macht. Sie ist auch offenbar der Auffassung, daß die Demokratie den Volksmassen "gebracht" werden muß, sozusagen als ein Geschenk der Partei. Daß die Demokratie die Aktions**form** der Massen selbst ist, die ihren Gegner niederwerfen, und es Aufgabe der Kommunisten ist, diese Form der Massenaktion gegen den bürgerlichen Staat entwickeln zu helfen, das ist nach wie vor nicht begriffen worden.

In der Kritik ihrer Hauptparole hat sich die Gruppe Rote Fahne bisher unter Berufung auf ihre Verbundenheit "mit den Kämpfen der Massen" der Kritik entzogen und sie als Einwände von "fischblütigen Doktrinären" zurückgewiesen. Das läuft darauf hinaus, die Einwände gegen eine offen kleinbürgerliche Position damit zurückzuweisen, daß die kleinbürgerlichen Auffassungen angeblich bei den Massen so gut ankommen. – Man kann festhalten, daß die Gruppe Rote Fahne bei der Bestimmung des Zwecks der proletarischen Diktatur die kleinbürgerliche Position bezieht, daß das die Demokratie sei. Daß sie weiter von der besonders dem Intellektuellen naheliegenden Position ausgeht, man müsse die Demokratie den Massen als einen fertigen Zustand "bringen", welches die Vorstellung ist von den bedeutenden Staatsgründern, die man im Geschichtsunterricht lernen kann, beileibe aber nicht die marxistisch-leninistische Auffassung, daß es die Massen sind, welche die Geschichte machen. Und da nimmt es denn auch nicht wunder, daß die prospektiven Staatengründer von der Gruppe Rote Fahne auch gleich noch nach dem Grundsatz aller bürgerlicher Staatsklugheit verfahren, daß man es in der Propaganda mit dem halten

(6) vgl. Programmentwurf, Entwurf des Aktionsprogramms und politische Linie der Gruppe Rote Fahne (KPD), Eine Polemik, S. 39f
(7) "Die Schüler Kautskys", S. 13
(8) MEW 36, S. 128
(9) Die Schüler Kautskys S. 15
(10) Bezeichnenderweise ist als Hauptlosung des KBW in der 'Roten Fahne' vom 31.10.1974 nur der 1. Teil zitiert und daran eine Polemik angeschlossen worden gegen den "Opportunismus" des KBW. Der Sozialismus wurde einfach 'rausgelassen. (Red.)

müsse, was bei den Massen "ankommt" und nicht mit wissenschaftlichen Doktrinen, die den Staatengründern "fischblütig" vorkommen.

Die Kommunisten treten für den demokratischen Zusammenschluß der Massen ein.

Bei der Demokratie handelt es sich – wie bei allen **politischen** Fragen – um Willensverhältnisse. Diese haben ihre Grundlage in objektiven ökonomischen Verhältnissen, besitzen aber gegenüber der ökonomischen Basis eine gewisse Selbständigkeit. Das gilt auch dafür, daß das subjektive Bewußtsein und der diesem Bewußtsein entsprechende politische Wille einer Klasse den objektiven Verhältnissen, in denen sie sich befindet, nicht immer angemessen ist. Dies gilt besonders für die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen, deren Willen und Bewußtsein – ihren objektiven Interessen widersprechend – lange Zeit von den Ideen der herrschenden Klassen bestimmt sein kann. Die Kommunisten, die sich dadurch von den Arbeitermassen unterscheiden sollen, daß sie **"theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus"** haben (11), die Kommunisten stehen dabei in einer doppelten Gefahr: Entweder können sie als Hüter der objektiven Interessen des Proletariats auftreten und die subjektiven Willensverhältnisse übergehen, dann werden sie Sektierer. Oder sie können sich vor dem vorhandenen Willen und Bewußtsein der Arbeiter auf den Bauch werfen, dann sind sie Opportunisten.

Kommunistische Politiker sind sie nur dann, wenn sie keinen Augenblick ihre Auffassungen über die Aufgaben und Ziele der Arbeiterklasse verleugnen, zugleich aber die Demokratie entwickeln, um unter den Arbeitern den Willen zur Revolution herauszubilden, so daß sie sich zusammenschließen und mit Willen und Bewußtsein ihr Ziel verfolgen können. Ohne Entwicklung und Anerkennung des demokratischen Zusammenschlusses der Arbeiter und des ganzen arbeitenden Volkes ist die Revolution unmöglich. Demokratie zu fördern, das heißt nichts anderes, als daß die Arbeiterklasse und das Volk herrschen sollen, damit die sozialen Zwecke des Proletariats durchgesetzt werden können. Den demokratischen Zusammenschluß der Arbeiterklasse und, unter Führung der Arbeiterklasse, des ganzen Volkes zu entwickeln, das bedeutet, in jeder einzelnen Frage die Mehrheit derjenigen, die sich politisch schon in Bewegung setzen wollen, für den richtigen Vorschlag zu gewinnen. Ohne den Zusammenschluß der arbeitenden Massen mit dem Mittel der Demokratie zu entwickeln, kann der Wille der bürgerlichen Klasse, der im Staatsapparat materielle Gestalt angenommen hat, nicht gebrochen werden. Wenn sie diesen von den Massen selbst auf der Grundlage richtiger Vorschläge vollzogenen Zusammenschluß im Kampf nicht entwickeln, dann können die Kommunisten unmöglich "praktisch der entschiedenste, immer weiter strebende Teil der Arbeiterparteien aller Länder" (12) sein.

Und da die Massen sich nicht zu Vereinszwecken zusammenschließen, sondern um den Feind zu bekämpfen, kann dieser Massenzusammenschluß ebenfalls nur im Kampf erfolgen. In der entwickelsten Form in den Räten, die gegen den bürgerlichen Staatsapparat aufgebaut werden.

Im höhnischen Unverständnis, das die Gruppe Rote Fahne gegenüber den Fragen der Demokratie an den Tag legt, drückt sich aus, daß sie es nicht versteht, den Widerspruch zwischen der **Bildung** des Willens breitester Arbeitermassen und seiner **Respektierung** zu verstehen und zu lösen. Einer der sichersten Hinweise dafür ist das Geschrei, das häufig von Genossen der Gruppe Rote Fahne erhoben wird, wenn ein KBW-Sprecher einer Versammlung einen Vorschlag unterbreitet, für ihn eintritt, aber ihn auch als **"Vorschlag"** bezeichnet und keineswegs als einen Beschluß der Versammelten. Mehrfach ist das schon vorgekommen, daß unsere Genossen dafür zu hören bekamen, sie hätten offenbar die Aufgaben einer kommunistischen Partei überhaupt nicht verstanden. Die bestünde darin, zu führen und nicht etwas vorzuschlagen. Das ist ganz offenbar Wahnsinn, aber ein bezeichnender Wahnsinn. Es wird nicht begriffen, daß die Unterbreitung richtiger Vorschläge zum Handeln eine demokratische Methode der Führung ist.

Das Proletariat braucht ein demokratisches Volksbildungswesen

Noch offenbarer als bei der Gruppe Rote Fahne ist dieses Unverständnis für alle Fragen der Demokratie beim KB (Nord). Ihm mißfällt vor allem die Forderung nach "Wahl der Lehrer unmittelbar durch die Bevölkerung" im Programm des KBW. Im "Arbeiterkampf" Nr. 46 kann sich ein Genosse gar nicht genug über diese Forderung lustig machen.

"Unseres Wissens gibt es so etwas in der vom KBW geforderten Weise in keinem sozialistischen Land, nicht einmal in der Volksrepublik China." Dieses "nicht einmal in der Volksrepublik China" ist eine Perle, die dem Autor wohl unbeabsichtigt unterlaufen ist, bedeutet die Formulierung doch im Sinnzusammenhang des Textes, daß so verrückt "nicht einmal" die Chinesen sind. Nun, der Autor hat sich geirrt. Die chinesischen Kommunisten sind zwar keineswegs verrückt geworden. Sie halten es nur in Fragen des Erziehungswesens mit der Demokratie, wie es schon Karl Marx von der Pariser Kommune berichtete, daß "sämtliche Unterrichtsanstalten dem Volk unentgeltlich geöffnet und gleichzeitig von allen Einmischungen des Staates und der Kirche gereinigt (würden)" (13). In seinem nach Dokumenten gearbeiteten Bericht über die Kulturrevolution berichtet Peter Kuntze:

"Heute verwalten die Arbeiter und Bauern nicht nur die Grund-, Mittel- und Hochschulen, sondern sie stellen auch in den "Dreierverbindungen" zusammen mit den Schülern, Studenten und Lehrern, den Unterrichtsstoff zusammen und lehren sogar selbst, besonders an ingenieur- und agrartechnischen Hochschulen. Auf dem Lande werden die Grundschulen von den Brigaden, die Mittelschulen von den Kommunen verwaltet, während in den Städten die Straßenkomitees für die Grund- und die Fabriken für die Mittelschulen verantwortlich sind. Der Staat hat somit auf dem Erziehungssektor seine Hoheitsgewalt vollkommen nach unten delegiert und hilft nur noch in prekären Notfällen mit finanziellen Mitteln aus. Die Lehrer sind keine Beamten, sondern Brigade- oder Kommunemitglieder; sie arbeiten nebenbei auf dem Feld oder in der Fabrik und erhalten anstelle ihres Gehalts Arbeitspunkte von ihren neuen Dienstherren, den Arbeitern und Bauern, gutgeschrieben." (14)

(11) Kommunistisches Manifest, MEW 4, S. 474
(12) Kommunistisches Manifest, MEW 4, S. 474
(13) Der Bürgerkrieg in Frankreich (chinesische Ausgabe) S. 73
(14) Peter Kuntze, Der Osten ist rot, S. 61

Dem "Arbeiterkampf"-Autor wird das mit Sicherheit chinesisch vorkommen. Er sorgt sich um das Wohl der Kinder: "Vor allem in der ersten Zeit (nach der Eroberung der politischen Macht) . . . wird der sozialistische Staat . . . in vielen Fällen zugunsten der Kinder und gegen reaktionäre Lehrer eingreifen, auch dann, wenn diese Lehrer von einer Mehrheit der Eltern noch unterstützt werden. Ein Abwarten, bis man in jedem Winkel des Landes die Eltern davon überzeugt hat, die betreffenden Lehrer 'abzuwählen', würde natürlich auf Kosten der Kinder gehen." Darum sei die Forderung nach Wahl der Lehrer *"im Kapitalismus nicht zu verwirklichen, im Sozialismus aber reaktionär"*. Die Kinderfreunde vom KB (Nord) sind überhaupt nicht auf die Idee gekommen, daß es vielleicht "auf Kosten" der Entfaltung und Verbreiterung des Klassenkampfes gehen könnte, wenn in abgelegeneren und möglicherweise rückständigeren Landgebieten die Revolution mit dem Panzer Einzug hält und den Arbeitern und Bauern dort den Fortschritt in Gestalt eines Lehrers vor die Nase setzt, der die Kinder gegen den Willen der Bevölkerung erziehen soll. Daß eine kommunistische Partei auch noch die Bewohner der abgelegensten Dörfer dahin führen muß, daß sie die Revolution **machen** das ist es, was den Kinderfreunden vom KB (Nord) chinesisch vorkommt. Sie sind an die demokratische Forderung nach Wahl der Lehrer nicht herangegangen unter der Frage, ob sie geeignet ist, den arbeitenden Massen den Weg zur Einmischung in alle öffentlichen Angelegenheiten und zur Revolution zu zeigen. Sie sind herangegangen vom Standpunkt "linker" Oberschulräte, die nicht übel Lust haben, mit ihren vermeintlichen Fortschrittsstiefeln die arbeitenden Massen zu treten und sich dabei auf ihre guten Absichten hinsichtlich der Kinder zu berufen. Und da sie schon mal vom Oberschulrats-Standpunkt die Sache bedenken, haben sie sich die unmittelbare Wahl der Lehrer durch die Bevölkerung auch gleich als das Problem rückständiger Eltern übersetzt. Während die Wahl durch die Bevölkerung die Schulfragen als öffentliche Fragen behandelt, haben diese Oberschulratsseelen daraus das Lehrer-Kinder-Eltern-Verhältnis sich herausgelesen. Das ist die Ersetzung des Klassenkampfes durch linke Pädagogik. Und wenn man das im gesellschaftlichen Maßstab machen will, dann braucht man mit Sicherheit Panzer, welche die Massen stillhalten, während sie von beamteten Forschrittsjüngern pädagogisiert werden.

Für völlig unerlaubt und einen historischen Rückschritt halten es die Oberschulräte vom KB (Nord) auch, daß örtliche Selbstverwaltungsorgane wie die Räte die Lehrpläne festsetzen und alle administrativen Eingriffe der Zentralgewalt unterbunden werden sollen. Das "ist nicht nur unvereinbar mit der Diktatur des Proletariats, sondern stellt in gewisser Weise sogar einen Schritt hinter dem vom Kapitalismus im Verlauf einiger Jahrhunderte erreichten Stand des Schulwesens dar. Es ist völlig eindeutig, daß das Proletariat ein **zentralisiertes** Schulwesen braucht, und nicht ein dezentralisiertes, wo die 'Bevölkerung' bzw. die örtlichen 'Selbstverwaltungsorgane' darüber entscheiden, was zum Gegenstand des Unterrichts gemacht wird. Die Forderung des KBW ist in diesem Sinn ein Sprung um einige Jahrhunderte zurück, negiert den mit der Entwicklung des Kapitalismus erreichten Stand der Vereinheitlichung des Schulwesens. In letzter Konsequenz könnte man es dann der persönlichen Entscheidung der 'Bevölkerung' überlassen, ob sie ihre Kinder überhaupt zur Schule schicken will."

Der Autor wird es nicht glauben, aber "in letzter Konsequenz", mit dem Absterben des Staates bei Überwindung der Klassen, wird man es tatsächlich der Bevölkerung überlassen, ob und wie sie ihre Kinder zur Schule schickt. Staatlicher Zwang wird dann nicht mehr nötig sein. Von dieser "letzten Konsequenz" ist freilich im KBW-Programm nicht die Rede, sondern von **"obligatorischer** . . . Bildung . . . bis zum 18.Lebensjahr".

Im Gegensatz zu den Kinderfreunden vom KB (Nord) waren Revolutionäre hinsichtlich administrativer Staatseingriffe ins Schulwesen immer schon anderer Meinung. Die Krupskaja, Lenins Frau, hat das Schulprogramm der russischen Revolution in dieser Frage folgendermaßen begründet: "Die Schule ist hauptsächlich deswegen ein Werkzeug der Klassenherrschaft, weil die zentrale Staatsmacht die Möglichkeit hat, einerseits bestimmte Lehrpläne aufzustellen und aufzuzwingen sowie ihre Durchführung zu überwachen und andererseits in bestimmter Weise gefügige Lehrkräfte auszuwählen. Letzteres ist besonders schädlich. Durch die Wählbarkeit der Lehrer soll gerade diese Seite der Sache unwirksam gemacht werden. Notwendig sind direkte Wahlen durch die Bevölkerung, denn dadurch wird sie zur Teilnahme an der Organisierung des Schullebens herangezogen und veranlaßt, das Leben der Schule mit Interesse zu verfolgen, ganz zu schweigen davon, daß auf diese Weise die Wahl geeigneter und von der Bevölkerung gewünschter Lehrer gewährleistet wird." (15)

In seiner Oberschulratsmentalität ist der "Arbeiterkampf"–Autor darauf verfallen, daß ein einheitliches Schulwesen nur durch den Staatsapparat aufgebaut werden kann. Marx hat gegen dieses bürgerliche Vorurteil, wonach nur der Staatsapparat und die Verwaltung die Einheit garantiere, am Beispiel der Pariser Kommune herausgearbeitet: "Die Einheit der Nation soll nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung; sie sollte eine Wirklichkeit werden durch Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war." (16) Und schon Karl Marx hatte es mit ähnlichen Einwänden zu tun, wie sie heute der "Arbeiterkampf" erhebt: "Es konnte nur einem Bismarck einfallen, der, wenn nicht von seinen Blut- und Eisenintrigen in Anspruch genommen, gern zu seinem alten, seinem geistigen Kaliber so sehr zusagenden Handwerk als Mitarbeiter am 'Kladderadatsch' zurückkehrt – nur einem solchen Kopf konnte es einfallen, der Pariser Kommune eine Sehnsucht zu unterschieben nach jener Karikatur der alten französischen Städteverfassung von 1791, der preußischen Städteordnung, die die städtischen Verwaltungen zu bloßen untergeordneten Rädern in der preußischen Staatsmaschinerie erniedrigt." (17) Zweifellos steht der "Arbeiterkampf"-Autor dem preußisch-deutschen Kanzler Bismarck näher als dem Revolutionär Marx.

Man muß festhalten, daß es von geradezu verbrecherischer Ignoranz gegenüber den Grundsätzen und Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung im Kampf um das öffentliche Schulwesen zeugt, was hier im "Arbeiterkampf" ausgebreitet wurde. Ein derart penetranter Beamtenge-

(15) Krupskaja, Sozialistische Pädagigik II, Berlin 1966, S. 17
(16) Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, S. 74
(17) ebenda S. 76f

ruch, wie er aus diesem Artikel emporsteigt, kann sich nur entwickeln in der ungesunden Atmosphäre einer Organisation, deren innerer Aufbau mehr dem Kluklux-Clan entspricht als einer demokratisch verfaßten Partei der Arbeiter. Wo Mitglieder nicht einmal die Leitung der Organisation wählen können und wo die Leitung als bestimmter Personenkreis mit offenbarer Verantwortlichkeit den Mitgliedern nicht einmal bekannt ist, da muß zwangsläufig völliges Unverständnis gegenüber dem revolutionären Demokratismus entstehen.

Die Ablehnung des revolutionärem Demokratismus entspringt der bürgerlichen Ideologie

Das verbreitete Unverständnis für die Fragen der politischen Demokratie in der jungen kommunistischen Bewegung in Westdeutschland zwingt dazu, über die Ursachen eines so weit verbreiteten Geistes der Bevormundung und der bürokratischen Gängelung der Massen sich Klarheit zu verschaffen. Nicht zufällig wird dem KB (Nord) die Demokratie gerade an der Erziehungsfrage chinesisch. Und nicht zufällig spielt er sich als Anwalt der Unmündigen auf gegen Reaktionäre, mögen es auch Arbeiter und Bauern sein.

Es ist sicher einerseits der Schleier, den der Revisionismus besonders in der Frage des revolutionären Demokratismus über die kommunistische Tradition gebreitet hat. Denn allen Versuchen der Bourgeoisie, die Diktatur des Proletariats zu beseitigen und die politische Macht zurückzuerobern, steht der revolutionäre Demokratismus entschieden im Wege. Erst die Große Proletarische Kulturrevolution in China hat in einem welthistorischen Sinne über die Bedeutung der revolutionären Demokratie und der Masseninitiative wieder Klarheit geschaffen und den revisionistischen Schleier zerrissen. Es ist dabei überhaupt kein Zufall, daß im Zentrum der Schulungsbewegungen in der Volksrepublik China, die im Anschluß an die Kulturrevolution stattfanden, immer wieder die Marx'sche Schrift über den Bürgerkrieg in Frankreich gestanden hat. In Millionenmassen haben daran die chinesischen Arbeiter und Bauern die revolutionären Lehren aus der Pariser Kommune studiert. Und in der ganzen Welt sind über die Kulturrevolution in der Volksrepublik China Millionen von Menschen für den Kommunismus gewonnen worden.

Die revolutionäre Bewegung in Westdeutschland, die ab Mitte der sechziger Jahre hervortrat, wurde indes nicht in erster Linie von der Kulturrevolution geprägt. Entzündet hatte sie sich an den Universitäten, getragen wurde sie zu einem beträchtlichen Teil von der Intelligenz und Einfluß hat sie vor allem unter jüngeren Arbeitern und unter Schülern gewonnen. Das hat eine Tendenz zur Absonderung von den breiten arbeitenden Massen befördert, die bis heute nicht vollständig überwunden ist. In den Versuchen zur Schaffung eines "linken Milieus" aus Läden, Kneipen, einer eigenen Sprache mit solchen Begriffen wie "Demo", "Fascho", "Kapi" usw., merkwürdigen Gepflogenheiten und Gebräuchen, in all diesen Versuchen hat diese Tendenz einen besonders übelriechenden Ausdruck gefunden.

Leib- und Magenautor für viele Ideologen dieser Bewegung war für einige Zeit Herbert Marcuse. Für viele von ihnen war sein Aufsatz über die "Repressive Toleranz" zu einer Art Programmschrift, woran sie ihr politisches Denken geschult haben.
Dieser Aufsatz ging – wie alle Arbeiten Marcuses – davon aus, daß die Arbeiterklasse vom Kapitalismus integriert sei und als einheitliche revolutionäre Kraft, als Träger der Umwälzung nicht mehr in Frage käme. Folgerichtig landete Marcuse nicht bei der Demokratie als politischer Form der Umwälzung, in der breite Massen ihre Ausbeuter und Unterdrücker niederhalten, sondern bei der "demokratischen erzieherischen Diktatur freier Menschen".
"Jedermann 'in der Reife seiner Anlagen', jeder, der gelernt hat, rational und autonom zu denken", ist zum Diktator, ist zur "Unterdrückung des Regressiven" berufen. Und das ist "wo die Gesellschaft in die Phase totaler Verwaltung und Indoktrination eingetreten ist, ... allerdings eine kleine Zahl und nicht notwendig die gewählten Volksvertreter". (18)
H.Marcuse landet bei der Erziehungsdiktatur von links über die Massen. Der vergleichsweise isolierten revolutionären Bewegung rief er zu: "Den kleinen und ohnmächtigen Gruppen, die gegen das falsche Bewußtsein kämpfen, muß geholfen werden: ihr Fortbestehen ist wichtiger als die Erhaltung mißbrauchter Rechte und Freiheiten, die jenen verfassungsmäßige Gewalt zukommen lassen, die diese Minderheiten unterdrücken." (19) Wer den "kleinen und ohnmächtigen Gruppen" helfen sollte, blieb im Dunkeln. Klar war nur, daß es kein Appell war an die Massen, sich selber zu helfen. Es war eine durch und durch undemokratische und massenfeindliche Programmschrift, die Marcuse dieser Bewegung geschrieben hatte, und es stellt den Ideologen in dieser Bewegung kein gutes Zeugnis aus, die diese Schrift so begierig ergriffen haben und die sich in einer Art von Auserwähltheit bestätigt fanden, durch den Herrn Professor als Weltgeist sozusagen.
Hereingefallen war man auf längst verwelkte Blüten aus dem Gedankenkreis des deutschen Idealismus. Dieser deutsche Idealismus war die Ideologie der deutschen bürgerlichen Klassen zu der Zeit, als sie den Feudalismus stürzen mußte. Das ist ihr bekanntlich aus eigenen Kräften nie gelungen. Zur Führerin der Volksmassen in der Revolution hat sich die deutsche Bourgeoisie nie erheben können. Das hat ihr ein tiefes Mißtrauen gegen die Demokratie eingepflanzt. Ihre Ideologen haben immer wieder büro- und beamtenmäßige Vorstellungen vom Wirken kleiner Eliten entwickelt und mit verschiedensten unerfüllten Sehnsüchten umschnörkelt. Das war der Dunstkreis, aus dem auch Herbert Marcuse kommt. Und es ist nicht verwunderlich, daß er in der rebellierenden bürgerlichen und kleinbürgerlichen Jugend an verschiedenen Hochschulen in Westdeutschland ein Echo fand. Es ist daran nur deutlich, daß in einem Land wie Deutschland die Revolutionäre besondere Veranlassung haben, daß sie dem tiefen Mißtrauen der deutschen Bourgeoisie und ihrer Ideologen gegen die Demokratie und gegen die Initiative der Massen keinen Raum geben.

Bis heute ist diese Aufgabe in der jungen kommunistischen Bewegung in Westdeutschland noch nicht gut erkannt. Im verbreiteten Unverständnis darüber, was die Forderung nach umfassender Demokratie mit der Revolution zu tun haben soll, wird das deutlich. Es bedarf deshalb der beständigen bewußten Anstrengung, um diese überkommenen bürgerlichen Charakterzüge zu überwinden. Die Durchsetzung der demokratischen Forderungen in der kommunistischen Bewegung hängt deshalb unmittelbar damit zusammen, daß diese ihre bürgerlichen und

(18) Wolff, Moore, Marcuse, Kritik der reinen Toleranz, S. 117
(19) ebenda S. 121

kleinbürgerlichen Eierschalen zu überwinden versteht und sich an die Massen wendet, um deren revolutionäre Tätigkeit zu entwickeln und zu führen.
Revolutionäre Massen können sich nicht anders als demokratisch zusammenschließen gegen ihren Gegner und seine staatlichen Einrichtungen. Je besser es uns gelingt, diesen Zusammenschluß voranzubringen, umso leichter wird es werden, auch das Sektierertum und den bürokratischen Doktrinarismus von heimlichen Oberschulräten und patentierten Partei- und Staatengründern zu überwinden.

Willfried Maier

Die Zwischenüberschriften sind von der Redaktion eingefügt worden.

wöchentlich, jeweils Donnerstag erscheint die



kommunistische volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Zu beziehen über:
Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf,
68 Mannheim, Sandhoferstrasse 29

Jahresabonnement incl. Porto DM 36.–

Abonnementeinzelbestellungen durch Einzahlung auf Konto
Kühl KG, Volksbank Mannheim Kto-Nr. 57 34 18 oder
PSchA Karlsruhe Kto-Nr. 171 453-759

Über einige Probleme der Diktatur des Proletariats und der proletarischen Demokratie

Vorbemerkung:

Dieser Aufsatz soll einen Beitrag zur ideologischen Diskussion der Grundlagen unserer Politik in den Grundeinheiten unserer Organisation leisten. Dabei greift er im besonderen die Angriffe der Gruppe Rote Fahne (KPD) auf den KBW auf, die auf der Konstruktion von Scheinwidersprüchen in der Frage des Verhältnisses von

- vollständiger Unterdrückung der Bourgeoisie nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und
- gleichen, umfassenden Rechten für jedermann in allen Staatsangelegenheiten

beruhen.

Die politischen Aussagen der Gruppe Rote Fahne (im folgenden: GRF) dazu sind in der Broschüre "Die Schüler Kautskys – Politik und Programm des KBW" enthalten.

Zur Bearbeitung dieser Frage wurden die grundlegenden Ausführungen Lenins aus den Jahren 1918 und 1919 herangezogen, sowie, um die praktische Regelung dieser Fragen durch einen sozialistischen Staat der unmittelbaren Gegenwart darzustellen, die Sozialistische Verfassung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik durchgearbeitet.

Die Sozialistische Verfassung der KVDR wurde am 27.12.1972 auf der 1.Sitzung des 5.Obersten Volkskongresses der KVDR beschlossen.

Da dem Verfasser nur eine englisch-sprachige Ausgabe dieser Verfassung (herausgegeben vom Verlag für fremdsprachige Literatur, Pjöng-jang 1972) vorliegt, sind die Zitate aus dem Verfassungstext englisch und deutsch (übersetzt vom Verfasser) aufgeführt, um eventuellen Vorwürfen einer unrichtigen Übersetzung vorzubeugen.

He.

Genosse Schmierer schreibt in seinem Aufsatz 'Das Programm der Kommunisten muß die Praxis leiten':

"Die demokratischen Forderungen (des Programms des KBW, der Verfasser) fordern gleiche, umfassende Rechte für jedermann in allen Staatsangelegenheiten (öffentlichen Angelegenheiten). Unter der Herrschaft der Bourgeoisie mit ihrem vom Volk abgetrennten Unterdrückungsapparat im Dienste der ausgebeuteten Minderheit richten sich die demokratischen Forderungen notwendig gegen den bürgerlichen Staat. Für die Herrschaft der Arbeiterklasse legen sie die Formen fest, in denen die breiten Volksmassen die Staatsangelegenheiten regeln und ihre Interessen unter der Führung der Arbeiterklasse gegen die fortexistierenden (ehemaligen) Ausbeuter politisch durchsetzen.

. . .

In bezug auf die Staatsangelegenheiten werden die Kommunisten niemals besondere Rechte für die Arbeiterklasse gegenüber anderen Teilen des Volkes fordern, weder vor noch nach der Eroberung der politischen Macht." (1)

An dieser Stelle beginnt der Sturmlauf der GRF. In der genannten Broschüre heißt es:

"Die bürgerliche Demokratie heißt Demokratie für die Minderheit der Ausbeuter, die proletarische Demokratie heißt Demokratie für die überwältigende Mehrheit, Volksdemokratie. Was diese Mehrheit bedeutet, wer zum Volk gehört, das ist klassenmäßig bestimmt.

. . .

Das zur Herrschaft gelangte Proletariat würde seine Herrschaft von vornherein untergraben, wenn es nicht Unfreiheit und Ungleichheit auch in Staatsangelegenheiten durchsetzen würde. Denn was anderes bedeutet die Unterdrückung der Bourgeoisie." (S. 9)

Nun, die GRF hat offensichtlich Schwierigkeiten in dieser Frage. Und das, obwohl gerade Lenin, der von der GRF zwar zitiert – aber nicht genügend studiert wurde –, sehr klare Ausführungen zu dieser Frage gemacht hat.

In den "Thesen über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats" umreißt Lenin den Charakter der Diktatur des Proletariats gleichzeitig als eine neue Form der Demokratie, durch die die Volksmassen in einer zuvor nie gekannten Weise unmittelbar an den Staatsangelegenheiten beteiligt werden.

"Der grundlegende Unterschied der Diktatur des Proletariats von der Diktatur der anderen Klassen, von der Diktatur der Gutsherren im Mittelalter, von der Diktatur der Bourgeoisie in allen zivilisierten kapitalistischen Ländern, besteht darin, daß die Diktatur der Gutsherren und der Bourgeoisie eine gewaltsame Unterdrückung des Widerstands der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, nämlich der Werktätigen war. Im Gegensatz dazu ist die Diktatur des Proletariats die gewaltsame Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter, d. h. einer verschwindenden Minderheit der Bevölkerung, der Gutsbesitzer und Kapitalisten.

Hieraus wiederum ergibt sich, daß die Diktatur des Proletariats unweigerlich nicht nur, allgemein gesprochen, eine Veränderung der Formen und Institutionen der Demokratie mit sich bringen muß, sondern eine solche Veränderung derselben, daß die vom Kapitalismus Geknechteten, daß die werktätigen Klassen in einem in der Welt noch nie gesehenen Maße die Demokratie tatsächlich ausnutzen.

Und wirklich, die Form der Diktatur des Proletariats, die schon praktisch ausgearbeitet ist, d. h. die Sowjetmacht in Rußland, das Rätesystem in Deutschland, die Shop Stewards Committees und andere analoge Sowjetinstitutionen in anderen Ländern, sie alle bedeuten und verwirklichen eben für die werktätigen Klassen, d. h. für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, eine solche praktische Möglichkeit, sich der demokratischen Rechte und Freiheiten zu bedienen, wie sie es noch niemals auch nur annähernd in den besten und demokratischsten bürgerlichen Republiken gegeben hat . . .

Die Gleichheit der Bürger ohne Rücksicht auf Geschlecht, Konfession, Rasse, Nationalität, die die bürgerliche Demokratie immer und überall versprochen, aber nirgends durchgeführt hat und wegen der Herrschaft des Kapitalismus auch nicht durchführen konnte, wird von der Sowjetmacht, oder der Diktatur des Proletariats, sofort und vollständig verwirklicht, denn dazu ist nur die Macht der Arbeiter imstande, die nicht am Privateigentum an den Produktionsmitteln und am Kampf um ihre Verteilung und Neuverteilung interessiert sind." (2)

(1) Kommunismus und Klassenkampf 2/74, S. 103

Der erste unmittelbare Ausdruck des Klassencharakters des neuen Staates ist also die direkte Teilnahme der überwiegenden Mehrheit des Volkes an der Regelung der Staatsangelegenheiten.

Was aber passiert mit den Kapitalisten und Gutsbesitzern, den alten Herren, die bisher für alle Knechtschaft verantwortlich waren und die als einzige wirklichen Einfluß auf alle Angelegenheiten hatten? Ihr Widerstand wird – wie Lenin sagt – gewaltsam unterdrückt. Wie erfolgt diese Unterdrückung aber nun im einzelnen?

Die Macht der Kapitalisten beruhte zum einen auf der Existenz eines Staatsapparates, dessen Funktion die Unterdrückung des Volkes war, und zum zweiten auf der allgemeinen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Beides sind Bedingungen, die für die Kapitalisten als **Klasse** galten. Der einzelne Kapitalist konnte die Verfügungsgewalt über "seine" Produktionsmittel verlieren. Er konnte bankrott machen. Nichts änderte sich dadurch an der Verfügungsgewalt der Klasse an den Produktionsmitteln. Ein anderer Kapitalist würde die Fabrik kaufen, oder in besonderen Fällen sogar der bürgerliche Staat.

Was heißt das für den neuen Staat der Diktatur des Proletariats? Er muß alle Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind, um die Kapitalisten als **Klasse** zu unterdrücken und letztendlich zu vernichten.

Die erste dieser Maßnahmen, die gleichzeitig die Voraussetzung jeder weiteren ist, ist die Art, wie das Proletariat die politische Macht erringt. Es kann diese nur im unerbittlichen bewaffneten Kampf erringen, der die vollständige Zerschlagung des bürgerlichen Staates und seiner Organe bedeutet. Ist diese Voraussetzung geschaffen, sind insbesondere die bewaffneten Formationen der Bourgeoisie vernichtet, kann an die weiteren Maßnahmen herangegangen werden. Die Grundvoraussetzungen haben sich verkehrt. Nicht mehr die Bourgeoisie befehligt die Gewehre, sondern sie steht der bewaffneten Volksmacht gegenüber. Und diese wird ohne zu zögern den Kapitalisten ihren ganzen Besitz, ihre Ländereien und Paläste, ihre Transportmittel usw. wegnehmen und dabei jeden Widerstand zerbrechen. D. h. die Maßnahmen der Diktatur des Proletariats haben zum Inhalt, daß all das zerschlagen wird, auf das sich die bisherige Macht der Kapitalistenklasse gründete. Die Ausbeuter werden aus einer zahlenmäßig höchst unbedeutenden Minderheit, in deren Hand sich aber alle Machtmittel konzentrierten, zu einer genauso kleinen Minderheit, der aber die wesentlichen Machtmittel aus der Hand geschlagen sind.

Was aber ist nun mit den individuellen Rechten dieser Gruppe? Kann man ihnen die von der überwältigenden Mehrheit des Volkes endlich erkämpften "gleichen und umfassenden Rechte in allen Staatsangelegenheiten" auch zubilligen?

Die Beantwortung dieser Frage kann nur auf der Grundlage der Bedingungen erfolgen, mit denen sich die neu errichtete proletarische Staatsmacht auseinanderzusetzen hat.

Der Revisionist Kautsky geiferte gegen die revolutionäre Sowjetmacht in Rußland, weil den Kapitalisten das Wahlrecht entzogen wurde. In seiner Schrift gegen Kautsky ging Lenin auf diesen Anwurf ein und umriß gerade dabei mit besonderer Schärfe den wesentlichen Inhalt der proletarischen Diktatur:

> "Auch heute muß man sagen, daß die Frage der Beschränkung des Wahlrechts eine nationale Sonderfrage und keine allgemeine Frage der Diktatur ist. An die Frage der Beschränkung des Wahlrechts muß man in der Weise herangehen, daß man die **besonderen Verhältnisse** der russischen Revolution, den **besonderen Weg** ihrer Entwicklung untersucht. In den weiteren Darlegungen wird das auch geschehen. Es wäre jedoch ein Fehler, sich im voraus dafür zu verbürgen, daß die kommenden proletarischen Revolutionen in Europa, alle oder in der Mehrzahl, unbedingt eine Beschränkung des Wahlrechts für die Bourgeoisie bringen werden. So kann es kommen. Nach dem Krieg und nach den Erfahrungen der russischen Revolution wird es wahrscheinlich so kommen, aber das ist zur Verwirklichung der Diktatur **nicht obligatorisch**, ist kein **notwendiges** Merkmal des logischen Begriffs der Diktatur, gehört nicht als **notwendige** Bedingung zum historischen und klassenmäßigen Begriff der Diktatur.
>
> Notwendiges Merkmal, unerläßliche Bedingung der Diktatur ist die **gewaltsame** Niederhaltung der Ausbeuter als **Klasse** und folglich eine **Verletzung** der "reinen Demokratie" d. h. der Gleichheit und Freiheit **gegenüber** dieser **Klasse**." (3)
>
> (alle Hervorhebungen von Lenin, LW 28, Seite 254-255)

Studiert man die russische Revolution, wird auch vollständig klar, worin diese "besonderen Verhältnisse" in Rußland bestanden. Das Proletariat hatte die politische Macht errungen, aber es mußte sie mit breiten bäuerlichen Schichten teilen, die in ihrer Mehrheit noch keineswegs sozialistisch eingestellt waren. Die Vergesellschaftung der Produktion befand sich im Vergleich zu Westeuropa auf einem niedrigen Niveau. Der Ausbildungsstand der Arbeiter war niedrig, wodurch sich die vollständige Enteignung der Kapitalisten über einen längeren Zeitraum erstreckte, weil die Übernahme der Produktion und ihrer Leitung durch die Arbeiter selbst nicht überall unmittelbar gewährleistet werden konnte. Dazu sammelten sich an den Grenzen des jungen Sowjetstaates die konterrevolutionären Horden und die Intervention der kapitalistischen Mächte nahm ihren Anfang. In dieser Situation war es notwendig, der Bourgeoisie, der also **noch nicht** jegliche Klassenbasis entzogen war, auch jegliches individuelle politische Recht zu entziehen.

(2) Lenin Werke Bd. 28, S.479-480

(3) Lenin Werke Bd. 28, S.254-255; alle Hervorhebungen von Lenin

Lenin ging in der Programmdiskussion der KPR(B) und den Diskussionen des VIII. Parteitages weiter auf diese Frage ein. Er entwarf eine erläuternde Einfügung in den politischen Teil des Programms:

"Zugleich muß die KPR, um falsche Verallgemeinerungen vorübergehender geschichtlicher Notwendigkeiten zu vermeiden, den werktätigen Massen klar machen, daß die Entziehung des Wahlrechts für einen Teil der Bürger in der Sowjetrepublik durchaus nicht, wie das in den meisten bürgerlich-demokratischen Republiken zu sein pflegte, eine bestimmte Kategorie von Bürgern betrifft, die für ihr ganzes Leben als rechtlos erklärt werden, sondern nur die Ausbeuter, nur diejenigen, die entgegen den Grundgesetzen der sozialistischen Sowjetrepublik hartnäckig an ihrer Ausbeuterstellung und an den kapitalistischen Verhältnissen festhalten.
Einerseits verringert sich also in der Sowjetrepublik mit jedem Tag, den sich der Sozialismus festigt und mit dem die Zahl jener sinkt, die objektiv die Möglichkeit haben, Ausbeuter zu bleiben oder kapitalistische Verhältnisse aufrechtzuerhalten, ganz von selbst der Prozentsatz derjenigen, denen das Wahlrecht entzogen wird. Dieser Prozentsatz ist heute in Rußland kaum höher als 2 oder 3 Prozent. Andererseits können die Einstellung der Invasion von außen und die Vollendung der Expropriation der Expropriateure unter bestimmten Voraussetzungen in allernächster Zukunft eine Lage schaffen, in der die proletarische Staatsmacht andere Methoden wählt, um den Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken, und das allgemeine Wahlrecht ohne alle Einschränkungen einführt." (4)

Weiterhin führte Lenin im Bericht über das Parteiprogramm am 19.3.1919 folgendes aus:

"Die Frage der Entziehung des Wahlrechts für die Bourgeoisie betrachten wir keineswegs von einem absoluten Standpunkt, denn theoretisch ist es durchaus möglich, daß die Diktatur des Proletariats zwar die Bourgeoisie auf Schritt und Tritt unterdrückt, ihr aber das Wahlrecht nicht entzieht. Das ist theoretisch durchaus denkbar, und wir stellen unsere Verfassung auch nicht als Vorbild für andere Staaten hin. Wir sagen nur, wer da denkt, zum Sozialismus übergehen zu können, ohne die Bourgeoisie zu unterdrücken, der ist kein Sozialist. Wenn es aber notwendig ist, die Bourgeoisie als Klasse zu unterdrücken, so ist es nicht notwendig, ihr Wahlrecht und Gleichstellung zu entziehen.
...
Unsere Verfassung mußte, wie wir das aufzeigen, diese Ungleichheit festlegen, weil das Kulturniveau niedrig, weil die Organisation bei uns schwach ist." (5)

Welche Erkenntnis müssen wir aus dem Studium dieser Diskussionen lernen?
Die Unterdrückungsfunktion der Diktatur des Proletariats richtet sich gegen die Bourgeoisie als Klasse. Hier muß jede notwendige Maßnahme getroffen werden. Die Entziehung individueller Rechte kann dazu gehören, die Entscheidung muß auf der Analyse der konkreten Situation beruhen. Prinzipiell ist es jedoch das Ziel der revolutionären Staatsmacht, gleiche und umfassende Rechte in Staatsangelegenheiten für alle Bürger zu gewährleisten. Genau diese Zielrichtung ist in der Programmatik des KBW angelegt und werden vom Genossen Schmierer in der eingangs zitierten Formulierung umrissen. Das Programm des KBW basiert vollständig auf den Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus.

Die Argumentation des Renegaten Kautsky, die die Gruppe Rote Fahne dem KBW so gerne unterjubeln möchte, bewegen sich dagegen auf einer ganz anderen Linie. Kautsky operiert mit dem bürgerlichen Begriff der "reinen Demokratie", bar jeder Erkenntnis über den Klassencharakter des bürgerlichen wie des sozialistischen Staates. Für Kautsky reduziert sich Demokratie auf das Verhältnis von Minderheiten und Mehrheiten. Demokratie wird zur Mathematik. Der "sozialistische" Staat Kautskys kann die allumfassende Demokratie einführen, weil die Proletarier in der Mehrheit sind.
Seltsam, wozu ist denn die Errichtung der bewaffneten Volksmacht eigentlich nötig, denn auch im bürgerlichen Staat bilden ja die Proletarier und die anderen unterdrückten Volksschichten die Mehrheit – eigentlich müßte ihnen die Macht in den Schoß fallen! Kautsky begreift nicht, daß die proletarische Diktatur ja überhaupt nur errichtet wird, um die Klassenbasis der Bourgeoisie vollständig zu zerschlagen. Dem Bourgeois geschehen dabei viel "schlimmere" Dinge, als es z. B. der Entzug des Wahlrechts ist. Denn wenn der Bourgeois nicht mehr Herr der Fabrik ist, sondern sich z. B. als Lagerarbeiter beim Kistenschleppen bewähren muß, um existieren zu können, geht ihm ja wohl etwas mehr verloren!
Er wird nicht als Individuum ausgelöscht, sondern als Mitglied einer Klasse, die in ihrer Gesamtheit vernichtet wird. Im Programm des KBW ist das sehr klar ausgeführt. Es heißt dort:

"Die soziale Revolution hebt das Privateigentum an Produktionsmitteln auf, überführt sie in gesellschaftliches Eigentum und schreitet fort zur Ablösung der Warenproduktion durch die unmittelbar gesellschaftliche Produktion von Gebrauchsgütern, die mit Willen und Bewußtsein von dem frei assoziierten Arbeitervolk vollzogen wird. Mit der Aufhebung des kapitalistischen Eigentums beseitigt die soziale Revolution die Grundlage für die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und bereitet so den Boden für die Befreiung der ganzen geknechteten Menschheit, indem sie der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende setzt."(6)

Die Schüler Kautskys, die gibt es, sie fanden sich z. B. in der revisionistischen KP Chiles, die auch auf dem Wege über die "demokratische Mehrheit" den Sozialismus aufbauen wollte. Das Ergebnis ist bekannt. Sie finden sich auch in Westdeutschland und Westberlin, bei der DKP und SEW. Von Kautskys "reiner Demokratie" zur "antimonopolistischen Demokratie" der modernen Revisionisten führt ein gerader Weg.
Wer wie die Broschüren- und Artikelschreiber der GRF allerdings versucht, Kautsky dem KBW zu unterschieben, der macht deutlich, daß er die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus nicht anwenden will oder kann.

Schauen wir uns im weiteren an, wie in einem modernen sozialistischen Staat die Elemente weitestgehender Demokratie und vollständiger Unterdrückung der Bourgeoisie in hervorragender Weise vereint werden.

(4) Lenin Werke Bd. 29, S.109
(5) Lenin Werke Bd. 29, S.170, 171
(6) Programm des KBW, Taschenausgabe Seite 15

Die Sozialistische Verfassung der KVDR ist dafür ein hervorragendes Beispiel. In großer Einfachheit werden die Grundsätze der Klassenherrschaft festgelegt:

Art. 7
Die Staatshoheit der Koreanischen Volksdemokratischen Republik beruht auf den Arbeitern, Bauern, Soldaten und der werktätigen Intelligenz.
Die werktätige Bevölkerung übt ihre Macht durch ihre repräsentativen Organe aus – den Obersten Volkskongress und die örtlichen Volkskongresse auf allen Ebenen.

Art. 8
Die Machtorgane auf allen Ebenen, vom Bezirks-Volkskongress bis zum Obersten Volkskongress werden nach dem Prinzip der allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahl gewählt. Die Delegierten der Machtorgane aller Ebenen sind ihren Wählern rechenschaftspflichtig.

Art. 10
In der KVDR herrscht die Diktatur des Proletariats, es werden die Massen- und Klassenlinien durchgeführt.

Art. 18
In der KVDR gehören alle Produktionsmittel dem Staat und genossenschaftlichen Organisationen.

Art. 19
Das Eigentum des Staates gehört dem ganzen Volk.
...

Aus diesen Artikeln wird deutlich, daß die Klassenbasis der Bourgeoisie vollständig zerschlagen ist.
Der sozialistische Staat gewährt umfassende demokratische Rechte für jedermann in Staatsangelegenheiten:

Art. 50
Der Staat garantiert echte demokratische Rechte und Freiheiten wie auch materielle und kulturelle Versorgung für alle Bürger. In der KVDR vergrößern sich die Rechte und Freiheiten der Bürger mit der Festigung und der Entwicklung des sozialistischen Systems.

Art. 51
Die Bürger haben gleiche Rechte in politischen, ökonomischen und kulturellen sowie auf allen anderen Gebieten des Staates und der öffentlichen Angelegenheiten.

Art. 52
Alle Bürger, die das 17. Lebensjahr erreicht haben, haben das Recht zu wählen und gewählt zu werden, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Rassenzugehörigkeit, ihrem Beruf, der Dauer des Aufenthaltes, ihrem Besitz und ihrer Ausbildung, ihrer Parteizugehörigkeit, ihren politischen Ansichten oder ihrer Religion.
Die in der Armee dienenden Bürger haben auch das Recht zu wählen und gewählt zu werden.
Personen, denen durch Gerichtsbeschluß das Wahlrecht entzogen wurde, sowie geistesgestörte Personen haben kein Recht zu wählen oder gewählt zu werden.

Der sozialistische Staat setzt aber gleichzeitig die Normen, auf deren Basis jeder Versuch gegen die Klassenherrschaft des Proletariats Widerstand zu leisten, unerbittlich zerschlagen wird:

Art. 11
Der Staat verteidigt das sozialistische System gegen subversive Aktivitäten von feindlichen Elementen im Innern und von außen. Die Gesamtheit der Gesellschaft wird durch die Intensivierung der ideologischen Revolution revolutioniert und nach dem Vorbild der Arbeiterklasse umgeformt.

Art. 67
Die Bürger müssen die Gesetze des Staates, die sozialistische Lebensweise und die sozialistischen Regeln der Führung streng befolgen.

Art. 69
Es ist die geheiligte Pflicht und Ehre der Bürger zu arbeiten. Die Bürger müssen freiwillig und ehrlich an der Arbeit teilnehmen und die Arbeitsdisziplin und die Arbeitszeit strikt einhalten.

Zwischen der Programmatik des KBW und diesem lebendigen Beispiel der Durchführung der Diktatur des Proletariats gibt es keinen Widerspruch.

He., Westberlin
29.9.74

Anhang:
Text der englischen Verfassungsausgabe:

Art.7:
The sovereignty of the Democratic People's Republic of Korea rests with the workers, peasants, soldiers and working intellectuals. The working people exercise power through their representative organs – the Supreme People's Assembly and local People's Assemblies at all levels.

Art.8:
The organs of power at all levels from the country People's Assembly to the Supreme People's Assembly are elected on the principle of universal, equal and direct suffrage by secret ballot. Deputies to the organs of power at all levels are responsible to the electors for their work.

Art.10:
The Democratic People's Republic of Korea the means of production are owned by the state and cooperative organisations.

Art.19:
The property of the State belongs to all the people.

Art.50:
The State substantially guarantees genuine democratic rights and liberties as well as material and cultural welfare to all citizens. In the Democratic People's Republic of Korea the rights and freedoms of citizens increase with the consilidation and development of the socialist system.

Art.51:
Citizens all enjoy equal rights in the political, economic and cultural and all other spheres of State and public activity.

Art.52:
All citizens who have reached the age of 17 have the right to elect and be elected, irrespective of sex, race, occupation, length of residence, property status and education, party affiliation, political views and religion.
The citizens serving in the army also have the right to elect and be elected. Those who are deprived by court decisions of the right to vote, and insane persons are denied the right to elect and be elected.

Art.11:
The State defends the socialist system against the subversive activities of the hostile elements at home and abroad and revolutionizes and working-classizes the whole of society by intensifying the ideological revolution.

Art.67:
Citizens must strictly observe the laws of the State and the socialist norm of life and the socialist rules of conduct.

Art.69:
It is the sacred duty and honour of citizens to work. Citizens must voluntarily and honestly participate in work and strictly observe labour discipline and working hours.

Bericht über organisatorische Fragen auf der Ebene des Ortes

So lange die Arbeiterklasse eine einheitliche Partei nicht ausgebildet hat, führt eine Verschärfung der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft zwar zum Anwachsen der Kampftätigkeit zwischen den Klassen, aber es bleiben diese Kämpfe zersplittert. Eine erste, notdürftige Zentralisierung erfahren diese Kämpfe auf der Ebene des Ortes, denn auf der Ebene der Gemeinde vermag man sich durch eigene Anschauungen ein Bild zu machen. Unbestritten, ohne daß die Kommunisten ihrer Aufgabe gerecht werden, "der Arbeiterklasse den unversöhnlichen Gegensatz zwischen ihren Interessen und den Interessen der Kapitalistenklasse zu enthüllen, die geschichtliche Bedeutung, den Charakter und die Bedingungen der sozialen Revolution, die sie zu vollbringen hat, klarzumachen, sie zur selbständigen politischen Partei zu organisieren, die sich allen bürgerlichen Parteien entgegenstellt", werden alle Anstrengungen und Kämpfe, die sich auf den einzelnen Ort und auf den Bereich der unmittelbaren Erfahrungen beziehen, die Arbeiterklasse ihrem Ziel nicht näherbringen können. In die örtlich und zersplittert sich entwickelnden Klassenkämpfe jene Gesichtspunkte und Forderungen hineinzutragen, die es erlauben, die Massen unter Führung der Arbeiterklasse zum bürgerlichen Staat entgegenzustellen und zum Aufstand gegen die kapitalistische Ordnung zu führen, ist die Aufgabe.
Seit die Grundsätze und Auffassungen der Kommunisten mit dem Kommunistischen Manifest zum ersten Mal programmatisch nieder gelegt wurden, gehört diese Einsicht zum ABC des Kommunismus. Entsprechend dieser Fähigkeit zu handeln, darin stehen die Kommunisten, die sich heute in der Bundesrepublik den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei zum Ziel gesetzt haben, jedoch erst am Anfang. Die gegenwärtig sich entwickelnde Krise des Kapitalismus, die Auswirkung und Folge dieser Entwicklung auf Lage und Existenz der Arbeiterklasse und der Volksmassen, ihre wachsende politische Abhängigkeit und Unterdrückung auf der einen Seite und der beginnende, aber noch weitgehend zersplitterte Widerstand gegen die Verhältnisse auf der anderen Seite erfordern die bewußte und planmäßige Anstrengung der Kommunisten, den wachsenden Aufgaben, aber auch wachsenden Möglichkeiten dieser Situation gerecht zu werden. Wenn es den Kommunisten nicht gelingt, die jetzt und heute sich entwickelnden Kämpfe zu nutzen für die Herausbildung der politischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse, dann können diese Kämpfe weder zusammengefaßt werden zum einheitlichen Klassenkampf und ausgerichtet werden auf das Ziel, die Herrschaft der Ausbeuter zu stürzen, noch kann in jedem einzelnen dieser Kämpfe die Arbeiterklasse die Führung erringen.

Der folgende Bericht handelt von den Schwierigkeiten, die aufgetreten sind in der Arbeitsweise der Ortsgruppen, und von Maßnahmen, die bei der Überwindung solcher Schwierigkeiten hilfreich sein werden. Im Kern bestehen diese Schwierigkeiten darin, daß keineswegs "in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten" wird, sondern eine starke Tendenz da ist, jeder einzelnen Bewegung das Interesse der Gesamtbewegung unterzuordnen. Anders gesagt, es findet nicht statt der leitende und aufklärende Eingriff, die Anwendung unseres Programms auf die dringenden Fragen des Tages, sondern eine Verdunklung unserer Grundsätze, ein Verbiegen unseres Programms entlang des ideologischen Druckes, den die herrschende bürgerliche Ideologie auf die Massen ausübt. Diese Haltung entspricht einem kleinbürgerlichen Interesse, das zwar rebellieren will gegen die schlechte Lage, aber von dem Gedanken der grundlegenden Umwälzung der Verhältnisse zurückschreckt, weil es keine Perspektive hat. Insbesondere auf dem Gebiet des Kampfes um Demokratie haben solche Fehler ihren Ausdruck gefunden (vgl. KVZ Nr. 18).
Organisatorisch hat diese falsche Haltung ihren Niederschlag in der Bestimmung der Stadtteilarbeit, besser der Arbeit der Zellen im Stadtteil gefunden. Die Zellen im Stadtteil nahmen eine Entwicklung in Richtung "Suchtrupp für spontane Bewegungen" und wenn sie glücklich eine gefunden hatten, dann hängten sie sich an. Es ist sogar vorgekommen, daß sich Zellen im Stadtteil regelrecht als spontane Bewegung maskiert hatten. Eine Entwicklung war abzusehen, die spontan darauf hinausgelaufen wäre, daß sich die Zellen im Stadtteil entwickeln als Abteilungen für Politik, und zwar auf der Linie spontaner kleinbürgerlicher Bewegungen, und die Zellen im Betrieb als Abteilungen für den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter und zwar auf der Linie der Bornierheit auf ebendieser. "Um die Ursachen der aufgetretenen Fehler zu beheben, müssen wir uns bemühen, das **Klassenbewußtsein** in der Organisation zu heben, müssen wir uns das Programm und den Marxismus-Leninismus besser aneignen und lernen, sie als Instrument der Untersuchung und der Politik zu meistern", wird dazu in der "Zusammenfassung der Diskussion im ZK" in der KVZ Nr. 18/74 festgestellt. Der Bericht soll helfen, die organisierten Formen herauszubilden, die dabei behilflich sind und diejenigen zu beseitigen, die dem im Wege stehen.

Die Ortsleitung, Aufgaben, Ausgangslage und Entwicklung

Eine Ortsleitung muß gewährleisten, daß die Zellen sich den Massen, für deren Führung sie verantwortlich sind, voll widmen können, ohne daß damit eine Verengung des Horizonts einhergeht. Der Horizont der Arbeit der Zellen muß sehr weit sein und bedarf der stetigen Erweiterung. Uns kommt es darauf an, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beendigen. Die klassenlose Gesellschaft zu errichten.
Die Spanne zwischen diesem Ziel und der Ausgangslage ist groß. Es müssen die Zellen heute an den oberflächlichsten Erscheinungen des Kapitalismus ansetzen, und dementsprechend ist die Gefahr groß, daß der Zusammenhang verloren geht. Um so lebhafter aber die Kampftätigkeit zwischen der Ausbeuterklasse und den Ausgebeuteten wird, um so nötiger wird es, diese Kämpfe zu leiten, ihre Kraft zu potenzieren , indem der Wucht der einzelnen Bewegung eine einheitliche Richtung gegeben wird. Heute verlangt die Vielfalt der wirklichen Kampftätigkeit der Klassen schon nach einer derartigen Leitung, es steht die Aufgabe, die einzelnen Scharmützel zusammenzufassen zu Gefechten. Diese Aufgabe stellt sich in zunehmendem Umfang jetzt auf der Ebene des Ortes und kündigt sich in einzelnen Fällen an als Aufgabe, die auf der Ebene des ganzen Staates behandelt werden muß.

Betrachtet man die Arbeitsweise der Ortsleitungen, insbesondere in den großen Städten und bei großen Verbänden, dann hat man einen lebhaften, bildlichen Eindruck, was unter "Handwerkelei" zu verstehen ist. Bei Karl Marx kann man lesen, daß der Wilde die Kunst des Krieges auf dem Niveau der persönlichen List ausübt. Auch diesen Zustand trifft man durchaus an.
Es bezeichnet diese Ausgangslage keineswegs einen Rückschritt in unserer Arbeit. Sondern es verträgt sich die Tätigkeit der Ortsorganisationen im Klassenkampf zunehmend weniger mit der Larvenhülle des Zirkelwesens. Sie wird Stück für Stück abgeworfen.

Im Rückblick: die Vorläufer unserer Organisation haben zweifellos Politik gemacht, mit großer Leidenschaft, großem Einsatz und auf einer durchaus richtigen Linie. Aber doch mehr wie begeisterte Amateure. Politik machen, das heißt die Widersprüche der Gesellschaft behandeln und das ist geradeso eine Kunst, wie Metall bearbeiten, Schiffe oder Flugzeuge bauen. Das Zweite wird allgemein anerkannt. Das erste aber muß erkannt werden. Man muß lernen, man muß sich mühen bis man ein guter Politiker wird. Mit revolutionärem Enthusiasmus ist es nicht getan. Revolutionärer Enthusiasmus allein ohne Kenntnisse rät: mit dem Kopf durch die Wand. Diese Methode führt nach einer gewissen Zeit zur Gehirnerschütterung. Das kann man bei der Gruppe Roter Morgen gut beobachten, wo es unseren Genossen in Kiel begegnet ist, daß ein Mitglied dieser Organisation sie beim KVZ-Verkauf beheiligte unter dem Aufruf: "Sofort Schluß damit, die Partei erlaubt es nicht".
Überhaupt wird das Problem durchaus auch von anderen Organisationen erkannt. Erst jüngst hat die Gruppe Rote Fahne (GRF) ihre Zeitung mit der Schlagzeile "Vorwärts in der Freistellung bolschewistischer Kader" verziert. Ich erwähne das, weil es zeigt, wie manche Leute es verstehen, auf ein wirkliches Problem die falsche Antwort zu geben. Die Kunst der Politik muß auf ein berufsmäßiges Niveau gebracht werden. Fraglos. Das schafsmäßige besteht darin, aus dem Begriff des berufsmäßigen Niveau die Seite der Bezahlung hervorzuheben, wo es doch offensichtlich auf die Seite der Kunstfertigkeit ankommt.

Auf der Hand liegt, daß es mit dem Amateurmäßigen, dem listigen Arbeitsstil nicht weitergeht. Warum? Weil sich auf der einen Seite die Kampftätigkeit zwischen den Klassen gegenwärtig zu entwickeln beginnt und auf der anderen Seite die örtlichen Verbände selber größer werden.
Einen kleinen Verband, von 20, 30 Personen in einer kleineren Stadt kann man in einer Zeit der relativen Ruhe mit der Methode der "Besprechungen wenn was vorkommt" und in dem man sich "auf Kader stützt, die man kennt" führen. Wächst aber der Verband und nimmt die Kampftätigkeit zwischen den Klassen zu, dann ist es Schluß mit dieser Behaglichkeit. Man braucht klare, eindeutige Strukturen und Verantwortlichkeiten. Die Wählbarkeit aller Funktionen gewinnt an Bedeutung, denn nur durch Anstrengungen der ganzen Organisation können diejenigen Genossen gefunden werden, die am ehesten geeignet sind, zu leiten.
Dementsprechend wird zum Beispiel in unserer Organisation ziemlich kräftig gewählt in letzter Zeit. Zum Beispiel auf der Zellenleiterebene, wo sich in den sechs Monaten seit der 2. ordentlichen Delegiertenkonferenz des KBW der Anteil der Arbeiter und Angestellten von 51,5 % auf 58,5 % erhöht hat. Hier ist kräftig gewählt worden und das System der persönlichen Bekanntschaften und Freundschaften als Leitungsstruktur ist heftig erschüttert, teils auch schon ziemlich beseitigt. Das Cliquenwesen, Relikt der Zirkelzeit, krepiert am Gift der Demokratie. Erfreulich, aber auch notwendig, unerläßlich, um den gewachsenen Anforderungen zu genügen.

Gegenwärtig müssen die Ortsgruppen und ihre einzelnen Einheiten schon auf verschiedenen Hochzeiten tanzen. Damit aus dem ganzen ein Balett wird und nicht ein Durcheinander mit viel auf die Füße treten, ist ein guter Chormeister erforderlich. Ein guter Chromeister muß das Orchester kennen, seine Balettgruppe und selbstverständlich auch das Stück, das gespielt werden soll. Eine gute Ortsleitung muß das Konzert der Widersprüche kennen, die in ihrer Stadt vorliegen, und muß wissen, wie das mit den Widersprüchen im Maßstab der ganzen Gesellschaft zum Zusammenklingen gebracht werden kann. Und sie muß ihre Truppen kennen, sonst wird sie nicht dirigieren können, sondern herumfuchteln. Sie muß also Übersicht haben. Dies verlangt eine bewußte Anstrengung. Kenntnisse fallen einem nicht in den Schoß, beziehungsweise nur sehr geringfügige Kenntnisse, die durchaus nicht genügen,

um einem gut organisierten Gegner entgegentreten zu können. Im folgenden einige Gesichtspunkte, die leicht erledigt werden können und seitens der Ortsleitung gewisse Ausgangsbedingungen schaffen.

Das erste, was hierzu unternommen werden muß, ist folgendes:
Kenntnisse über die Summe aller Beziehungen zwischen den Klassen müssen zusammengestellt werden. Also, wieviele Industriearbeiter gibt es, welchen Anteil an der Bevölkerung bilden sie zusammen mit ihren Familien, in welchen Industriezweigen sind sie beschäftigt, welche Werte und welche Güter produzieren diese Industrien usw. Weiterhin, wie ist das Schulwesen ausgebildet, wie die Gesundheitsversorgung, wie ist der Gesundheitszustand der Bevölkerung, wie ist es um die Wohnverhältnisse bestellt, welche Mieten werden im Durchschnitt gezahlt. Es kommt in diesem Aufsatz nicht darauf an, einen vollständigen Katalog der zu erhebenden Daten zu erschaffen. Es soll bloß angedeutet werden, was in dieser Hinsicht von Belang ist. Zu erfahren sind diese Datem relativ leicht, da die bürgerliche Klasse sie ebenfalls braucht und zusammengestellt hat. Eine solche Untersuchung bringt für die organisierte Arbeit bestimmte Vorteile, man muß aber auch ihre Grenzen kennen. Die Vorteile bestehen darin, daß man jedes einzelne Ereignis im Klassenkampf besser abschätzen kann in seiner Bedeutung, daß man bei jedem bestimmten Widerspruch grob sehen kann, welche Massen er betrifft und welche er bloß mittelbar betrifft.
Die Grenzen einer solchen Untersuchung liegen jedoch im konkreten Falle, denn es handelt sich um Durchschnittswerte, nehmen wir an, 20 % der Bewohner einer Stadt bestünden aus Metallarbeitern, so macht es einen erheblichen Unterschied, ob sie in einem Betrieb unter dem Interesse eines Kapitals zusammengefaßt sind oder in sagen wir 20 Betrieben.
Man trifft nicht selten an, daß Genossen in einer Ortsleitung nicht auf Anhieb sagen können, wieviele Betriebe über 500 Beschäftigte es in ihrer Stadt gibt und auch keine Aufzeichnungen haben ,woraus sie dies entnehmen könnten. Man hat sogar den Eindruck, sie hielten dies für eine Frage von untergeordneter Bedeutung, denn sie sind höchst erstaunt, wenn die danach gefragt werden. Man kann noch nicht die örtliche Zeitung mit Erfolg und Nutzen lesen, wenn man diese Dinge nicht weiß.
Bezüglich der Entwicklung unserer Organisation nimmt eine solche Leitung eine konservative Haltung an. Es wird nicht gesehen, daß in allen Menschenzusammenfassungen einer Stadt eigentlich eine Zelle arbeiten müßte, damit die Arbeiterklasse ihre soziale Revolution gegen einen organisierten Gegner vollbringen, die Produktion in die eigene Hand nehmen und den Sozialismus aufbauen kann. Man ist zufrieden, ein gewisser politischer Faktor zu sein, im Stande, der bürgerlichen Klasse ab und an in die Suppe zu spucken.

Das ist gegenüber unserem Ziel, die Ausbeuterordnung zu zerschlagen, eine falsche Bescheidenheit. Eine solche Haltung wird auch von den Massen nicht begrüßt, sondern geringschätzt, man muß mit einer solchen Anschauung brechen.
Eine Ortsleitung muß darüber ins Klare kommen, wo überall zellenmäßige Arbeit möglich ist und nötig, damit die Organisation ihrem Zweck genügen kann. Es ist auch nicht weiter schwierig, wenn diese Aufgabe mit einem gewisse Minimum an büromäßiger Geschicklichkeit angefaßt wird. Akten sollen angelegt werden über alle Betriebe, die mehr als 300 Leute beschäftigen (man kann das nach Größe der Stadt ein wenig modifizieren). An einer solchen Fabrik hängen im geringsten Falle tausend Köpfe, die ganzen Arbeiterfamilien. Das ist überhaupt nicht wenig und absolut wert, daß man sich damit beschäftigt. Es sollen weiterhin alle Grundschulen ermittelt werden, wieviele Schüler sie umfassen und wieviele (und welche) Menschen in ihrem Einzugsbereich wohnen. Es sollen erfaßt sein die Fachhochschulen und Hochschulen. Kurzum, alle Institutionen, die Tätigkeitsfelder unserer Zellen sein können oder wo Massenorganisationen arbeiten, sollen erfaßt werden. Über jeden Bereich soll eine Akte angelegt werden. Ferner soll eine Karte der Stadt großen Maßstabes angeschafft werden (1 : 25 000), wo alle diese Institutionen eingetragen werden und die Grenzen der Einzugsbereiche der Grundschulen ebenfalls eingetragen sind. Mancher wird jetzt den Eindruck haben, unsere Organisation solle in einen Papiertiger verwandelt werden. Das Gegenteil wird die Folge dieser Maßnahmen sein.

Der gegenwärtige Zustand besteht in einer großen Vergeudung von Arbeitskraft. Jedesmal, wenn ein Problem auftaucht, muß "von vorne" angefangen werden. Berichte verschimmeln, bloß weil kein aktueller Bedarf besteht. Zeitungsausschnitte vergilben in der Schublade des Ortssekretärs, um spätestens bei der Abwahl fortgeschmissen zu werden. Wenn irgendwo eine Frage auftaucht, dann sieht man die Genossen stirnrunzelnd umherstreichen und sie sagen, aber da war doch schon mal . . .? Kurzum, wenn etwas vorfällt, dann ist die ganze Erfahrung und das ganze Wissen, das man leicht zugänglich haben könnte, verflossen, und man kann noch nicht einmal einen Artikel für die Ortsbeilage schreiben. Mangels Kenntnis. Wenn aber eine Ortsleitung solche Akten führt, dann kann der ungeheure Wust von Kenntnis und Erfahrung, den eine arbeitende Ortsgruppe anhäuft in zugänglicher Form gespeichert sein.

Bevor wir nun zur Organisierung der Beziehung der Ortsleitung zu den Zellen übergehen noch eine Erklärung, warum jene Gebiete einer Stadt, wo es Menschen gibt und dementsprechend Klassen und Klassenkampf, aber halt noch keine Zelle unserer Organisation, im Kalkül der Ortsleitung Berücksichtigung finden müssen. Zuerst das falsche. Leute gibt es, im wesentlichen sind sie bei der GRF und den Trotzkisten organisiert, die verfahren so: Wenn es irgendwo zu Kämpfen zwischen den Klassen kommt, dann strömen sie dort hin, gleich, ob sie dort auf eine kontinuierliche Arbeit zurückblicken können oder nicht. Vorigen Spätsommer, als im Ruhrgebiet die Streiks stattfanden, strömten Mitglieder der GRF nach Dortmund oder Köln, um dort in die Klassenkämpfe "einzugreifen". Dies entspricht nicht unserer Anschauung. Es ist auch ziemlich einfach. Man liest in der Zeitung, da und dort ist das und das los, und einfaltspinselig zieht man daraus den Schluß, da fahren wir hin. Man richtet so natürlich überhaupt nichts aus. Das Problem stellt sich anders. Wenn es im Beispiel zu einer Massenaktion kommt, und die bürgerliche Klasse läßt eine lebhafte Hetze los, so richtet sich diese Hetze meist weniger an die Menschen, welche die Aktion getragen haben, sondern sie richtet sich an die Reserven dieser Aktion, denn diese sind in dieser Sache noch nicht durch eigene Erfahrung klug, dementsprechend leichter zu verwirren und abzuspalten. Im Grunde führt der Weg zu einer Aktion im politischen Kampf stets auf

dem Umweg der Reserven. Isolieren, heißt dieser Vorgang im negativen, die Aktionseinheit der Massen herstellen im positiven Fall.
Im Kampf um diese Reserven bedienen wir uns zunächst der öffentlich wirkenden Mittel. Damit wir uns ihrer richtig bedienen können, müssen wir den Unterschied zwischen den Beteiligten einer Aktion und den Betroffenen im Auge haben. Prinzipiell sind von jeglichen Angriffen der bürgerlichen Klasse stets alle Ausgebeuteten und Unterdrückten betroffen. Wie man aus diesem richtigen Prinzip eine wahnwitzige Taktik herleiten kann, hat uns die Gruppe Roter Morgen gezeigt. Es ist bekannt, Günter Routhier war im Gerichtssaal durch Polizeieinwirkung so schwer verletzt worden, daß er verstarb. Offenbar eine Sache, die jederman betrifft. Die Schwierigkeit bestand darin, daß es zwischen den Beteiligten dieser Aktion, die durch eigenen Augenschein und eigene Erfahrungen diese Sache gesehen hatten und sich das Urteil bilden konnten und jenen, die dazu nicht in der Lage waren, wohl aber betroffen, einen beträchtlichen Unterschied gab. Es wäre also darauf angekommen, die erheblichen Reserven einer Aktion gegen diesen Übergriff in Bewegung zu bringen. Dies konnte nur gelingen, indem man eine Überlegung anstellt, und bedachte, daß die eigene Erfahrung, die hier den Unterschied zwischen den Betroffenen und den Beteiligten ausmachte, bloß ersetzt werden konnte durch das öffentliche Zeugnis Beteiligter. Man mußte also die Auseinandersetzung an dem Ort des Ereignisses aufbauen, mußte sich dort an die Öffentlichkeit wenden, mußte die Richter, Staatsanwälte, die das ganze mit angesehen hatten mit Namen aufrufen, mußte sie zwingen, entweder den Hergang zu bestreiten oder stillschweigend zuzugeben usw.. Gelang es so, einen unbestrittenen oder von zwei Klassenstandpunkten her bloß noch verschieden interpretierten Hergang der Tat zu kristallisieren, so war es einfach, einer Aktion die mögliche Reserve zu verschaffen. Dies nicht gesehen zu haben, das bleibt Vorzug der Gruppe Roter Morgen, und über dieses Versagen hat auch nicht hinweggeholfen, daß an verschiedenen Fabrikmauern zu lesen stand "Günter Routhier ist tot – die Polizei hat ihn erschlagen – RACHE". Dies mag die Gefühle eines naiven revolutionär gesinnten Menschen wiederspiegeln, ist aber keine Politik, weil der Unterschied zwischen den Beteiligten und den Betroffenen nicht gesehen und dementsprechend nicht behandelt wurde. Die Verbindung zu den Reserven wurde nicht hergestellt, und so kam es im Ergebnis dazu, daß der Beerdigungszug, an dem 1 200 Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet beteiligt waren, in Duisburg verprügelt werden konnte, ohne daß irgendetwas dagegen zu machen gewesen wäre. Soviel, was man bei der Anwendung öffentlicher allgemein wirkender Mittel in dieser Hinsicht bedenken muß. Es stellt sich aber die gleiche Frage unter dem Gesichtspunkt der taktischen Leitung der Einheiten eines örtlichen Verbandes.

Wenn eine Einheit unserer Organisation eine Aktion einleitet oder an ihr beteiligt ist, so begrenzt sich die Wirkung dieser Aktion nicht auf die Massen, die in diesen bestimmten Kampf verwickelt sind, sondern wirkt auf verschiedene Weise darüber hinaus. Dies ist erklärlich, weil sich die bürgerliche Klasse von jeglicher Kampftätigkeit gegen sie – und sei sie auch begrenzt – zentral betroffen fühlt, auch ist und dementsprechend Schlüsse zieht für alle anderen Fronten des Klassenkampfes. Geradeso müssen auf der Ebene des Ortes sich die Ortsleitungen verhalten. Im Hinblick auf die taktische Leitung eines Ortsverbandes bedeutet dies: Durch jede Auseinandersetzung mit einem Frontabschnitt des Klassenkampfes verändert sich die Lage an allen anderen Frontabschnitten, obschon manchesmal bloß mikroskopisch, nur der gespannten Aufmerksamkeit zugänglich. Zur Erklärung ein Beispiel. Nehmen wir an, es gelingt uns, in einem bestimmten Betrieb eine angemessene Forderung für die Tarifauseinandersetzungen durchzusetzen. Das hat, wenn die Forderung richtig und der Betrieb bedeutend ist, ziemlich drastische Auswirkungen für die Arbeit in anderen Betrieben. Es kann sich dadurch an anderen Fronten des Kampfes eine ungünstige Lage in eine günstige verwandeln. Gleichzeitig wird es aber erforderlich, daß jene günstige Veränderung der Lage auch genutzt wird. Bleibt das aus, dann wird uns das sogar in dem Betrieb, wo wir den Erfolg erzielt haben, zu einem Rückschlag verhelfen.
Man muß im Auge haben, daß diese Gesetzmäßigkeit des Klassenkampfes immer greift, und immer berücksichtigt werden muß. Es folgt daraus, daß jedesmal bedacht werden muß, was das für die anderen Einheiten der Organisation bedeutet, was wir an bestimmter Stelle, mit bestimmten Kräften beginnen.
Im Gebrauch der öffentlich wirkenden politischen Mittel wird man ebenfalls eine genauere Stoßrichtung entwickeln können, wenn man dies beachtet. Man wird einen anderen Artikel für die Ortsbeilage der KVZ schreiben, man wird eine andere Zuschrift an die KVZ machen können, wenn man dies bedenkt.

Damit man sich aber auf örtlicher Ebene eine genaue Vorstellung von der Aufgabe machen kann, ist es unbedingt notwendig, daß seitens der Ortsleitungen die vorher angegebenen Schritte auch durchgeführt werden. Es müssen Dokumentensammlungen zu den Frontabschnitten des Klassenkampfes da sein. Hat man diese Akten, dann wird es nicht schwer sein, sich eine gewisse Vorstellung von der Wirkung eines bestimmten Widerspruches zu machen und daraus sowohl die Möglichkeiten der Zellen, die wir haben, als auch die Aufgaben der öffentlich, allgemein wirkenden Agitation festlegen zu können. Es ist überhaupt nicht notwendig, daß die Ortsleitung alle diese Akten selber führt. Wo es Zellen gibt, da sollen das selbstverständlich die Zellen selber machen. Wo es keine Zellen gibt,da kann durchaus ein Genosse aus einer Massenorganisation mit der Führung dieser Akte beauftragt werden. Selbst wenn dabei auf längere Zeit nicht mehr herauskommt, als ein Artikel für die Ortsbeilage, ist das schon gut und hat sich der Aufwand gelohnt.
Im weiteren wird sich herausstellen, daß eine derartige Untersuchung es auch ermöglicht, die Arbeitsteilung in der Ortsleitung nach objektiven Gesichtspunkten zu entwickeln und nicht nach den Bedürfnissen des Augenblicks, was gegenwärtig oft der Fall ist. Bezüglich der Arbeitsteilung der Ortsleitungen ist festgelegt, daß ein jedes Mitglied der Ortsleitung bestimmte Zellen anzuleiten hat, während der Sekretär für den Zusammenhang des Leitungskollektivs und die Vertretung der Organisation nach außen zuständig ist.

Angewendet wird dieses Prinzip häufig so, daß bei Festlegung der Arbeitsteilung bedacht wird, was "haben" wir und nicht genügend bedacht wird, was "haben" wir nicht. Warum auch, es gibt dort ja keine Mitglieder, die geleitet werden müssen und die einem auf's Dach steigen, wenn man das nicht tut. Das Ergebnis solcher Einteilung besteht darin, daß jedesmal, wenn die Ortsgruppe einen Fort-

sehritt macht und ihre organisierte Struktur ausdehnen kann, die Arbeitsteilung umgeschmissen wird. Nun ist das in gewissem Umfang schwer vermeidbar, denn man wird selbstverständlich eine größere Aufmerksamkeit auf jene Gebiete legen, wo Zellen unserer Organisation arbeiten, aber man darf die anderen nicht einfach nicht berücksichtigen. Sondern es muß die Arbeitsteilung so angelegt sein, daß neue Aufgaben in das Arbeitsgebiet der Ortsleitung einfließen, ohne das dauernder Wechsel aller Verantwortlichkeiten eintritt. An manchen Orten hat es im Verlauf weniger Monate dreimal einen völligen Wechsel der Verantwortlichkeiten gegeben, meist wegen neuer Aufgaben. Zum Schluß wußten verschiedene Zellen nicht mehr, von wem sie betreut werden müssen. Das ist äußerst schädlich und entspricht nicht unseren Organisationsprinzipien. Es ist der Übersichtslosigkeit geschuldet und kann abgestellt werden, wenn man sich Übersicht verschafft hat.

Wir haben bisher bloß die Frage der Übersichtlichkeit der Tätigkeit der Ortsleitung bedacht und angedeutet, daß dies Voraussetzung für die technische Leitung örtlicher Verbände sei. Nur zu dieser direkten Aufgabe der Führung. Nach unseren Organisationsgrundsätzen erhält jedes Mitglied der Ortsleitung die Verantwortlichkeit für die Betreuung bestimmter Zellen übertragen. Im weiteren werde ich diese Zusammenfassung als Zellengruppe bezeichnen. Wie sieht es mit den Zellengruppen aus und warum werden sie gebraucht? Gegenwärtig haben sich hier die richtigen Prinzipien noch nicht überall durchgesetzt. Mancherorts ist es so, daß zwar bestimmte Genossen aus der Leitung für die bestimmten Zellen zuständig sind, sich aber um jede einzeln kümmern, durch Besuche, Beratungen mit dem Zellenleiter usw.. Das hatte keine guten Folgen. Denn das spontane Gefühl der Zellenleiter wird bestärkt, daß Zustand, Tätigkeit und Möglichkeiten der Zelle erstens sowieso nur ein Problem der Zelle seien und außerdem ganz und gar abhingen von den Umständen, die im Arbeitsfeld der Zelle angetroffen werden. Außerdem und das ist fast noch schlechter, haben wir dann auf der Ebene der Zellenleiter nicht gelernt, daß man sich zu Problemen äußern kann und muß, die man aus der eigenen Anschauung nicht kennt. Und daß man sogar Entscheidungen treffen muß über solche Fälle. Wenn dann die Genossen vor größeren Aufgaben stehen, sind sie zur Lösung nicht ausgerüstet. Größere Aufgaben, sei es ein Nachrücken in die Ortsleitung, sei es auch Wachstum der Zelle, machen diese Fähigkeit erfolderlich. Dies ist die eine schlechte Wirkung solchen Arbeitsstils und sie betrifft die Ausbildung der Zellenleiter. Die andere besteht darin, daß der Beauftragte selber nicht die Einstellung eines Kommandeurs eines Frontabschnittes im Klassenkampf entwickelt und keinen zusammenfassenden Gedanken fassen lernt, sondern bloß an einzelnen Zellen herumstochert. Darüberhinaus ist die Anleitungsmethode himmelschreiend zeitraubend. Richtig muß das so gehandhabt werden: Die Zellenleiter, die der Betreuung eines bestimmten Leitungsmitglieds ausgesetzt sind, müssen zu einem gleichzeitigen Termin zusammengerufen werden. Dort wird festgestellt und beraten, was die Zellen im Hinblick auf die Beschlüsse der Ortsleitung zu tun gedenken, was sie selbständig in ihrem Betrieb, Stadtteil etc. zu tun vorhaben und was sie von der Ortsleitung zu tun verlangen. Es wird sich herausstellen, daß dies dazu führt, daß die Zellenleiter sehr schnell und sehr intensiv voneinander lernen. Außerdem kann man so die Organisation mit wenig Papier anleiten. Selbstverständlich müssen, damit sich diese erfrischenden Wirkungen einstellen, die Zellenverbände zusammengestellt werden und dürfen nicht zusammengewürfelt sein.

Gegenwärtig sind in den meisten Ortsgruppen diese Zellengruppen gebildet und das bringt auch schon seine Wirkung. Sie sind aber meist nur teilweise nach den richtigen Gesichtspunkten zusammengestellt, und das lähmt diese Wirkung. Worin bestehen die korrekten Gesichtspunkte bei der Bildung dieser Verbände?
Der erste Gesichtspunkt besteht darin, daß man betrachten muß, wo in dieser Stadt Zellenarbeit möglich ist und dementsprechend die Aufgabengebiete zusammenfügt. Dieser Gesichtspunkt ist erforderlich, damit auch für hinzukommende Aufgaben die Verantwortung für die vorbereitenden Schritte geklärt ist.. Damit diese Überlegung überhaupt möglich ist, müssen die weiter vorne beschriebenen Aufgabe der Ortsleitung erledigt sein. In Konflikt mit diesem Gesichtspunkt gerät insbesondere in der Situation des Ausbaus der Organisation die Tatsache, daß Bereiche, worin unsere Zellen heute schon tätig sind, einer größeren Aufmerksamkeit, einer intensiveren Beschäftigung bedürfen, als andere. Dabei wird es zu gewissen Verzerrungen kommen. Um solche Widersprüche zu lösen, muß man sich von den objektiven Aufgaben leiten lassen und die subjektiven Ausgangsbedingungen berücksichtigen.
Der zweite Gesichtspunkt besteht darin, daß die Betriebszellen die Führung haben müssen. Um diesem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen und organisatorisch sowohl seitens der Zellen im Betrieb ein Verständnis ihrer umfassenden Aufgaben zu wecken, als auch zu verhüten, daß sich in den Zellenverbänden Nester bilden, derart, das alle Zellen im Stadtteil oder alle Zellen im Bereich der Intelligenz zusammengelegt werden. Und hier stoßen wir auf ein Problem. Denn es muß dabei berücksichtigt werden, daß es klug ist, Zellen, die sich in verwandten Widersprüchen und von daher in einem engeren taktischen Zusammenhang als auf der Ebene des Ortes im Zellenverband zusammenzufassen. Offensichtlich besteht zwischen allen Zellen im Metallgewerbe ein engerer taktischer Zusammenhang als mit der Zelle, die unter den Studenten und im Hochschulverband wirkt. Hier wird man so verfahren müssen, daß man die Zellen der großen Gewerke zusammenbeläßt, ihnen aber bestimmte Zellen im Stadtteil hinzufügt. Was heißt da "bestimmte"? Das heißt, daß es zwischen bestimmten Zellen im Betrieb und bestimmten Zellen im Stadtteil lockere Zusammenhänge gibt. Zum Beispiel wird eine Zelle im Betrieb ihre Veranstaltungen in aller Regel in der Nähe des Betriebes machen müssen. Zweckmäßig kann es daher sein, die entsprechende Zelle im Stadtteil zuzuordnen. Es kann aber auch sein, daß ein beträchtlicher Teil der Belegschaft in einem bestimmten Stadtteil wohnt, und dieser Stadtteil kann ziemlich weit entfernt liegen. Solche Zusammenhänge können zu Hilfe genommen werden bei der Einteilung. Was wichtig ist, es soll kein Zellenverband zusammengestellt werden, der sich ausschließlich auf die Arbeit unter der Intelligenz konzentriert. Positiv sollen die Zellenverbände entlang taktischer Zusammenhänge zusammengestellt werden, die ihr Zusammenwirken sowieso erforderlich machen.

Der dritte Gesichtspunkt besteht darin, daß die Arbeitsteilung in der Ortsleitung einigermaßen gleichgewichtig sein soll. Dazu ist zu sagen, daß dies erreicht wird, indem man den ersten Gesichtspunkt korrekt behandelt. Anders wird es nicht erreicht. Geht man anders vor, dann hat man zwar im Augenblick eine gleichmäßige Belastung erreicht, was

ja wünschenswert ist, aber keineswegs über einen längeren Zeitraum. Denn, wo heute relative Ruhe herrscht, kann morgen relative Bewegung sein, man darf sich nicht nach dem augenblicklichen Erscheinungsbild richten, sondern man muß sich nach den objektiven Aufgaben richten. Dann wird zwar zu jedem konkreten Zeitpunkt eine ungleichmäßige Belastung da sein, aber im ganzen eine gleichmäßige.

Nachzutragen wäre, daß bei der Bildung der Zellengruppen und der Ermittlung der taktischen Beziehungen zwischen den Zellen selbstverständlich konkrete Berücksichtigung finden muß, wo Aufbauarbeit zu leisten ist. Es kann also durchaus ein Stadtteil, worin es noch keine Zelle gibt, einem bestimmten Betrieb zugeordnet werden. Oder ein bestimmter Betrieb, in dem es noch keine Zelle gibt, einer bestimmten Zelle im Stadtteil. Dies schließt eine gewisse Verantwortung für die Aufbauarbeit ein. Diese kann so wahrgenommen werden, daß die Akte für diesen Betrieb oder Stadtteil von einem Mitglied der entsprechenden Einheit geführt wird, das dann zu den Sitzungen der Zellenleiter, also der Zellengruppen, herbeigezogen wird. Überhaupt sollten Genossen, die mit dem Aufbau einer bestimmten Zelle befaßt sind, so lange in einer anderen Zelle eingegliedert sein, bis sie eine selbständige Zelle bilden können. Zellen mit weniger als drei Mitgliedern sollen nicht gebildet werden. Die Verantwortlichkeit für den Aufbau wird aber nicht von der bestehenden Zelle wahrgenommen, sondern von dem Genossen in Person. Angeleitet wird er hierbei durch die Ortsleitung und und zwar auf dem Wege der Sitzung der Zellengruppen. Diese Methode wird gegenwärtig nicht überall angewendet. Dort aber, wo sie angewendet wird, sind die Erfolge wirklich besser als dort, wo Zellen mit zwei Mann gebildet wurden, wie das vorgekommen ist.
Es hat sich in der Praxis herausgestellt, daß Sitzungen der Zellenleiter viel von ihrer Fruchtbarkeit verlieren, wenn mehr als acht bis zehn Zellenleiter in einer solchen Gruppe zusammengefaßt sind. Häufig kommen gerade die schwachen Zellen dabei unter die Räder. Auch die starken Zellen lernen nicht mehr richtig. Woher kommt das? Was ist dagegen zu tun?

Das kommt, weil die Masse der vorhandenen Erfahrungen auf ein höheres Aktionsniveau drängt. Gleichzeitig aber keineswegs sicher gestellt ist, daß die einzelnen Zellenleiter auf Basis einer solchen allgemeineren Diskussion im Stande wären, die Sache mit ihren Zellen selber zu lösen. Resultat sind "prinzipielle Debatten" ohne Grundlage. Also Gerede. Selbstverständlich ist nichts dagegen einzuwenden, wenn man sich mit allgemeineren Fragen des Klassenkampfes befaßt. Dies ist sogar unbedingt erforderlich. In dieser Hinsicht aber sind die Zellen das entscheidende, muß dort Meinungsbildung vollbracht werden und nicht auf einer Ebene der Beratung. Selbstverständlich sollen solche Fragen auch auf der Sitzung der Leiter der Zellen erörtert werden. Entschieden werden sie indessen in den Zellen. Was muß nun getan werden, um aus einer solchen Lage, die zu Kosten der Schlagkraft geht, herauszukommen?
Meiner Ansicht nach müssen Zellenuntergruppen gebildet werden. Diese Zellenuntergruppen müssen im Rahmen der Zellengruppen und akurat nach den gleichen Gesichtspunkten wie diese gebildet werden. Es wird dann die Sitzung der Zellengruppen nur noch einberufen, wenn es tatsächlich Fragen gibt, die alle entscheidend betreffen. Also zum bestimmten Thema. Ansonsten treffen sich die Leiter der Zellen in diesem Rahmen.
Die Geschäftsführung dieser Sitzung soll dem erfahrensten Genossen auf Beschluß der Ortsleitung anvertraut werden. Der Beauftragte der Ortsleitung soll diese Sitzungen im Turnus besuchen. Darüberhinaus soll der Beauftragte der Ortsleitung sich wöchentlich mit den Geschäftsführern der Zellenuntergruppen treffen. Man sieht, das bringt für den Beauftragten der Ortsleitung einen Termin pro Woche regelmäßig mehr und für einen Teil der Zellenleiter bringt es auch einen Termin pro Woche mehr. Man wird es sich also genau überlegen müssen, ob man einen solchen Schritt unternimmt. Denn Zeit ist das einzige, was wir haben und auch hier lassen uns die Kapitalisten nicht soviel für den eigenen Gebrauch. Zeit ist also kostbar. Es wird sich aber herausstellen, daß die großen Sitzungen mit 15, 20 Zellenleitern so langwierig und langweilig werden, daß die zusätzliche Belastung in der Wirklichkeit nicht eintritt, sondern eine Entlastung all derjenigen Genossen, die auf diese Sitzungen hinmüssen, aber nichts mehr dabei lernen, so daß – brutto – netto – eine Entlastung herauskommt. Aber eben nur, wenn die Sache reif ist.

Einen weiteren Vorteil haben diese Untergruppen. Gerade dort, wo unsere Organisation groß ist (und nur dort wird man in die Lage kommen) ist es nicht selten, daß Genossen aus einem Betrieb oder einem Stadtteil zu uns stoßen, wo es noch keine Zelle gibt, wo aber eine Zelle ausgebaut werden muß, aber noch nicht aufgebaut werden kann durch diese Genossen. Hier hat man das Problem nicht geregelt, wenn man sie zu einer Zelle steckt, die unter ähnlichen Bedingungen arbeitet, wie sie in diesem Aufbauprojekt herrschen. Denn diese Zelle wird sich mit ihrem eigenen Betrieb, Stadtteil usw. intensiv befassen und das ist auch richtig so. Bildet man aber diese Untergruppen, so kann ein solcher Genosse hinzugezogen werden, und es können die Probleme, die er beim Zellenaufbau hat und die Ansatzpunkte, die sich bieten, dort behandelt und genutzt werden. Insgesamt muß man sich im klaren sein, daß es bei dieser Aufgabe immer gewisse Formlosigkeiten geben wird. Denn es sind die Verhältnisse keineswegs übersichtlich und wohlgeordnet. Es wird aber in 80 % der Fälle leicht sein, die korrekte Lösung zu finden und nur in 20 % werden Schwierigkeiten auftauchen, die ein gewisses Experimentieren erforderlich machen. Hat man hier eine offensichtlich nicht sehr glückliche Regelung getroffen, dann soll nicht sofort umdisponiert werden. Denn die nächste Regelung ist nach der Erfahrung oft nicht besser, sondern bloß anders. Man soll sehen, wie man mit Schwierigkeiten fertig wird, und erst wenn man positiv sieht, wie man es besser machen kann, soll geändert werden.
Wenn zum Beispiel in der Ortsgruppe die Stadtteilzellen als Zellenverband zusammengefaßt sind, dann hat es keinen Wert, das sofort umzuschmeißen. Das ist zwar gleich gemacht, hat aber den Nachteil, daß es nichts nützt, nichts bringt außer einem "guten Gewissen". Es soll eine Konzeption erarbeitet werden, nach den Methoden wie oben angeführt, und dann soll das augenscheinlich sofort Mögliche durchgeführt werden, während die weniger offensichtlichen Zusammenhänge erst hergestellt werden, wenn sich die Richtigkeit des ersten Schrittes erweist. Es kommt nicht darauf an, daß die Fragen rasch gelöst werden müßten, sondern darauf, daß sie richtig gelöst werden.

Bis jetzt hatten wir zum Gegenstand, wie die Tätigkeit der Ortsleitung so organisiert werden kann, daß der Zusam-

menhang der Arbeit der einzelnen Zellen gewährleistet ist und die Ausbreitung der Organisation unter den Massen zielstrebig angepackt werden kann. Klar muß sein, die Versammlung der Zellenleiter einer Zellengruppe ist keine beschließende Körperschaft. Es handelt sich um einen Hebel zur Ausrichtung der Leitung der Organisation und nicht um den Ersatz für die örtliche Delegiertenkonferenz.

Die nächste Ebene der Arbeit der Ortsgruppen ist die Ebene der einzelnen Zellen in ihrem Arbeitsfeld. Zuvor aber, warum wir Zellen brauchen und wo wir Zellen aufbauen müssen.

Wir sagen, die Massenkämpfe, so wie sie spontan aufbrechen, sind zersplittert. Aber sie sind nicht willkürlich zersplittert, sondern sie entstehen dort, wo sich die Hauptklassen der Gesellschaft gegenüberstehen. Zunächst also in der Fabrik. Dort gibt es auf der einen Seite den Eigentümer des Kapitals und auf der anderen Seite den ausgebeuteten Arbeiter, der Anhängsel der Maschine und abhängig von dem Kapitalisten ist. Hier muß es zu Zusammenstößen kommen und so ist es auch.

Zunächst ist es der Kapitalist, der die Arbeiter unter seinem einheitlichen Interesse an Profit zusammenfaßt, als Objekte seiner Ausbeutung. Dies tut der Kapitalist so lange seine Klasse im Besitz der politischen Macht bleibt und das private Eigentum an den Produktionsmitteln fortbesteht. Insofern auch unabhängig davon, ob den Arbeitern dies bewußt ist und sie einverstanden sind. Sie sind ihm Objekte der Ausbeutung. Deswegen sagen wir, die Arbeiter sind in der Fabrik objektiv organisiert. Eine andere Sache ist die, daß sich der Kapitalisten damit einen Widerspruch aufgeladen hat. Denn es sind die Arbeiter nicht zufrieden, Objekte der Ausbeutung zum privaten Interesse eines Kapitalisten zu sein. Denn sie sind die Träger, die Subjekte der Produktion und bloß vom Kapitalisten in Arbeitssklaven verwandelt. Also gibt es Widersprüche. Und sind diese auch begrenzt, durchaus getrennt von dem gleichen Widerspruch, den andere Arbeiter in anderen Fabriken erleiden, so sind doch diese Trennungen nicht beliebig. Man kann sie erkennen und verstehen.

Nun zu der Frage, warum wir uns nicht begnügen können mit dem Aufbau von Zellen in Betrieben. Es gibt Arbeiter und Teile der Arbeiterklasse, die in auf das äußerste zersplitterter Form vom Kapital ausgebeutet werden. Es gibt Arbeiter, die nicht mehr ausgebeutet werden, sondern aus dem Prozeß der Produktion ausgeschieden sind, verrentet, wie das bezeichnet wird. Es gibt Arbeiterfamilien, die nur mittelbar an der Ausbeutung im Betrieb leiden, weil sie abhängig sind von der arbeitenden Hand, die sie ernährt. Es gibt die Arbeiterjugend, die sich noch in den Schulen befindet und deren Heranbildung zum Arbeitstier noch nicht in jenes Stadium getreten ist, wo es dem Kapitalisten schon profitable Anwendung ermöglicht. Es gibt die Arbeitslosen, die industrielle Reservearmee, die sich nicht unter Regie eines Kapitalisten befindet. Soll die Arbeiterklasse auf diese ihre Teile keinen organisierten Einfluß nehmen? Das wäre äußerst unklug. Denn, wo die Arbeiterklasse keinen organisierten und systematischen Einfluß entwickelt, da entwickelt ihn die bürgerliche Klasse doch. Offensichtlich braucht man also Zellen, die diese Reserven der Arbeiterklasse erreichen und in ihre Bewegung einbeziehen.

Geradeso verhält es sich bei den Gymnasiasten und bei den Studenten. Warum soll die Arbeiterklasse dulden, daß sich die bürgerliche Klasse ohne Störung ein Heer von Agenten zum Zwecke der Unterdrückung heranbildet? Das wäre unklug. Dieses Geschäft muß gestört werden. Und hier hat man es wie immer gut, wenn man sich auf Widersprüche innerhalb dieser Institutionen stützen kann. Freilich muß man auf diese Bewegung einen zielstrebigen Einfluß finden,denn allein,auf sich gestellt, finden sie sich nie zurecht. Wenn sie die Widersprüche, die die Kapitalistenherrschaft auch in bezug auf ihr Schicksal fraglos hervorbringt, zum alleinigen Ansatzpunkt ihrer Tätigkeit machen, dann kann nicht viel dabei herauskommen. Denn nicht diese Schichten sind fähig, die politische Macht der Kapitalistenklasse zu stürzen und die gesellschaftliche Produktion zu leiten, sondern dazu ist ausschließlich die Arbeiterklasse in der Lage.

In diesem Vorhaben der Arbeiterklasse bilden sie eine nicht unwichtige Reserve. Überläßt man sie völlig dem Einfluß der bürgerlichen Klasse, dann ist das schlecht. Man muß also auf diese Schichten den Einfluß unserer Organisation herstellen und dies geschieht durch Zellen. Bezüglich der Hochschulen und der Gymnasien haben wir den Weg beschritten, um diese Zellen herum Massenorganisationen aufzubauen, die organisatorisch selbständig sind, aber politisch auf das Programm des KBW festgelegt sind, so daß der Wirkungsmöglichkeit der Zelle innerhalb dieser Organisation ein Bezugspunkt gesetzt ist. (Historisch war es so, daß an verschiedenen Orten die Hochschulorganisationen da waren, bevor es Zellen in anderen Bereichen der Gesellschaft gab. Es ist aber auch so, daß wir heute die Hochschulorganisationen so aufbauen, wie ich das beschrieben habe.) Zellen bauen wir also überall dort auf, wo in der gegenwärtigen Gesellschaft die Massen durch ein Interesse der Kapitalistenklasse solcherart zusammengefaßt sind, daß sie untereinander Beziehungen entwickeln müssen, wenn sie sich wehren wollen und gegen die Kapitalisten oder Organe ihres Staates auftreten müssen, damit sie sich wehren können. Hierbei haben die Zellen im Betrieb den Vorrang, denn dort befindet sich der Kern der Arbeiterklasse in Gegenüberstellung zu den Kapitalisten. Des weiteren bedürfen wir der Zellen in den Stadtteilen, denn dort befinden sich die nächsten Reserven der Industriearbeiter, obzwar hier kein zusammenfassender Widerspruch vorliegt, weswegen sie der Führung durch die Zellen im Betrieb bedürfen. Am Gymnasium und an der Hochschule arbeiten wir zellenmäßig, weil es hier um eine Schicht geht, die sowohl von der bürgerlichen Klasse gewonnen werden kann für ihre Zwecke (was die Absicht dieser Einrichtungen ist) als auch von der bürgerlichen Klasse abgespalten und zur Unterstützung der Arbeiterbewegung bewegt werden kann.

Was nun die Zellen selber angeht, so müssen sie bei der Organisierung ihrer Tätigkeit auf folgendes achten. Obwohl im Arbeitsfeld einer Zelle die spontane Zentralisierung der Widersprüche viel stärker ist als zum Beispiel auf Ortsebene (zur Erinnerung, das ist so, weil der Gesichtspunkt der eigenen Anschauung, der unmittelbaren Erfahrung doch stärker hervortritt),findet diese Zentralisierung keineswegs ohne unseren Eingriff statt. Nicht nur ist es also die Aufgabe der Zellen, die Massen, unter denen sie arbeiten, mit anderen Abteilungen der Arbeiterklasse und ihrer Reserven zum zweckmäßigen Zusammenwirken zu befähigen, sondern sie müssen die Einheit des Handelns über eine Reihe von Fraktionen weg im eigenen Betrieb, Stadtteil usw. erst herstellen. Ein jeder kennt zum Beispiel die Bedeutung des Gerüchts für den Verlauf einer Auseinandersetzung. Viele Zellen haben schon die unerfreulichsten Erfahrungen gesammelt im Aufgreifen von Gerüchten und ihrem Herausstreichen als Tatsachen. Im Betrieb, so weiß ein jeder, ist die Hauptmethode der Verständigung der Belegschaft untereinander gegenwärtig das Gerücht und nur langsam können wir dies z. B. durch die Zellenzeitung ersetzen. Auch gibt es in jedem Betrieb besondere Widersprüche, zwischen dieser oder jener Abteilung und dem Kapitalisten, so daß auch dort ähnliche Probleme entstehen, wie bei den Ortsgruppen.

Nochmals ein Beispiel. Fast jeder Genosse, der im Industriebetrieb schafft, sagt einem, ich bin eigentlich von der Belegschaft ziemlich isoliert, habe höchstens mit zehn, zwanzig Leuten einen gewissen Kontakt und tägliche Berührung. Wie es im Betrieb insgesamt aussieht, das weiß ich nicht.

In solcher Lage, da muß man bedenken, was es bedeutet, wenn wir einen neuen Genossen gewinnen. Keineswegs bedeutet es, daß jetzt die gleichen Aufgaben der Zelle sich verteilen, anstatt auf vier Leute auf fünf. Sozusagen zur Vergrößerung der Ruhe des Hinterteils beitragen. Wenn die Sache so aufgefaßt wird, dann wird man die neuen Kräfte vor den Kopf stoßen. Denn, wer es gemütlich haben will, bleibt zu Hause oder geht ins Kino oder in den Kegelclub. Wer es predigen hören will, der geht zum Pfarrer in die Kirche. Aus solchen Beweggründen kommt niemand zu uns und wenn wir es nicht verstehen, die Zellen in Bewegung zu halten, dann werden wir diejenigen Elemente verlieren, die wir dringend brauchen. In Bewegung halten, das heißt keineswegs, daß nun anstatt zwei Sitzungen in der Woche drei gemacht werden müssen. Es heißt, daß jeder neu hinzugekommene Genosse eine Möglichkeit bietet für die Zelle, ihren Arbeitsstil zu intensivieren. Die Kehrseite von "ziemlich isoliert" in bezug auf die ganze Belegschaft steht in aller Regel in "ziemlich eng verbunden" mit der Abteilung zum Beispiel. Die Zellen unserer Organisation sind entscheidend, denn sie stellen die Nahtstelle zu den Massen dar. Dies wird allgemein anerkannt. Häufig aber nicht so gehandhabt, im Sinne von Verbindung durch viele Fäden, sondern mehr im Sinne von wasserdicht nach außen.

Auch die Zellen werden den Überblick nur bei bewußter Anstrengung erreichen können.

Es ist hier wie bei der Ortsleitung. Insbesondere, wenn der Betrieb groß ist, nach der Erfahrung so ab 1 500 Beschäftigten, dann kommt man um eine planmäßige Erforschung der besonderen Bedingungen nicht herum. Hier ist es notwendig, sich eine schriftliche Aufstellung zu machen, welche Abteilungen es überhaupt gibt, wieviele Leute dort jeweils sind, wie sie über die Produktion zusammenhängen und wie sie sonst zusammenhängen (z. B. gemeinsame Pausenräume mehrerer Abteilungen, was es gibt). Im großen und ganzen kann man sich dabei an die Struktur halten, die sich auch der Kapitalist gemacht hat, um den Betrieb unter der Kontrolle zu haben, also, Abteilungsleiter usw.. Diese Arbeit wird insbesondere für eine kleine Zelle nicht einfach sein, denn über den Betrieb und wie es in ihm ausschaut gibt es nichts Öffentliches. Man muß also Kollegen fragen und es wird eine ziemliche Zeit dauern, bis man die Übersicht hat. Man muß sich das Ganze deswegen unbedingt schriftlich anlegen, damit die Angaben mit der Zeit immer genauer werden.

Diese Aufgabe anzupacken, das ist Sache der Zellenleitung. Sie muß die Kenntnisse und Erfahrung aller Zellenmitglieder zentralisieren.

Angestrebt werden soll eine grafische Darstellung, aus der man mit einem Blick entnehmen kann, welche Abteilungen es gibt, wer dort arbeitet, Ausländer, Frauen, Männer, Lehrlinge, Jugendliche, % Gewerkschaftsmitglieder, Vertrauensmann, wenn es ihn gibt, zuständiger Betriebsrat, wenn das festgelegt ist. Diese Tabelle soll ständig auf dem Laufenden gehalten werden.

Warum ist dieser Aufwand nötig? Er ist nötig, weil es ein Unding ist, daß lediglich der Kapitalist diese Dinge weiß. Wenn nur der Kapitalist diese Dinge weiß, dann sichert ihm das von vornherein einen großen taktischen Vorsprung. Er kann sehen, wo die neuralgischen Punkte liegen im Betrieb, aber die Zelle merkt das erst, wenn die Empörung da ist. Gegenwärtig leben viele Zellen in dieser Hinsicht völlig von der Hand in den Mund, verlassen sich darauf, was ihnen ohne bewußte Anstrengung an Kenntnissen über den Betrieb zufliegt. Allenfalls wird noch manchmal die Bilanz studiert. Selbstverständlich ist es wichtig, die Bilanz zu studieren und zu erläutern. Das muß man unbedingt. Wenn man sich aber im Betrieb bewegen will, dann ist das nicht genug, wenn man die Widersprüche nicht bloß feststellen und darstellen will, sondern sie behandeln, dann muß man wissen, wie der Betrieb organisiert ist.

Das macht eine Arbeitsteilung in der Zelle erforderlich.

Was heute auf der Ebene der Ortsleitungen allermeist verwirklicht ist, nämlich daß bestimmte Genossen zuständig sind für bestimmte Zellen und bestimmte Aufbauarbeit, das ist auf Zellenebene keineswegs schon so. Das hat seinen Grund zum einen darin, daß sehr viele Zellen noch sehr klein sind, mit zwei, drei Mann im Betrieb arbeiten, was nicht viel ist. Zum anderen liegt es aber auch daran, daß die Aufgabe nicht gesehen wird. Wie muß die Arbeitsteilung der Zelle aussehen? In den "Richtlinien zum Statut" steht dazu: ". . . Die Tätigkeit der Zelle wird sich also zum großen Teil innerhalb der Menschenmassen, die sie organisieren will, abspielen. Um diese Tätigkeit organisatorisch zu gewährleisten, schafft sich die Zelle eine Arbeitsteilung nach Organisationsbereichen und Ressorts. (Abteilungen, Hallen etc., Publikationen, Kassenwart, Schulung)"

Diese Arbeitsteilung ist heute in den meisten Zellen noch sehr unentfaltet und dies ist ein Grund dafür, warum es zwar sehr oft endlos lange Sitzungen gibt, aber nicht oft wirkliche Tätigkeiten aller Zellenmitglieder besprochen werden. Man muß in der Arbeitsteilung der Zelle das Hauptgewicht auf die Arbeitsteilung nach Abteilungen legen. Dann tritt auch plastischer vor Augen, wie die Aufbauarbeit aussieht. Und vor allem, daß sie so aussieht, daß man in der eigenen Abteilung gut arbeiten muß und über die anderen Abteilungen so gut als möglich Bescheid weiß. Kommt dann ein neuer Genosse zu uns, dann werden wir von Anbeginn eine bestimmte Aufgabe für ihn haben, werden ihm helfen können, diese Arbeit zu erlernen. Er stellt einen neuen Stützpunkt des Kommunismus in einer bestimmten Abteilung dar,er soll zum Kader ausgebildet werden, dem die Kollegen Vertrauen entgegenbringen können, weil sich meist als richtig erweist, was er sagt. Legt man die Arbeitsweise der Zelle so an, dann wird es auch leichter sein, das sogenannte Sympathisantenproblem zu meistern. Worin besteht das sogenannte Sympathisantenproblem? Zu 90 % darin, daß es Kollegen gibt, die für den Klassenkampf sind und gegen die Kapitalistenherrschaft, aber nicht dafür, daß man sich deshalb vier- bis fünfmal die Woche den Hintern auf Stühlen wundreiben muß. Oft

haben sie dazu auch keine Zeit, weil sie zum Beispiel nicht so jung sind, wie der Durchschnitt unserer Organisation ca. 24, sondern Familie haben. Diese Genossen kann man nur für eine organisierte Arbeit gewinnen, wenn man die Arbeitsweise der Zelle ganz auf die Belegschaft ausrichtet und sich weniger auf die Ergründung und Neuerfindung eigener Probleme richtet. Man kann sie als erste lockere Verbindung zu Abteilungen, wo wir bislang noch nicht intensiv tätig sein können, auffassen. Man muß sie in die Tätigkeit der Zelle in dieser Hinsicht einbeziehen. Damit das klappt, muß man ganz ähnlich wie bei den Ortsleitungen verfahren. Man muß auch für jene Abteilungen, wo wir nicht sind, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten innerhalb der Zelle einrichten. Dies schließt die Anleitung der uns bekannten Sympathisierenden in dieser Abteilung ein. Was die Sympathisierenden in der eigenen Abteilung angeht, so sollen sie selbstverständlich über die politischen Veranstaltungen und Aktionen der Organisation unterrichtet und in diese einbezogen werden. Es muß auch das politische Gespräch über weniger auf der Hand liegende und aktuelle Fragen, die für sie aber Bedeutung haben, gesucht werden. Die Hauptsache ist jedoch, daß innerhalb der Abteilung solche Formen der Betätigung gesucht werden, die ihre unmittelbare Einbeziehung erlauben und ihre selbständige Entfaltung befördern.

Eine solche Arbeitsweise wird auch zur Verbesserung der Betriebszeitungen beitragen. Zum wenigsten wird sie ihre Mängel klarmachen. In der monatlich erscheinenden Betriebszeitung soll angestrebt werden, zu jeder Abteilung, in der wir vertreten sind, einen kurzen Artikel zu schreiben. Das kann sich auf wenige Zeilen beschränken und kann auch in der Hauptsache informierenden Charakter haben. Keineswegs ist es richtig, über Vorgänge in den Abteilungen erst dann zu berichten, wenn dort schon über Streik gesprochen wird. Die sympathisierenden Kollegen sollen zum Schreiben von Zuschriften an die Betriebszeitung angeregt werden. Die Hauptsache aber ist, daß sie regelmäßig betreut werden, in die Tätigkeit der Zelle einbezogen werden. Wenn das richtig gemacht wird, dann werden sich viele von ihnen zur Organisierung entschließen.

Martin Fochler

Kommunismus und Klassenkampf

Preis: 4.- DM
Bestellungen an: Kühl KG, Verlagsgesellschaft
Kommunismus und Klassenkampf
68 Mannheim 1, Sandhoferstr. 29

3/74

Die Politik der Aktionseinheit richtig anwenden
Bericht über den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen und den Magistrat in Frankfurt
Bericht über die Entwicklung der Arbeit unter den Studenten
Die Wehrpflicht für die Revolution nutzen
Die Stellung der Kommunisten zur Bauernfrage
Ökonomische Maßnahmen zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik Ende der sechziger Jahre
Die Aufgaben des KBW im Wahlkampf in Hessen

2/74

Das Programm der Kommunisten muß die Praxis leiten
– Weder Verallgemeinerung unserer Praxis noch System ausgeklügelter Forderungen
Joscha Schmierer
Zur Frage der Abschaffung aller indirekten Steuern im KBW-Programm
Zur Steuerforderung
"Bürgerinitiativen" und Klassenkampf
– Zum Kampf des Volkes in Nordhorn und zum Artikel in der KVZ Nr. 1
Westberlin ist kein Teil Westdeutschlands
Zur Kritik an der Gewerkschaftslinie der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML)
– Offener Brief an das ZK der KPD/ML (Roter Morgen)
Es lebe der Sieg im Volkskrieg
– Der Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes
Techniken der Konterrevolution
– Die Counterinsurgency-Pläne des US-Imperialismus
Die Revolution in Eritrea ist ein wichtiger Bestandteil der Weltrevolution

1/74

Kampf um Demokratie und Sozialismus
– Zum Erfurter Programm
Politisches Minimalprogramm oder imperialistischer Ökonomismus
– Noch einmal zu den demokratischen Forderungen unseres Programms
Willfried Maier
Der KB Nord: Eine Gruppe ohne politischen Halt
Der Charakter der chilenischen Revolution
– Chile: Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus
– In Chile wird um Unabhängigkeit und Freiheit gekämpft
Über die internationale Bedeutung der Lehre Mao Tse-tungs
Der Kolonialcharakter des israelischen Staates
Der neue Lohnrahmentarifvertrag Nordwürttemberg/Nordbaden gibt den Weg für wirksamere Ausbeutermethoden frei
– Materialien zu einigen Bestimmungen des Lohnrahmentarifvertrages II
Stellungnahme zum Gesundheitspolitischen Programm des DGB
Die politische Massenzeitung
– Vorbemerkung: Zum Fälschungsvorwurf des "Arbeiterkampf"
– Kritik zu dem Artikel von H.K. "Die politische Massenzeitung" in Kommunismus und Klassenkampf Nr. 1
Beschluß des ZK des KBW auf seiner Sitzung vom 15. Dezember 1973 zu den Demonstrationen am 30. November und 8. Dezember 1973
Beschluß des ZK des KBW vom 15. Dezember 1973 zur Frage der kommunistischen Massenorganisationen unter den Studenten
Kampf zweier Linien in der Bestimmung von Agitation und Propaganda
Kampf – Kritik – Umgestaltung
– Resolution der 2. Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Osnabrück des KBW
Betrugsvorwurf des "Arbeiterkampf"

1/73

Vorbemerkung der Redaktion
Die gegenwärtige Klassenkampfsituation und die Aufgaben der Kommunisten
– Eine Polemik gegen falsche Auffassungen im KBW
"Solange einer Mönch ist, läutet er die Glocke"
– Kampf dem Zirkelwesen
Kritik am Bericht des Ständigen Ausschusses über die Gründungskonferenz des KBW
Die Arbeiterklasse und der Kampf um demokratische Forderungen
– Erläuterungen zum Programm des KBW
Vorbemerkung der Redaktion zu den Artikeln über die Westberlin-Frage
Westberlin – eine Politik der freien Stadt?
Können wir die Westberliner Kommunisten im KBW organisieren?
Schwarz-rot-goldene Kommunisten?
Programm und Politik des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD
Notizen zum Papier der "KPD/ML, Ortsgruppe Bremen, Mai 1973, Stellungnahme zum Programmentwurf der Kommunique-Gruppen"
Die politische Massenzeitung